

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 1

(Beginn: 15.34 Uhr - Ende: 21.13 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Guten Nachmittag, meine sehr verehrten, lieben Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 19. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle, die im Livestream zuschauen, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesenden Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, alle Mitglieder des Rates, sehr herzlich.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Dickas, Frau Frebel, Herr Homann, Herr Karaman, den wir ja eigentlich als neues Ratsmitglied verpflichten wollten, Herr Seeck und Herr Bürgermeister Wolter entschuldigt.

(Jennifer Glashagen [Volt] betritt mit ihrem Baby auf dem Arm den Ratssaal)

- Das ist toll. Seien Sie ganz herzlich begrüßt, Frau Glashagen. Ich habe eben schon gesagt, wer entschuldigt und nicht da ist. Dass Sie dafür heute zu zweit kommen, finde ich wunderbar.

(Vereinzelt Beifall)

Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler - nein, es sind nur Stimmzählerinnen - benenne ich Frau Yazicioglu, Frau Helmis und Frau Aengenvoort.

Bevor wir mit den Beratungen beginnen, müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen.

Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die nachträglich eingegangenen Anfragen unter TOP 4.1.2 bis TOP 4.1.4, TOP 5.1.1, die haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates unter TOP 7.4, TOP 10.33 und TOP 10.34 als allgemeine Verwaltungsvorlagen und bei den Gremienbesetzungen TOP 17.10 bis TOP 17.17 sowie im nichtöffentlichen Teil TOP 23.11 und TOP 24.4 bis TOP 24.6.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 6.4.2, 10.8 und 10.29.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank für das mir erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir würden gern den Punkt 3.1.12 in die nächste Sitzung schieben. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das nehmen wir auf.

Dann komme ich zur Reihenfolge der Tagesordnung.

Ich schlage vor, die vier Anträge zum Thema Energie gemeinsam zu behandeln. Das sind TOP 3.1.4, TOP 3.1.6, TOP 3.1.8 und TOP 3.1.11. Wir sollten sie unter Tagesordnungspunkt 3.1.4 behandeln. Bei dieser Zusammenlegung gehe ich davon aus, dass wir nicht mit einer Rederunde auskommen werden. Das ist jedenfalls wahrscheinlich. Ich schlage daher vor, dass wir für die erste Rederunde wie gewohnt eine Redezeit von fünf Minuten und für die möglicherweise stattfindende zweite Rederunde eine Redezeit von drei Minuten festlegen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. - Doch. Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nur eine technische Frage, weil wir das - -

(Das Mikrofon des Redners schaltet sich aus - Der Redner schaltet es wieder ein)

Jetzt versuche ich es noch einmal. Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Nur eine technische Frage, weil wir das ja in anderen Zusammenhängen auch schon mal gemacht haben: Ist es auch möglich - -

(Das Mikrofon des Redners schaltet sich aus - Der Redner schaltet es wieder ein - Zuruf: Ich verstehe nichts!)

- Ja, die Technik schaltet immer wieder ab. - Ist es auch möglich, die Redezeiten aus erster und zweiter Runde unter Verzicht auf die zweite Runde zusammenzulegen?

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 2

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn Sie sich bereit erklären, dann auf die zweite Rederunde zu verzichten, habe ich nichts dagegen. Ich versuche ja sowieso, Sie alle ausreden zu lassen, wenn Sie denn einmal dran sind.

(Christian Joisten [SPD]: Danke schön!)

Gibt es weitere Wortmeldungen dazu? - Das ist nicht der Fall.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da gab es noch eine Wortmeldung. Bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Waren wir jetzt schon bei der Reihenfolge der Tagesordnung?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, wir waren bei den acht Minuten.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Okay. Wir sind noch nicht bei der Reihenfolge der Tagesordnung etc. Dann halte ich mich noch zurück.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Außerdem schlage ich vor, dass Herr Feicht und Frau Stadtdirektorin Blome Ihnen zu Beginn der Debatte über dieses Vier-Punkte-Paket ein Update zur aktuellen Lage geben.

Herr Weisenstein hatte sich gemeldet. Bitte.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, das, was Herr Joisten vorgetragen hat, war nicht zu verstehen. Dementsprechend konnte Ihre Antwort auch nicht richtig verstanden werden. Können Sie noch einmal kurz erläutern, was damit gemeint ist?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. Aber es war nicht zu hören. Das ist ja ein Unterschied.

(Heiterkeit)

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Joisten war mit dem, was er vorgetragen hat, nicht zu hören.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Und ich war dann nicht mehr zu verstehen - noch schlimmer.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Natürlich ist es dann auch schwierig, eine Antwort zu verstehen, auch wenn sie mit Sicherheit akustisch verständlich und auch nachvollziehbar war.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe gesagt, ich hätte überhaupt nichts dagegen, dass man Rederunden zusammenlegt. Man kann dann nur nicht beim ersten Mal acht Minuten sprechen und in der zweiten Runde wieder drei Minuten reden. Irgendwann ist es dann auch gut. Ich habe auch gesagt, dass ich Sie ja ausreden lasse. Ich schalte ja nicht das Mikrofon aus, wenn fünf Minuten oder drei Minuten vorbei sind. Den Satz lasse ich Sie zu Ende bringen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Aber das ist jetzt ein individuelles Recht der SPD? Es wird jetzt nicht die grundsätzliche Regel ausgesprochen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich weiß gar nicht, ob das überhaupt zur Anwendung kommt. Das weiß man ja noch nicht, glaube ich. Es wäre also möglich, in der ersten Runde acht Minuten zu sprechen; dann gibt es für denjenigen aber keine zweite Runde mehr. Das müssen Sie sich selbst überlegen.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich melde für unsere Fraktion zum Tagesordnungspunkt 5.1.1 - das ist der nicht benannte Platz vor dem Schauspielhaus - Beratungsbedarf an.

(Das Mikrofon des Redners schaltet sich aus - Der Redner schaltet es wieder ein)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 3

Die Tagesordnungspunkte 10.4 und 10.5 würden wir gerne in den Hauptausschuss verweisen, damit wir auch die Beantwortung der Fragen - vielen Dank, dass sie so ausführlich beantwortet wurden - entsprechend würdigen können. Dann können wir das auch zügig im Hauptausschuss entscheiden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Haben Sie das alle gehört, meine Damen und Herren?

(Zurufe: Ja!)

- Gut. Ich habe es auch verstanden.

(Heiterkeit)

Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Dann würde ich in gleicher - -

(Das Mikrofon des Redners schaltet sich aus - Der Redner schaltet es wieder ein)

Ich versuche das jetzt noch einmal.

(Zuruf: Ohne Anrede!)

Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn ich in der gleichen Logik - -

(Das Mikrofon des Redners schaltet sich aus)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich verzichte generell auf die Anrede. Vielleicht können wir dadurch zehn Minuten sparen.

Christian Joisten (SPD): Bei TOP 10.26 bitten wir in gleicher Logik um Vertagung in den Hauptausschuss unter Vorlage der Liste.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja. - Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Schauen wir

einmal, wie lange mein Mikrofon durchhält. Ich melde mich zu TOP 10.21. Für diesen Punkt möchte ich für meine Fraktion Beratungsbedarf anmelden.

(Das Mikrofon des Redners schaltet sich aus - Der Redner schaltet es wieder ein)

Außerdem möchte ich anbieten oder vorschlagen, in dieser Angelegenheit ein Fachgespräch zu führen, und zwar zwischen der KVB, den Kolleginnen und Kollegen vor Ort aus der BV 7 und den verkehrspolitischen Sprecherinnen und Sprechern der Fraktionen im Verkehrsausschuss, damit diese Vorlage dann final beraten werden kann - gegebenenfalls im Hauptausschuss oder wie auch immer; die BV tagt Ende September; oder dann hier in der nächsten Ratssitzung. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt noch eine Wortmeldung von Frau Jäger. Bitte.

Christiane Jäger (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, diese Vertagung wird von der SPD nicht mitgetragen. Wir hatten die Vorlage im Verkehrsausschuss. Im Verkehrsausschuss haben wir gesagt, dass eine Klärung mit der BV Porz herbeigeführt werden soll. Die BV Porz hat beschlossen. Sie hat gesagt: Lasst uns das Ding bauen; wir erweitern den Busbetriebshof und bauen alles zum Laden. - Die Forderung, die wir im Verkehrsausschuss gestellt hatten, hat die BV Porz auch mit eingearbeitet.

Daher wäre die SPD heute beschlussfähig

(Das Mikrofon der Rednerin schaltet sich aus)

und würde es hier auch unbedingt beschließen wollen, damit wir für die Verkehrswende auch Fakten schaffen und den Busbetriebshof bauen. Wir können nicht fordern, dass Elektrobusse in unserer Stadt fahren, und gleichzeitig auf den Bau der Infrastruktur verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sind Sie denn einverstanden, dass ich darüber jetzt einzeln abstimmen lasse, bevor ich die Gesamtheit

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 4

der veränderten Tagesordnung zur Abstimmung stelle? Das ist, glaube ich, die sauberste Lösung. - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sicherheitshalber spreche ich jetzt vom Redepult aus. - Zum Vertagungswunsch der SPD-Fraktion in Bezug auf das Römisch-Germanische Museum könnte ich jetzt genauso eine flammende Gegenrede halten und sagen, warum wir das für dringend geboten halten.

Ich würde vorschlagen, dass wir die Punkte jetzt erst einmal auf der Tagesordnung stehen lassen und nachher beim jeweiligen Tagesordnungspunkt noch einmal gucken, ob wir ihn schieben oder ob wir ihn nicht schieben und vielleicht doch heute entscheidungsfähig sind. Jetzt sollten wir die Punkte also noch auf der Tagesordnung lassen und erst beim entsprechenden Tagesordnungspunkt im Zweifel das Ganze machen. Möglicherweise können wir uns im Laufe der Sitzung auch noch verständigen, wie wir mit den entsprechenden Vorlagen hier umgehen wollen. Es ist vielleicht keinem geholfen, wenn wir alle Vorlagen direkt von der Tagesordnung nehmen.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jäger nickt, Herr Joisten auch. Das scheint akzeptiert zu sein. Okay.

Eben ging es aber auch darum, den Punkt 5.1.1 zu vertagen. Ist das einvernehmlich?

(Zurufe)

Ich lasse nun über die übrige Tagesordnung so, wie wir sie jetzt vorbesprochen haben, abstimmen. Alle entsprechenden Punkte sind enthalten, und wir schauen dann beim jeweiligen Tagesordnungspunkt. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die so geänderte Tagesordnung beschlossen.

Bevor wir mit der Sitzung beginnen, erteile ich Herrn van Benthem das Wort zur Abgabe einer persönlichen Erklärung. Herr van Benthem, bitte.

Henk van Benthem (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich möchte auf die Anrede nicht verzichten. Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am Dienstag, den 12. Oktober 2004, durfte ich als direkt gewähltes Ratsmitglied an der 1., konstituierenden Sitzung des Rates teilnehmen. Ich war mächtig stolz und sehr glücklich, dass meine Frau in den ersten anderthalb Stunden auf der Tribüne anwesend war.

Sie war nicht nur als meine Frau im Publikum anwesend, sondern auch als meine aktivste Wahlkämpferin. Ich entsinne mich genau. In ihrem Auto lagen die Plakate. Übrigens waren die Plakate anders als heute. Wir mussten Spanplatten kaufen, sie zuschneiden, Löcher bohren und dann unser Gesicht draufkleben. All dies hat sie gemacht und mich unterstützt - mit dem Ergebnis, dass ich gewähltes Ratsmitglied wurde, worauf wir stolz waren.

Ich habe dann in den kommenden 18 Jahren viele politische Aufgaben gehabt und das Vertrauen meiner Fraktion bekommen. Als stellvertretender Fraktionsvorsitzender hatte ich ein Amt, auf das ich stolz war. Von 2014 bis 2020 durfte ich mir neben meiner Ratstätigkeit einen Lebenstraum erfüllen, nämlich Bezirksbürgermeister in Porz sein.

Die Intensität meiner politischen Arbeit war und ist nur möglich, weil ich eine Partnerin im Rücken hatte, die einem alles wegnimmt, was einen sonst in seinem Leben stören würde. Sie hat mir das normale Leben vom Kreuz gehalten, sage ich einmal. Sie hat in meiner Agentur gearbeitet, sodass ich mich dann im Rathaus austoben konnte. Sie war einfach immer da.

Jetzt, im September 2022, hat sich die Welt für mich verändert. Durch die Corona-Erkrankung meiner Frau im Dezember 2021 mit extrem schwierigem Verlauf und Long-COVID-Nachfolgeerscheinungen, kombiniert mit ihrer fortschreitenden Parkinson-Krankheit, ist es jetzt notwendig, dass ich für meine Frau da bin. Es muss 24 Stunden und sieben Tage die Woche sein. Nein, ich darf dies tun. Das mache ich auch mit voller Leidenschaft, so gerne ich mich mit Leidenschaft für diese Stadt politisch eingesetzt habe. Jetzt muss ich zu meiner Frau stehen, die mir in den letzten 31 Jahren ein tolles, sehr schönes Leben ermöglicht hat. Jetzt möchte ich dafür sorgen, dass sie ein schönes, weitgehend sorgenfreies Leben führen kann. Das geht nicht zusammen mit

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 5

der zeitintensiven politischen Tätigkeit in unserer Kommunalpolitik, in unserem Rat.

Wenn ich eine Aufgabe übernehme, meine Damen und Herren, möchte ich das richtig und mit vollem Einsatz tun. Für den kommenden Lebensabschnitt ist es nun die Aufgabe, mich um meine Frau und unsere wunderbare Ehe zu kümmern.

Daher, Frau Oberbürgermeisterin, möchte ich Ihnen gerne mein Schreiben überreichen, mit dem ich mein Ratsmandat zum 30. September 2022 niederlege.

Warum 30. September? Ein bisschen eitel bin ich auch. Wer im Oktober 2004 beginnt und im September 2022 aufhört, hat zumindest die 18 Jahre voll gemacht. Das gehört so ein bisschen zur Eitelkeit dazu.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen für die Zukunft alles Gute. Ich wünsche Ihnen eine glückliche Hand, weise und kluge Entscheidungen sowie ein heißes Herz, wenn es um die Diskussionen in dieser wunderbaren Ratsumgebung geht.

Ich tue mich im Moment etwas schwer, ganz ruhig zu reden. Emotional bin ich hoch geladen. Ich habe nie geglaubt, das einmal sagen zu müssen. Ich werde euch alle vermissen, obwohl ich manchmal um zwölf Uhr nachts euch alle verflucht habe.

(Heiterkeit)

Aber es war eine schöne Zeit. Es ist eine schöne Zeit.

Ich wünsche Ihnen alles, alles Gute! - Danke, dass Sie zugehört haben.

(Anhaltender lebhafter Beifall - Die Mitglieder der CDU-Fraktion erheben sich - Henk van Benthem [CDU] übergibt Oberbürgermeisterin Henriette Reker ein Schreiben)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr van Benthem, meine lieben Kollegen aus dem Rat, was ist anderes zu tun, als eine solche Erklärung mit großem Respekt anzunehmen? Man hat, glaube ich, auch hier an dem Applaus gemerkt, dass alle großen Respekt für Ihre Entscheidung

haben. Ich wünsche Ihnen alles, alles Gute. Vielen Dank für die Zusammenarbeit. Ich denke, ganz werden wir uns nicht aus den Augen verlieren. Also vielen Dank!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Tagesordnung ein. Da wir keine aktuelle Stunde haben und auch keine Schenkungen annehmen dürfen, beginnen wir direkt mit:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen

3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke., FDP, Volt und Die FRAKTION „Livestream attraktiver gestalten“ AN/1332/2022

Als Erster spricht Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren!! Meine sehr verehrten Damen und Herren - gerade bei dem Thema „Livestream attraktiver gestalten“ - an den Schirmen! Sehr geehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte es kurz machen. Wir hatten den Antrag „Livestream attraktiver gestalten“ hier schon mit großer Mehrheit beschlossen. Es ist jetzt noch einmal wichtig, etwas zu den Rechten festzuhalten, damit Sie, wenn Sie es machen möchten, auch Ihre Beiträge nutzen können. Das heißt, dass es sich um eine Klarstellung unseres schon beschlossenen Antrags handelt. Danach haben wir hier auch eine Verwaltungsvorlage beschlossen.

Ich bin von der Verwaltung noch einmal darauf hingewiesen worden - vielen Dank dafür -, dass wir hier bitte mit ins Protokoll aufnehmen, dass die Rechte natürlich nicht nur bei uns, sondern auch bei der Stadt liegen, dass wir dann aber trotzdem alle Möglichkeiten haben.

Darum bitte ich Sie, diesen Antrag anzunehmen.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 6

Ich gehe einmal davon aus, dass die Verwaltung gleich noch etwas sagt, weil ich der Meinung bin, dass das sowieso bei der Ausschreibung kommt, und zwar bei dem anderen Antrag, der sich mit diesem Thema beschäftigt. Aber da möchte ich nicht vorweggreifen. - Danke schön.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch bei diesem Antrag sind wir stolz, dass wir nicht den Antragstellern zugerechnet werden; denn das entwickelt sich offensichtlich langsam zu einem Qualitätsmerkmal, gerade wenn es um ein so sensibles Thema wie Transparenz geht.

Kommen wir aber zu dem zu behandelnden Antrag. Jedem aufmerksamen Beobachter und gerade denjenigen der letzten Ratssitzungen fällt auf, was es mit Ihrem heutigen Antrag auf sich hat.

Eine kurze Zusammenfassung des besagten Tagesordnungspunktes: Ich habe - und das war eigentlich peinlich genug - als Einziger zu dem TOP „Änderung der Hauptsatzung“ in der vorletzten Ratssitzung von allen Fraktionen gesprochen. Die Antragsteller, denen das vermutlich peinlich war, wollten sich zuerst gar nicht melden, und es sollte einfach so beschlossen werden. Während ich sprach, konnte ich von hier oben sehen, dass sich Herr Hammer bereit machen sollte, um auch die Ehre des Ratsbündnisses und der anderen Antragsteller zu verteidigen.

Sie haben das Ergebnis bis vor ein paar Tagen auf YouTube sehen können. Wir konnten nur kopfschüttelnd feststellen, dass kein einziges Argument von Herrn Hammer stichhaltig genug war, dass wir die bezahlten Sitzungen für die Ausschussmitglieder erhöhen sollten.

Aber inhaltlich haben wir im Sinne der Organtreue heute erneut einen Antrag gestellt, der gleich im Anschluss ebenfalls hier Gegenstand sein soll.

Wir haben die Aussagen von mir und Herrn Hammer also transparent auf YouTube hochgeladen und festgestellt, dass alsbald eine Beschwerde wegen Datenschutzrecht vorgenommen und daraufhin das Video gelöscht wurde.

Liebe Kollegen von LINKE bis FDP, seien Sie dann doch so mutig und stehen hinter dem, was Sie sagen. Haben Sie denn etwas zu verbergen? Oder wollen Sie nicht, dass die antragstellenden Fraktionen mit einer Selbstbedienungsmentalität in Verbindung gebracht werden?

Wir als AfD können als Social-Media-Partei Ihnen da durchaus Reichweite geben, sowohl für Ihre gute als auch für Ihre schlechte Arbeit.

(Beifall bei der AfD)

Abschließend: Sie betonen immer, dass Sie die demokratischen Fraktionen seien. Demokratie hat in der angespannten Lage, in der wir sind, aber auch vor allem etwas mit Transparenz zu tun: Wie transparent gehen wir als Ratsmitglieder, wie geht die Verwaltung, wie gehen die da oben mit dem Geld der arbeitenden Bevölkerung um?

(Beifall bei der AfD)

Dieser vorliegende Antrag, sollte er so beschlossen werden, erinnerte mich und meine Fraktion an ein Zitat von Walter Ulbricht, der sagte: Es muss demokratisch aussehen.

Ich würde also fast vorschlagen, dass Sie, wenn Sie das nächste Mal den Impuls haben, von demokratischen Fraktionen zu sprechen, doch lieber von den es-muss-demokratisch-aussehenden Fraktionen sprechen.

(Beifall bei der AfD)

Wer Karl Marx im Stadtbild sichtbar machen will, braucht sich darüber nun wirklich nicht aufzuregen.

Wir als AfD-Fraktion stehen hinter jedem Wort, das wir hier oben sagen. Wir können den Menschen transparent zeigen, was hier wie beschlossen wird und wer hier mit wem zusammenarbeitet.

Trotzdem mein Appell: Seien Sie transparent, seien Sie demokratisch, durchbrechen Sie Ihren Fraktionszwang, und lehnen Sie diesen Antrag mit uns ab. - Vielen Dank.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 7

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt gibt es eine Wortmeldung von Herrn Hammer, der vielleicht das klarstellt, was mich aufgrund der ganzen fragenden Gesichter hier gerade veranlasst sonst selbst Stellung zu nehmen.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist es normalerweise nicht wert, auf die Redebeiträge dieser Fraktion einzugehen.

(Vereinzelt Beifall)

Da ich aber gerade persönlich angesprochen wurde, möchte ich doch einige Worte zur Klarstellung sagen. Es ist schon ein Armutszeugnis, dass eine Partei, die sich selber als Rechtsstaatspartei bezeichnet, nicht in der Lage ist, sich an geltende Regeln zu halten, und meint, Ratsbeiträge aus Sitzungen, an denen sie gar nicht das Urheberrecht besitzt, online zu stellen, teilweise sachverfremdet wiederzugeben etc.

Daher ist der Antrag, den Herr Kollege Breite hier gerade eingebracht hat, genau richtig. Denn gerade Sie als Partei, die immer sehr viel Wert auf den Rechtsstaat legt, sollten es doch besser wissen, damit Sie nicht ständig Gefahr laufen müssen, mit Ihrem Verhalten hier gegen Regeln zu verstoßen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sage jetzt einmal ganz offen, dass ich der Meinung war, Herr Büschges hätte schon zum Tagesordnungspunkt 3.1.2 gesprochen. So kam das bei mir an.

(Matthias Büschges [AfD]: Das kommt gleich!)

Ich wollte Sie nur nicht unterbrechen. Deswegen war das gerade noch ein Einschub von Herrn Hammer, der zu TOP 3.1.1 passte. Aber ich würde jetzt gerne nach weiteren Wortmeldungen zu TOP 3.1.1 fragen. - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank fürs erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Hammer, genau das - Sie haben es ja eigentlich auf den Punkt gebracht - war die Intention des Antrags.

Aber - und dagegen möchte ich mich verwehren - es war nicht sachfremd. Es war ein ganzes Video ohne Schnitt. Insofern hat sich jeder ein genaues Bild davon machen können, was Sie denn hier beantragen wollten. Das hat etwas mit Transparenz, mit Demokratie und mit Rechtsstaatlichkeit zu tun. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hock das Wort.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe NAfDP, ich glaube, ihr habt das noch nicht ganz verstanden. Wir sind bei Tagesordnungspunkt 3.1.1 und sprechen darüber, ob die Livestreams multimedial geteilt werden dürfen, was wahrscheinlich, wenn man in die Vergangenheit schaut, wie hier von Herrn Breite angesprochen wurde, in eurem Sinne ist. Der Redebeitrag schien mir jetzt zu dem Antrag der AfD-Fraktion unter TOP 3.1.2 zu erfolgen, in dem es darum geht, ob eine bestimmte Anzahl von Sitzungen abgerechnet werden soll oder nicht. Das ist also nicht nachvollziehbar.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse dann zu TOP 3.1.1 abstimmen. Wer ist dafür? - Wie ich sehe, wird bei der CDU-Fraktion nicht einheitlich abgestimmt. Daher bitte ich die Mitglieder der CDU, die für den Antrag stimmen, aufzustehen, damit ich besser zählen kann. Das ist von hier aus durch die Einbauten unglaublich schwer zu sehen. - DIE LINKE, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, fünf Stimmen aus der CDU, die FDP-Fraktion, Die FRAKTION, Volt, Herr Zimmermann und Frau Gabrysch stimmen dafür. Wer stimmt dagegen? - Das ist die AfD-Fraktion. Nach Enthaltungen brauchen wir nicht mehr zu fragen. Damit ist das so beschlossen.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 8

Jetzt bin ich etwas unsicher, ob ich den Tagesordnungspunkt 3.1.2 noch einmal aufrufen soll.

(Matthias Büschges [AfD]: Ja, klar!)

- Ja, klar? Sie haben für mich gerade schon zu TOP 3.1.2 gesprochen. Aber ich rufe ihn jetzt auf.

Tagesordnungspunkt

**3.1.2 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Änderung der Hauptsatzung“
AN/1513/2022**

Sie ersparen uns bitte eine Wiederholung dessen, was Sie schon gesagt haben.

(Vereinzelt Beifall)

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin!

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Jetzt aber bitte etwas anderes!)

- Ja. Hören Sie genau zu. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Prof. Dr. Diemert fand in der letzten Ratssitzung dafür die richtigen Worte: Wir segeln mit unserem Haushalt hart am Wind.

Gerade in einer solchen angespannten Lage sollten wir tunlichst von waghalsigen Manövern Abstand halten und uns die nächsten Schritte genau überlegen. Ein solches waghalsiges Manöver ist die von Ihnen in der vorletzten Sitzung beschlossene Änderung der Kölner Hauptsatzung.

Für Sie mag das im ersten Moment nicht als waghalsig erkennbar sein. Aber wir möchten hier gerne einige Punkte ansprechen, um Ihnen die Möglichkeit zu eröffnen, zwei Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Erstens. In der Krise beweist sich der Charakter. Wir sehen in dem von Ihnen beschlossenen Antrag auf Erhöhung der Anzahl der bezahlten Sitzungen einen Affront für den Arbeiter, der das von Ihnen mit beiden Händen rausgeschmissene Geld hart erarbeiten muss. Zur Erinnerung: Die aktuelle Beschlusslage sagt, dass es 65 Euro pro Sitzung sind.

Beim letzten Mal fragte mich hier vorn eine Kollegin, ob ich denn wisse, wie teuer der Liter Milch

sei. Vor zwei Monaten lag der Preis noch bei 92 Cent. Aktuell sind es 1,09 Euro.

Gerade in den Anfängen einer Krise, die noch einige negative Überraschungen für uns alle bereithalten kann, sollten, nein müssen wir eigentlich mit einem guten Beispiel vorangehen. Wir sollten diejenigen sein, die dankbar sein müssen, und zwar als diejenigen, denen das mit viel Schweiß erarbeitete Geld anvertraut wird, um für das Beste für diese Stadt zu ringen.

Zweitens: unsere angespannte Haushaltslage. Meine Damen und Herren, ich muss es Ihnen nicht sagen: Jeder Euro, den wir ausgeben, muss zuerst erarbeitet werden und kann aber auch nur einmal ausgegeben werden.

Uns alle, denke ich, erfüllt das uns aufgetragene Ehrenamt mit Stolz und Ehrfurcht. Mich und meine Fraktion erfüllt es zudem mit Stolz, einem Kommunalparlament anzugehören, welches als die älteste Demokratie nördlich der Alpen bekannt ist.

Ich möchte - das war ein Kritikpunkt von Herrn Hammer in der letzten Sitzung - überhaupt nicht das Ehrenamt schmälern oder abwerten. Wir sollten alle stolz darauf sein, dass wir diesem Stadtrat angehören dürfen. Auch unseren sachkundigen Einwohnern und Ausschussmitgliedern gilt an dieser Stelle mein besonderer Dank.

Aber dieses Ehrenamt soll nicht dazu dienen, sich unmäßig zu bereichern. Wissen Sie, dass es draußen Ehrenamtler gibt, die keinen einzigen Cent für ihre Tätigkeit verlangen oder bekommen? Das ist ehrenhaft.

Gemeinsam können wir ein Zeichen an die Kölner Stadtgesellschaft senden. Wir alle können auf diese Erhöhung verzichten. Wir wissen, dass man eine Krise nur gemeinsam durchstehen kann - eben, wie Frau Prof. Dr. Diemert sagte, entschlossen, solidarisch und in gemeinsamer Anstrengung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 9

das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann frage ich noch nach Gegenstimmen. - Der weit überwiegende Teil stimmt dagegen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.3 Antrag von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Kölner Fest der Demokratie“ AN/1530/2022

Ich gebe Herrn Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Zuschauer*innen und Zuhörer*innen im Saal und an den Bildschirmen! Sehr geehrte Kolleg*innen! Mit meinem Antrag „Kölner Fest der Demokratie“ möchte ich anregen, eine mögliche Realisierung eines solchen Festes zu prüfen. Warum solch ein Fest? Schon seit Jahren empfinden viele demokratisch gesinnte Menschen ein Unbehagen. Viele sehen unsere Demokratie bedroht.

Auch wenn es paradox erscheint: Solche Bedrohungen gehören zum Wesen einer Demokratie. Meinungsfreiheit impliziert eben auch das Recht, Ansichten abseits der Mehrheitsmeinung zu vertreten. Und vieles von dem, was auf diversen Kanälen geäußert wird, kann im Kern durchaus als demokratiefeindlich bezeichnet werden.

Doch damit nicht genug: Wir mussten uns auch daran gewöhnen, dass viele rechte Populisten in unseren Parlamenten sitzen. Die deutsche Demokratie scheint dies auszuhalten. Doch ein Blick allein in einige europäische Nachbarländer zeigt, wie fragil und zerbrechlich unsere Demokratien sind. Haben sich rechte Nationalisten erst einmal in den Parlamenten festgesetzt und können dort Mehrheiten bilden, beginnen sie, ihre eigenen Demokratien auszuhöhlen. In unserem Nachbarland Frankreich starteten wir erschrocken auf die Präsidentschaftswahlen, und aktuell lassen in Italien die Umfragen nichts Gutes erahnen.

Und nun gibt es auch noch einen Krieg mitten in Europa. Hier geht es nicht allein darum, dass Putin russisches Territorium erweitern möchte. In seinem brutalen Angriffskrieg geht es auch um den Versuch, ein Land zu unterwerfen, das sich auf den Weg in die europäischen Demokratien gemacht hat.

Dieser Angriff auf eine Demokratie ist es, der die meisten europäischen Nationen veranlasst, die Ukraine zu unterstützen. In der Erläuterung der Notwendigkeit dieser Unterstützung fallen oft Sätze wie: Wir müssen unsere europäischen Werte verteidigen. - Doch welche Werte sind dies eigentlich genau? Ich habe ein paar im Antrag zitiert. Und wie gehen wir selbst mit diesen Werten um?

Es ist nicht nur Putin, der Werte wie Presse-, Meinungs- und Religionsfreiheit angreift. Die Feinde einer im besten Sinne freien Gesellschaft sitzen leider auch mitten in Deutschland.

Köln hingegen ist bunt, nicht braun. So vergewissern wir es uns immer wieder, gleich einem Mantra.

Vielleicht ist die Situation in Köln auch nicht so kritisch wie in anderen Kommunen Deutschlands. Dass dies so ist, ist auch zahlreichen Initiativen in Köln zu verdanken. Es sind so viele, die großartige Arbeit im Sinne einer solidarischen Gesellschaft leisten, dass ich keine einzelnen herausheben möchte. Aber ihnen allen, euch allen herzlichen Dank für eure Arbeit!

Die Idee eines Kölner Festes der Demokratie soll nicht in Konkurrenz zu dieser Arbeit stehen. Im Gegenteil: Wir wollen diese Initiativen feiern. Wir wollen sie an einem Tag einmal bündeln und kölnweit sichtbar machen.

Der Tag soll aber auch zu einem Volksfest werden - einem Tag, an dem wir uns unserer Demokratie bewusst werden und sie feiern. Ich stelle mir das so vor, dass wir wirklich einen Tag haben, der ein, wie man sagt, niederschwelliges Angebot bereithält - ähnlich, wie das auch für den NRW-Tag 2020 geplant war, der wegen Corona leider ausgefallen ist.

Wir hatten uns auf diesen Tag gefreut. Er sollte nämlich ganz anders aussehen als viele andere NRW-Tage, die schon gefeiert worden sind. Sie werden sich vielleicht erinnern: Wir hatten autofreie Ringe geplant, aber auch nachhaltige Getränkeangebote, fairen Handel etc. All das hatten wir in diesem NRW-Tag drin.

Die Stabsstelle Events war mit den Vorbereitungen ziemlich weit. Doch dann hat uns Corona leider einen Strich durch die Planungen gemacht. Eine Idee der Stabsstelle Events war - ich weiß

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 10

nicht genau, wie der Titel lautete; es sollte, glaube ich, auf dem Heumarkt oder Alter Markt sein -, auch eine Art Forum Demokratie zu installieren.

Ich würde gerne die Verwaltung bitten, doch die Idee zu prüfen, ob wir nicht den NRW-Tag irgendwie ins Jahr 2023 retten können und mit der Idee eines Kölner Festes der Demokratie verknüpfen können.

Wenn Sie, liebe Kolleg*innen im Rat, dieser Idee nicht folgen wollen, ist dies auch okay, sage ich zähneknirschend. Das ist eben Demokratie. Aber sagen Sie bitte nicht, dass Köln ein solches Fest der Demokratie nicht gut zu Gesicht stehen würde. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt Herrn Görzel auf der Rednerliste stehen. - Er verzichtet. Dann haben erst Frau Syndicus und danach Frau Gabrysch das Wort. Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Es ist nur kurz. Aber ich habe heute ein bisschen Angst, dass die Technik nicht funktioniert. Deswegen spreche ich von hier vorne. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauende und Zuhörende! Wir, Die FRAKTION, können diesem Antrag nur zustimmen. Zum einen zeigt die Wahlbeteiligung, dass demokratische Werte gestärkt werden müssen. Zum anderen zeigte beispielsweise der Garten der Demokratie beim Straßenlandfest ein reges Interesse der Bürgerinnen und Bürger, sich mit den Prozessen und der Beteiligung von Verwaltung sowie Demokratie auseinanderzusetzen und diese zu verstehen. Hier geht noch einmal ein herzlicher Dank an alle Fraktionen und Parteien, die sich da beteiligt haben.

Im Internet sind alle sehr schnell laut, beschimpfen sich und haben die Sache geblickt. Doch im Aufeinandertreffen sieht es da schon anders aus. Man ist gesprächsbereit und offen für Austausch und Lernen. Zudem ist es ein Fest, und Feste sollen bekanntlich gefeiert werden. Deswegen stimmen wir definitiv zu. - Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Ich möchte mich den beiden Vorredner*innen vollumfänglich anschließen. Ich finde, dass das eine super Idee ist, und würde mich sehr freuen, wenn wir das heute so beschließen würden.

Ich möchte aber auch noch einmal betonen, dass ich das auch für Köln tatsächlich als Zeichen für sehr wichtig halte. Der Kollege Zimmermann stellte ja dar, dass Köln bunt und nicht braun ist. Wir haben allerdings - das ist auch allen hier bekannt; darüber haben wir hier auch schon beraten - in der Corona-Zeit auch ganz andere Dinge in Köln erlebt. Ich erinnere nur an die Montags-Demos.

Für alle, die es noch nicht mitbekommen haben, möchte ich hier auch noch einmal ganz deutlich die Info in den Raum stellen, dass am letzten Sonntag ein bundesweites Neonazi-Netzwerk um den seit Jahrzehnten bekannten Markus Beisicht eine Demo mit immerhin 800 Teilnehmenden - das finde ich nicht gerade wenig - unter dem Motto „Deutschland, wach auf“ veranstaltet hat. Ich könnte jetzt noch einiges berichten, was da passiert ist, um zu bewegen - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber wenn Sie bitte beim Tagesordnungspunkt bleiben.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Genau. Ich möchte damit die Dringlichkeit verstärken oder auch das Argument dafür, dass wir eben mit diesem Fest der Demokratie ein ganz klares Zeichen setzen, dass Köln bunt ist und auch bunt bleibt. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Dann bitte ich um Abstimmung. Wer ist dagegen, also gegen dieses Fest der Demokratie? - Das ist die AfD-Fraktion.

(Zuruf: Überführt!)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 11

Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall.
Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe jetzt die gemeinsame Rederunde zu den Tagesordnungspunkten 3.1.4, 3.1.6, 3.1.8 und 3.1.11 auf:

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Energiekostenspirale: Kommunale Beratungsangebote kurzfristig stärken“ AN/1537/2022

3.1.6 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Menschen entlasten. Preise deckeln. Übergewinne besteuern“ AN/1525/2022

3.1.8 Antrag der AfD-Fraktion betreffend „Soziale und wirtschaftliche Katastrophe wegen drohender Energiearmut jetzt abwenden!“ AN/1536/2022

3.1.11 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Energiesparen“ AN/1521/2022

Zunächst - das hatte ich eben angekündigt - werden Herr Feicht und dann Frau Stadtdirektorin Blome etwas zur aktuellen Situation sagen. Herr Feicht, bitte.

Andreas Feicht (RheinEnergie AG): Vielen Dank. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich versuche, Ihnen ein kurzes Update zu der aktuellen Energiekrise zu geben, mit der wir ja alle im ganzen Land konfrontiert sind, auch in Köln und natürlich auch bei der RheinEnergie und im Stadtwerke-Konzern.

Zunächst einmal: Diese Krise besteht aus zwei Dimensionen, wenn ich das so sagen darf. Die erste Dimension ist die Frage, ob wir genug Gas haben und genug Gas für den kommenden Winter oder die kommenden zwei Winter haben werden, also die Frage, ob die Mengen physisch verfügbar sind, insbesondere beim Gas. Die zweite Dimension ist die Bezahlbarkeit; dabei geht es also um die Wirkungen auf die Preise für private Haushalte, Gewerbe und die Industrie.

Zum ersten Punkt muss man klar konstatieren, dass wir jetzt in eine sehr schwierige Zeit hineinkommen werden. Denn durch Nord Stream 1 fließt kein Gas mehr, und wir können auch kein Gas mehr erwarten. Die russischen Lieferungen sind auf 10 Prozent dessen zurückgegangen, was normalerweise importiert wird. Insoweit sind wir ausschließlich angewiesen auf das Gas, das bereits eingespeichert wurde, und das Gas, das aus Norwegen kommt, aus den Niederlanden kommt und über Flüssiggas-Terminals importiert wird.

Die gute Nachricht ist, dass die Speicher schon heute zu 87 Prozent gefüllt sind und aktuell wegen des warmen Wetters auch weiter gefüllt werden. Obwohl die Gasmengen, die aus Russland kommen, so eingebrochen sind, wird also weiter eingespeichert.

Ungefähr kann man sich Folgendes vorstellen: Sind die Speicher voll, reicht das Gas bei einem normalen Winter für etwa zweieinhalb Monate. Das heißt: Die Speicher sind ein Beitrag zur Versorgungssicherheit, aber können nicht alleine Versorgungssicherheit erbringen, sondern es sind weitere Mengen, die importiert werden, notwendig.

Insofern ist, wenn der Winter kalt wird, wenn wir also Minustemperaturen haben, eine Gasmangel-lage in diesem Winter nicht auszuschließen.

Deswegen ist die Einsparung von Gas von so herausragender Bedeutung. Man geht davon aus - ich würde diese Einschätzung teilen -, dass wir mindestens 20 Prozent an Einsparung gegenüber einem normalen Jahr oder einem normalen Winter brauchen.

Die Industrie reagiert bereits. Sie lesen in der Zeitung, dass große Industrien bereits ihre Produktion drosseln.

Es gibt auch die ersten Insolvenzen

(Zurufe: Ah!)

- ich werde gleich dazu kommen -, weil diese Kosten natürlich erheblich sind.

Wir müssen also davon ausgehen, dass weitere Einsparungen notwendig sind. Ich bitte Sie alle, das bei sich selber zu tun oder dafür zu werben - und ich unterstütze die Stadt dabei -, dass die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 12

Die Probleme können sich auch auf den Winter 2023/2024 ausweiten. Auch wenn wir in diesem Jahr keine Gasmangellage haben, kommt es eben sehr stark darauf an, wie sehr die Gasspeicher im Frühjahr entladen sein werden und was dann im Sommer passiert.

Das heißt: Eine echte Entspannung auf der Gasseite kann man erst in den Jahren 2024, 2025 oder 2026 erwarten, wenn die schwimmenden Flüssiggas-Terminals am Markt oder angeschlossen sind und dann auch die entsprechenden Mengen kommen. Es ist die Aufgabe der Politik, insbesondere in Berlin, dafür zu sorgen, dass die langfristigen Gasverträge dann auch abgeschlossen werden. - So viel zu der ersten Dimension.

Die zweite Dimension macht uns genauso viele Sorgen. Das ist die Frage der ökonomischen Wirkung dieser Krise, und zwar auch dann, wenn in diesem Winter und im folgenden Winter genug Gas da sein wird und da sein sollte. Wie Sie wissen, hat die RheinEnergie - aber auch viele andere, eigentlich jedes Versorgungsunternehmen - die Gaspreise bereits stark erhöhen müssen.

Die nächste Preiserhöhungswelle steht bevor, nämlich beim Strom. Die Strompreise an den Großhandelsmärkten sind auch sehr stark gestiegen und betragen heute etwa 500 Euro pro Megawattstunde, also 50 Cent pro Kilowattstunde. Wenn sich das von den Großhandelsmärkten zu den Endkundenpreisen durchwälzt - also plus Netzentgelte, Steuern, Abgaben etc. -, dann kommen dabei entsprechend hohe Strompreise heraus.

Das heißt: Die Preissteigerungen werden kommen, und sie werden die Konsumenten im privaten Sektor genauso wie im gewerblich-industriellen Sektor vor riesengroße Herausforderungen stellen.

Interessant zu beobachten ist Folgendes: Obwohl Gazprom und Russland gesagt haben, dass keine weiteren Gasmengen kommen, ist der Gaspreis an den Großhandelsmärkten, der erst gestiegen ist, inzwischen wieder etwas gefallen. Jetzt macht er eine Seitwärtsbewegung. Offensichtlich wird der Preis an den Großhandelsmärkten also nicht weiter steigen. Das ist zwar noch keine beruhigende Nachricht. Aber die Nachrichten könnten noch schlechter sein; so will ich es einmal formulieren. Insoweit haben wir jetzt offensichtlich den Deckel der möglichen Preissteigerungen erreicht.

Sie werden sich aber über die Zeit zu den Endkundenpreisen durchwälzen.

Deswegen ist die politische Entscheidung vom letzten Sonntag, die Berlin im Koalitionsausschuss getroffen hat, von großer Bedeutung. Inwieweit private Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen entlastet werden und inwieweit Unternehmen entlastet werden, ist nämlich sehr wichtig. Sie wissen, dass zum Beispiel die Mehrwertsteuer auf den Gaspreis von 19 Prozent auf 7 Prozent reduziert wird. Es gibt auch andere Maßnahmen wie Entlastungen im Wohngeldbereich oder direktes Geld für Rentnerinnen und Rentner sowie Studenten. Das sind alles wichtige Entscheidungen.

Sie müssen jetzt auch unmittelbar umgesetzt werden, damit sie bei den Menschen noch vor Weihnachten ankommen. Trotzdem wird es so sein, dass die Wirkungen auf alle, die Energie benötigen, natürlich spürbar sein werden.

Was können wir hier vor Ort tun? Kurzfristig können wir und müssen wir, glaube ich, den Menschen klar sagen, dass diese Krise da ist, dass sie auch erst einmal noch weiter zunehmen wird, dass sie auch spürbar sein wird und dass man da jetzt auch ein Stück weit durchhalten muss.

Wir haben im Sommer eine Einsparkampagne gestartet. Es hilft, wenn gespart wird. Aber das kann nur dämpfen und die Preissteigerungen nicht kompensieren.

Auch der Härtefallfonds, den wir mit 1 Million Euro aufgelegt haben und den wir jetzt auch umsetzen und operativ machen, kann nur dämpfen und nicht kompensieren. Ich halte es aber für ein wichtiges Signal, dass wir sagen: Wir stehen an der Seite unserer Kundinnen und Kunden und tun, was wir können.

Aber wir können natürlich das Problem nicht hier in Köln alleine lösen. Dafür ist die Dimension des Problems zu groß. Das gilt für die Stadt Köln gleichermaßen. Aber es wäre nicht richtig, zu sagen: Das geht schon wieder vorbei. - Wir müssen da mit Besonnenheit und unaufgeregt, aber auch mit Klarheit über die Dinge sprechen. Dann werden das Land und auch die Stadt zusammenstehen, glaube ich.

Die politische Flankierung auf der Bundes- und der Landesebene ist von sehr großer Bedeutung.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 13

Eine weitere Aufgabe ist es, denke ich, das von uns aus hier zu übersetzen und den politischen Entscheidungsträgern, auch in Brüssel, zu vermitteln, wie die Situation ist, damit man dann auch entsprechend konkret entscheiden kann.

Mittelfristig ist entscheidend, dass wir die Fähigkeit behalten, zu investieren. Die Investition in erneuerbare Energien, in grüne Fernwärme, in die Netze und in den Nahverkehr ist die entscheidende Voraussetzung dafür, uns von Abhängigkeiten zu lösen und nachhaltig zu werden, auch im ökonomischen Sinne. Insoweit müssen wir gemeinsam daran arbeiten und auch Hemmnisse beseitigen. Das alles wird einen Beitrag leisten. Es wird nicht alleine die Lösung sein. Aber zusammen wird das, glaube ich, schon gelingen können.

Wenn es zu einer Gasmangellage kommt, wird die Entscheidung, wer weniger Gas oder kein Gas mehr bekommt, bei der Bundesnetzagentur liegen. Diese Entscheidung trifft nicht die Stadtspitze oder die Spitze der RheinEnergie, sondern die Bundesnetzagentur. Sie wird sich eines hoheitlichen Arms bedienen. Das ist dann wahrscheinlich der Verteilnetzbetreiber, die RNG. Sie hat auch kein Wahlrecht, dann zu sagen, derjenige oder diejenige derer, die nicht geschützte Kunden sind - private Haushalte sind geschützte Kunden -, werde abgeschaltet, sondern dann wird eben gehandelt. Noch ist diese Gasmangellage nicht ausgerufen. Aktuell sieht es auch nicht so aus, dass sie ausgerufen wird. Aber es kann nicht ausgeschlossen werden. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für die klaren Worte, Herr Feicht. - Frau Blome, bitte.

Stadtdirektorin Andrea Blome: Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Mitglieder des Rates! Die unmittelbaren und mittelbaren Folgen des Krieges haben ganz konkrete und zunehmend belastende Auswirkungen auf die Menschen. Unser Alltag wird beherrscht von den Sorgen, ob man die immensen Steigerungen der Lebenshaltungs- und Energiekosten aushalten

kann oder ob der Arbeitsplatz und damit die Versorgung der eigenen Familie weiterhin gesichert sind.

Was können wir als Stadt Köln tun? Nicht nur die außenpolitische Entscheidungskompetenz liegt dabei beim Bund, auch die grundsätzlichen Fragen der Energie- und Steuerpolitik oder solche der Architektur der Energiemärkte werden auf anderen Ebenen entschieden. Wir als Kölner Kommunalverwaltung sind bei der Bewältigung dieser Energieversorgungskrise im Wesentlichen auf drei Ebenen gefragt.

Zunächst sind wir als großer öffentlicher Arbeitgeber mindestens in gleicher Art und Weise wie auch alle Privaten dazu aufgerufen, in unserem eigenen Bereich, wo immer es geht, Energie zu sparen.

Darüber hinaus verfolgen wir selbstverständlich ebenso das Ziel des Energiesparens im Rahmen unserer hoheitlichen Tätigkeit als kommunale Ordnungsbehörde. Dies betrifft sowohl den Bereich beispielsweise von Veranstaltungsgenehmigungen wie aber auch die Kommunikation und Beratung mit Akteuren der Stadtgesellschaft.

Zuletzt führen wir im Rahmen unserer Zuständigkeit natürlich auch entsprechende bundes- und landesgesetzliche Regelungen aus.

Meine Damen und Herren, Sie werden mit mir darin übereinstimmen, dass ich mich als Vertreterin der Verwaltung in meinen Ausführungen auch nur auf diese von der Verwaltung direkt beeinflussbaren Bereiche beziehe. Ich darf Sie vor diesem Hintergrund bitten, nicht die Rolle der Stadt Köln als kommunale Verwaltungsbehörde und auch nicht ihre rechtlichen Zuständigkeiten und ihre finanziellen Möglichkeiten außer Acht zu lassen.

Viele berechtigte Anliegen sind, wenn überhaupt, einzig auf Bundes- oder Landesebene zu lösen und nicht auf kommunaler Ebene. Dies gilt insbesondere für die notwendige Hilfe für all die Menschen, die durch die Energiepreisentwicklung große finanzielle Nöte haben.

Aber das, was wir in unseren Möglichkeiten haben, wird die Verwaltung auch tun. Dass dies durchaus erfolgreich gelingen kann, wurde, so denke ich, in den vergangenen zwei Jahren der Corona-Pandemie bewiesen.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 14

Zur Bündelung der gesamtstädtischen Zuständigkeiten und Entscheidungsbefugnisse im Bereich der Energiesicherheit hatte die Stadt Köln bereits am 22. Juli dieses Jahres eine Taskforce Energiesicherheit einberufen, deren Aufgaben ab August in das schon in der Corona-Pandemie bewährte Format des Krisenstabes überführt wurde. In diesem Gremium beraten und entscheiden die zuständigen Akteure der Verwaltung, der städtischen Beteiligungen, der Sicherheitspartner sowie weiterer relevanter Stellen.

Die Verwaltung und der Krisenstab orientieren sich dabei an den rechtlichen Grundlagen, die uns der Bund und das Land Nordrhein-Westfalen gegeben haben.

Zu nennen ist dabei der Sensibilisierungserlass des Ministeriums des Innern des Landes NRW, der im Krisenstab konsequent abgearbeitet wird. Bei der Versorgungssicherheit mit Gas befinden wir uns in der zweiten Alarmstufe des Notfallplans Gas der Bundesrepublik Deutschland. Der Sensibilisierungserlass geht als planerische Grundlage von dem Szenario einer Gasmangellage mit Auswirkungen wie beispielsweise begleitenden Stromausfällen von mindestens bis zu 72 Stunden aus, auf die wir uns einzustellen haben. Dies betrifft Maßnahmen hinsichtlich der Personalplanung zur Aufrechterhaltung der kritischen Infrastruktur, die Sicherstellung der Kommunikation und Alarmierung von Einsatzkräften oder auch die Überprüfung von Liegenschaften hinsichtlich ihrer Energieversorgung.

Schon in den ersten Arbeitssitzungen hat der Krisenstab Felder des Energiesparens identifiziert und deren praktische Umsetzung im Rahmen eines gesamtstädtischen Energiesparkonzeptes geprüft. Dies betrifft sowohl Maßnahmen der Stadt als Arbeitgeberin - beispielsweise die reduzierte Beheizung städtischer Dienstgebäude oder die Nutzung von Sparpotenzialen beim Verbrauch von Warmwasser und Strom - als auch ganz konkrete Energiesparhinweise für unsere Mitarbeiter*innen.

Dieses Unterfangen ist bei der Vielzahl von städtischen Räumlichkeiten mit den unterschiedlichen Voraussetzungen und auch den jeweils unterschiedlichen individuellen Bedarfen der verschiedenen Dienststellen wahrlich keine einfache Aufgabe. Aber hier sind wir auf einem guten Weg, wirksame und praxistaugliche Lösungen zu finden. So haben wir beispielsweise die Schulen von

einer Reduzierung der Raumtemperatur unter das vor Corona bestehende Niveau von 20 Grad ausgenommen. Gleiches gilt für die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit der kritischen Infrastruktur. Auch hier wurden bereits die erforderlichen Maßnahmen besprochen und befinden sich in der Umsetzung. Gerade im Bereich der Energieversorgung der einzelnen Liegenschaften bewegen wir uns in einem sehr verzweigten und komplizierten Kontext.

Meine Damen und Herren, die Verwaltung wird die Maßgabe, Einsparpotenziale in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu nutzen, nicht nur in ihren eigenen Geschäftsbereichen konsequent umsetzen, sondern dies im Rahmen der gesetzlichen Regelungen und Möglichkeiten auch in ihrer Tätigkeit als Ordnungs- und Genehmigungsbehörde fortführen.

Dabei treffen wir in übergroßer Mehrheit auf Gewerbetreibende und Veranstalter*innen, die sich trotz der Schwierigkeiten nach zwei Jahren der Pandemie ihrer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe bewusst sind und in einer guten Partnerschaft mit der Verwaltung gemeinsam an praxisnahen Lösungen arbeiten, um das Ziel der Energieeinsparung zu erreichen.

Rechtsgrundlage dafür ist im Wesentlichen die seit 1. September 2022 geltende Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz. Auch diese Verordnung werden wir im Rahmen unserer Zuständigkeiten konsequent umsetzen.

Meine Damen und Herren, schon diese kurze Skizzierung der einzelnen Handlungsfelder zeigt, mit welcher komplexen Problemlage wir uns derzeit beschäftigen.

Doch offenkundig ist auch, dass wir es mit ganz praktischen und realen Problemen vieler Kölnerinnen und Kölner zu tun haben, die sich vor dem kommenden Winter größte Sorgen um die Bezahlbarkeit ihrer Strom- und Heizkosten machen.

Die Verwaltung fördert die Energieberatung der Verbraucherzentrale und weiterer beratender Stellen bereits mit jährlichen Zuschüssen. Darüber hinaus hat die Verwaltung auch ihr eigenes Informationsangebot um die Themen Energiekosten und Energieschulden erweitert und bietet Hilfsbedürftigen somit ein erstes Angebot.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 15

Dabei hängen die konkreten Hilfsmöglichkeiten immer von den Besonderheiten des Einzelfalls ab. Klar ist jedoch, dass nicht nur Empfänger*innen der Grundsicherung auf staatliche Hilfen angewiesen sein werden, sondern dass auch in Arbeit stehende Menschen mit geringen bis mittleren Einkommen davon betroffen sein können. Neben den bekannten Unterstützungsprogrammen auf Bundesebene kann und wird die Stadt Köln dabei insbesondere im Rahmen des Wohngeldes wertvolle Hilfestellungen leisten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Frau Blome. - Als Erster gebe ich jetzt Frau Martin das Wort, in allererster Linie zum Antrag unter TOP 3.1.4 und dann natürlich auch darüber hinaus.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Zuschauer*innen hier im Saal und an den Bildschirmen! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns im Krieg, auch wenn es sich nicht so anfühlt. Draußen ist immer noch Sommer. Es fühlt sich locker an, es ist warm. Die Bomben fallen weit weg, im Osten Europas. Manch einer oder eine denkt sogar, die Auseinandersetzung in der Ukraine hätte nichts mit uns zu tun. Doch das ist falsch. Denn in der Ukraine werden auch unsere Freiheit, unsere Werte und unsere Demokratie verteidigt.

(Beifall)

Bitte entschuldigen Sie diese staatstragenden Worte zu Anfang. Aber sie führen uns direkt zu den Herausforderungen, die gerade sehr eindrücklich von Herrn Feicht und Frau Blome geschildert wurden.

Wie geht es Ihnen, wenn Sie das hören? Bei mir macht sich Bedrückung breit - und gleichzeitig Tatendrang und Entscheidungskraft. Jetzt ist jeder gefragt, das zu tun, was er am besten kann, seine Rolle wahrzunehmen und ihr gerecht zu werden.

Wir als Kommune sind nicht gefragt, wenn es darum geht, einzelne Personen finanziell zu entlasten, Energiepreise zu deckeln und Übergewinne

zu besteuern. Das ist Sache der Bundesregierung. Sie hat mit dem dritten Paket von 65 Milliarden Euro sehr umfangreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht, mit denen wir hoffentlich genau das erreichen und es schaffen, die schlimmsten Härten und Ungerechtigkeiten abzumildern.

Den Antrag der LINKEN lehnen wir wegen Nichtzuständigkeit ab.

Wir beschließen im Kölner Rat zum Glück auch nicht über die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken. Deshalb werden wir auch diesen Antrag ablehnen.

Was wir aber als Kommune, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen können, steht in unserem unter TOP 3.1.4 vorliegenden Antrag. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten, ihm zuzustimmen.

Wir wollen die kommunalen Beratungsangebote, insbesondere die Energie- und die Schuldnerberatung, kurzfristig stärken. Das ist etwas, das in unserer Hand liegt, das unsere Aufgabe ist und das unserer Rolle entspricht. Denn neben den finanziellen Entlastungen hilft in dieser Krise eines: Energie sparen.

Ich möchte Sie daran erinnern, dass wir damit drei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Wir wirken dem Energiemangel entgegen, wir schonen unseren Geldbeutel, und wir schützen das Klima.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Doch wie geht das genau? Was ist sinnvoll und was nicht?

Die Raumtemperatur in Kitas und Altenheimen auf 19 Grad zu senken, ist nicht sinnvoll, liebe SPD, wie ihr in eurem Antrag unterstellt.

(Christian Joisten [SPD]: Nicht die SPD!
- Weitere Zurufe)

- Was habe ich gesagt? Ich meine natürlich die FDP. - Das ist also nicht vorgesehen. Die Stadt wird es deshalb auch nicht machen.

Eine Eisbahn auf dem Ebertplatz ist ebenfalls nicht sinnvoll.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb legt die Verwaltung heute auch den Vorschlag vor, das sein zu lassen und ein Alternativ-

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 16

programm anzubieten. Ohne diesem Tagesordnungspunkt jetzt vorgreifen zu wollen: Wir begrüßen diesen Vorschlag sehr.

Was an allgemeinen Maßnahmen dagegen sinnvoll ist, hat die Verwaltung bereits verfügt: Straßenlaternen dimmen, die Dombelichtung nachts ausschalten, Büroräume weniger heizen usw.

Doch was kann jeder Einzelne zu Hause tun? Kalt duschen, Energiesparlampen einsetzen, schaltbare Steckdosenleisten verwenden. Das ganze Potpourri an Möglichkeiten kennen unsere städtischen Beratungsstellen. Sie empfehlen seit vielen Jahren sehr zielgruppengenaue, wer was am besten macht.

Diese bestehenden sehr guten Angebote auszuweiten und zu stärken, wird Kölnerinnen und Kölnern helfen, finanzielle Notlagen abzumildern. Und es wird - ich erinnere noch einmal daran - dem Klima guttun.

Wir wollen hier sofort eine halbe Million Euro dafür zur Verfügung stellen. Nicht mehr und nicht weniger sollten wir auf kommunaler Ebene jetzt tun. Wir befinden uns im Krieg, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer. Lassen Sie uns das nicht vergessen, sondern lassen Sie uns gemeinsam solidarisch und besonnen handeln. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich fasse mich kurz. Wir haben eine lange Tagesordnung, und Frau Martin hat auch schon ganz wichtige Aspekte angesprochen.

Wir haben schon mehrfach Beschlüsse zur Problematik der immensen Energiepreissteigerung gefasst. Insbesondere das Sozialamt, das Jobcenter und die RheinEnergie arbeiten intensiv und eng zusammen, um die Folgen für die Menschen so weit wie möglich abzufedern.

In diesem Zusammenhang möchte ich mich auch bei Frau Blome und Herrn Feicht dafür bedanken,

dass sie für uns ausgeführt haben, was da alles schon getan wird.

Bei unserem heutigen Antrag geht es uns darum, einen Beitrag dazu zu leisten, dass die Menschen in Köln, die bisher nicht auf Transferleistungen angewiesen sind, intensiv so beraten werden, dass dies vermieden wird. Dabei ist es uns wichtig, die Informationen, wo und wie man Hilfe erlangen kann, zu intensivieren und die bestehenden Beratungsangebote in dieser akuten Situation aufzustoßen. Es ist der richtige Weg, so zeitig zu handeln, dass die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt möglichst nicht in Notsituationen geraten und dass sie, sofern dies der Fall ist, schnelle und geeignete Hilfen erlangen.

Den Antrag der LINKEN lehnen wir ab, weil auf Stadt-, Bundes- und auch Landesebene bereits zahlreiche Maßnahmen in Gang gesetzt wurden und kurzfristig auch noch in Gang gesetzt werden. Im Übrigen ist die Frage der Zuständigkeit der Kommune von Frau Blome ja schon angesprochen worden.

Zu dem Antrag ist aber auch festzustellen - das ist mir ein Bedürfnis -, dass die ständige Wiederholung von Forderungen, die schon laufen, überhaupt keinen Sinn macht, sondern dass wir Gesamtkonzepte brauchen.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Den AfD-Antrag lehnen wir auch ab - und den Antrag der FDP ebenso. Denn er geht ins Leere, wie wir von Frau Martin schon gehört haben. Was wir da beschließen sollen, macht so überhaupt keinen Sinn. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

(Zurufe)

- Jetzt hat Herr Achtelik das Wort. Ich erkläre es gerne noch einmal. Erst kommen die Antragsteller zu TOP 3.1.4, dann die Antragsteller zu TOP 3.1.6 usw., und zwar nach Größe der Fraktionen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Das ist doch nicht richtig!)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 17

- Ob Sie das nicht richtig finden, kann jetzt nicht entscheidend sein. Es entspricht der Formalität. Und ich kann es sowieso nicht allen hier recht machen. Ich bitte also, das zu akzeptieren. - Jetzt spricht Herr Achtelik.

Christian Achtelik (Volt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Saal! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und zu Hause! Vielen Dank auch von meiner Seite an Herrn Feicht und Frau Stadtdirektorin Blome - -

(Unruhe)

- Wenn es in Ordnung ist, würde ich meine Rede fortsetzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

- Danke. - Vielen Dank an Herrn Feicht und an Frau Blome für die einordnenden Worte am Anfang, die uns die Dringlichkeit dieser Situation noch einmal klargestellt haben.

Die Heizkosten explodieren, und der Bund bringt praktisch im Monatstakt neue Maßnahmen auf den Weg: 9-Euro-Ticket, Tankrabbat, Entlastungspakete 1, 2 und 3. Einiges davon ist wichtig und richtig.

Auf einige Maßnahmen davon sind wir auch aus kommunaler Perspektive angewiesen. Denn unser finanzieller Spielraum - das hat Frau Martin gerade schon deutlich gemacht - ist hier beschränkt.

Trotzdem können und wollen wir unseren Beitrag leisten und dagegen kämpfen, dass Kölnerinnen und Kölner im Winter in kalten Wohnungen sitzen.

Das ist aber nicht das Einzige. Laut einer Studie ist jetzt schon jeder vierte deutsche Haushalt von Energiearmut bedroht. Kölner Beratungsstellen und Hilfseinrichtungen berichten von zahlreichen Anfragen von Kölnerinnen und Kölnern, die Stromsperren befürchten und nicht wissen, wie sie künftig ihre Heizkosten bezahlen sollen.

Wir können lokal entgegenwirken mit einem umfassenden lokalen, hier verorteten Beratungsangebot zur effizienten Nutzung von Energie und zum Umgang mit Energieschulden, die wir im besten Fall dadurch mit verhindern können. So können wir bestenfalls verhindern, dass Bürgerinnen

und Bürger überhaupt in diese finanzielle Notlage geraten. Damit fangen wir präventiv die Leute auf, noch bevor sie in die Energiekostenspirale geraten.

Dazu müssen wir jetzt handeln und dieses Angebot stärken, was wir mit dem vorliegenden Antrag tun. Wir brauchen also Anlaufstellen überall dort, wo betroffene Kölnerinnen und Kölner erreicht werden können: beim Sozialamt, beim Jobcenter, bei den Stromversorgern, bei den Verbraucherberatungsstellen, bei den Beratungsstellen der Freien Wohlfahrtspflege, bei den Mietervereinen usw. Es gibt noch viele weitere Möglichkeiten.

Liebe LINKE, mit meinen Ausführungen zu Anfang habe ich einen einzelnen Punkt aus Ihrem Antrag bereits unterstützt, nämlich, die Kommunen zu entlasten. Dennoch halte ich Ihre Resolution insgesamt nicht für hilfreich. Sie wird daher unsererseits keine Zustimmung finden.

Wir sind überzeugt, dass Oberbürgermeisterin Reker im Städtetag und bei Land und Bund jeden Tag für unsere Kommune kämpft und sich dafür einsetzt,

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

dass unsere Anliegen auch auf der Ebene gehört werden.

Liebe FDP, nach Aussage des Bundeswirtschaftsministeriums sind - ich zitiere mit Erlaubnis die *Tagesschau* vom 1. September 2022 - Krankenhäuser, Pflegeheime, Behinderteneinrichtungen, Schulen und Kitas von den Regelungen ausgenommen. Daher sehen wir keine Notwendigkeit für Ihren Antrag.

Lassen Sie uns also nachhaltige Politik gestalten; denn Energiesparen ist nicht nur ein Kostenthema, sondern - Frau Martin hat es deutlich gemacht - damit zahlen wir auch auf ein längerfristiges Ziel ein, nämlich die Bekämpfung des Klimawandels. Lassen Sie uns die Kölnerinnen und Kölner persönlich unterstützen, ihnen zeigen, dass wir für sie da sind, und sie in ihrer kölschen Mentalität stärken, damit es auch in Zukunft noch immer jót jejeange hätt. - Danke.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 18

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat DIE LINKE als Antragsteller zu TOP 3.1.6 das Wort. Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Selbstverständlich brauchen wir lokal viel und starkes Handeln für die Bürgerinnen und Bürger. Dem widerspricht unsere Resolution überhaupt nicht. Man kann das eine tun, ohne das andere zu lassen. Ich möchte das jetzt ausführen.

Wir stimmen alle - das haben alle Vorrednerinnen und Vorredner deutlich dargestellt - in der Einschätzung der Dringlichkeit der Situation überein. Vielen Menschen macht die gegenwärtige Situation Angst, insbesondere Menschen mit geringem und mittlerem Einkommen.

Wir stimmen auch darin überein, dass das eine Folge der Corona-Pandemie und des russischen Überfalls auf die Ukraine mit den daraus resultierenden berechtigten Sanktionen gegen das Putin-Regime ist.

Wir meinen aber auch, dass das eine Folge der seit Jahren weiter auseinandergehenden sozialen Schere auch in Köln ist. Der Kölner Lebenslagenbericht 2020 beschreibt die soziale und räumliche Spaltung unserer Stadt recht präzise, und zwar nach Daten des Jahres 2019.

Nun droht eine deutliche Vertiefung der sozialen Spaltung unserer Gesellschaft auch in unserer Stadt, von der der Haushalt der Stadt Köln mit allen weiteren Folgen direkt betroffen ist.

Es ist daher aus unserer Sicht schon sehr wohl von Bedeutung, wenn der Kölner Rat über dieses Thema diskutiert und eine Stellungnahme abgibt. Wenn die Frau Oberbürgermeisterin im Deutschen Städtetag weitere Entlastungen für Bürger*innen und Kommunen ansprechen möchte - und ich bin überzeugt, dass sie das sehr gut und dringlich machen wird -, wie sie ja auch in ihrer Haushaltsrede ankündigte, sollte der Rat sie mit einem eigenen Beschluss unterstützen. Das ist das, was wir tun können.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Das schon erwähnte von der Ampelkoalition in Berlin aufgelegte dritte Entlastungspaket zeigt

zwar richtige Ansätze, wird aber der Dimension der sich noch entwickelnden wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen nicht gerecht. Armen und unterer Mittelschicht wird eben nicht genügend geholfen. Gutverdienenden wird Geld hinterhergeworfen. Der Klimaschutz wird nicht berücksichtigt.

Das hat für die Stadt Köln Folgen. Ohne ausreichende Maßnahmen des Bundes drohen in den nächsten Jahren starke soziale Kürzungen im städtischen Haushalt, weil die Kosten der Unterkunft explodieren. Das Ziel der klimaneutralen Stadt bis 2035 wird möglicherweise nicht zu erreichen sein, weil die nötigen Investitionen in den Umbau der Energieerzeugung und des Verkehrssystems nicht finanziert werden können. Gute, ehrgeizige Projekte wie die Abschaffung von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit in wenigen Jahren sind - so ist zu befürchten - Makulatur.

Stattdessen wird die Stadt den deutlichen Wohlstandsverlust breiter Schichten in der Stadt mit unzureichenden Mitteln abfedern müssen - unzureichend, weil rein lokal; das hat Herr Feicht richtig betont. Bund und Länder sind hier gefragt. Sie dürfen die Kommunen nicht im Stich lassen, wie sie das einst bei den Kosten der Unterkunft bei Hartz IV gemacht haben. Das darf nicht sein.

Deshalb darf der Rat in diesem Tauziehen der nächsten Wochen nicht schweigen. Es gibt bereits eine lebhafte öffentliche Debatte in der ganzen Republik um das Thema Entlastungen. Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, Kirchen, Ökonom*innen und auch die Bundesländer vertreten ihre Positionen. Auch der Kölner Rat sollte - das meinen wir mit unserem Antrag - dies tun.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Der Antrag meiner Fraktion verbindet verschiedene Elemente von Sofort- und Notmaßnahmen:

- ein monatliches Energiegeld, das über die Haushaltsgröße Lebensgemeinschaften und Familien stärker berücksichtigt als bisher
- nicht nur einen Strom-, sondern auch einen Gaspreisdeckel, der eine ökologische Komponente hat, weil er nur für einen durchschnittlichen Verbrauch gilt
- Unterstützung - das ist wichtig - für Stadtwerke und kommunale Versorger

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 19

Die von ihrer Verteilungswirkung her unsolidarische Gasumlage dagegen ist wegen ihrer zusätzlichen Belastung für die Schichten, die eigentlich entlastet werden müssen, abzuschaffen.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Zur Finanzierung der Entlastungen für Bürger*innen und Kommunen sollte der Bund umgehend eine Übergewinnsteuer einführen. Andere europäische Länder haben dies bereits getan. Die EU-Kommission hat den Mitgliedsländern schon im Frühjahr grünes Licht dafür gegeben.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Die Ampelkoalition spielt hier sichtlich auf Zeit und verweigert dies im Moment. Eine solche Steuer hat jedoch eine große Bedeutung dafür, ein den Problemen angemessenes Paket von Entlastungen zu finanzieren. Sie ist natürlich auch für die Kommunen und ihre Finanzbedarfe von Bedeutung.

Die Forderungen unseres Antrags werden seit Wochen in der bundesdeutschen Öffentlichkeit diskutiert und von verschiedenen Organisationen vorgebracht. Ich fasse zusammen: Ihr Leitgedanke ist, dass diejenigen Schultern Lasten tragen sollen, die dies können. Sie dienen der sozialen Gerechtigkeit. Sie schaffen Vertrauen in unsere Demokratie. Deshalb sind sie die besten Maßnahmen, um nationalistischen und rechtsautoritären Strömungen zu begegnen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer für die Antragsteller zu TOP 3.1.8 das Wort.

Christer Cremer (AfD): Vielen Dank für das Wort. - Frau Oberbürgermeisterin! Meine verehrten Damen, sehr geehrte Herren! Liebe Zuschauer hier im Saal und im Livestream! Frau Blome, vielen Dank für Ihre Einordnung, dass die Energiepolitik eigentlich Bundessache ist. Deswegen haben wir auch unseren Antrag gestellt. Denn die Probleme, die wir in Köln haben, können hier nicht gelöst

werden. Sie können im Grunde genommen nur an der Wurzel des Problems gelöst werden. Und das ist die Energiepolitik - für die Herr Feicht übrigens in den letzten Jahren als Staatssekretär mit Verantwortung getragen hat. Das sollte man nicht vergessen.

(Beifall bei der AfD)

Meine Damen und Herren, Deutschland steht vor einer ungeahnten ökonomischen Krise infolge von Energieknappheit und Inflation. Die zugrunde liegenden Fehler prädatieren lange den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Das regierende Altparteienkartell hat das mit seiner Energiepolitik zu verantworten.

Es drohen auch in Köln massive Wohlstandsverluste für die Bevölkerung. Massive Pleiten von Unternehmen und ein Blackout mit anschließendem Chaos könnten ebenfalls die Folge sein. Hunderttausende Kölner wissen nicht, wie sie die gestiegenen Energiekosten zahlen sollen, und haben Angst um den Arbeitsplatz. Die drohende Rezession wird die Steuereinnahmen einbrechen lassen und unsere Stadt nachhaltig schwächen. Wir sind bekanntlich auf Kante genäht.

Die Verantwortung für dieses Desaster trägt nicht der normale Kölner, sondern der linksgrüne Zeitgeist, der dank fleißiger Unterstützung der Mainstream-Medien und - ja, das muss auch gesagt werden, auch wenn die Politik auf Bundesebene eine andere ist - durch das Kriechertum von CDU und FDP das Land und die Stadt fest im Griff hat.

(Beifall bei der AfD)

Deutschland macht bekanntlich die dümmste Energiepolitik der Welt - so das *Wall Street Journal* vor einigen Jahren. Der gleichzeitige Ausstieg aus der Kernenergie und der Kohle ist die Vollendung eines linksgrünen Traums zur Deindustrialisierung dieses Landes und dessen Zerstörung. Diese Energiepolitik hat uns erst von Russland und anderen Ländern mit zweifelhaftem politischen Hintergrund abhängig gemacht.

In Europa kann niemand diese Haltung verstehen. Die geplante Abschaltung der drei noch vorhandenen Kernkraftwerke am Ende dieses Jahres ist ein Ausdruck grüner ideologischer Verbohrtheit und Arroganz gegenüber dem Rest von Europa.

(Beifall bei der AfD)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 20

Die deutschen Kernkraftwerke, die besten der Welt, werden gebraucht. Das gilt auch für die drei Kernkraftwerke, die am Ende des vergangenen Jahres vom Netz gegangen sind.

Überall macht man eine andere Politik. Für die Grünen: Fragen Sie einmal Ihre Kollegen in Finnland; die bekennen sich zur Kernenergie. - Aber die Welt soll am deutschen Wesen oder, besser gesagt, am grünen deutschen Wesen genesen.

Wir können hier nicht europäische Energiesolidarität oder was auch immer einfordern, wenn wir Deutschen so unsolidarisch sind. Die Lösungen liegen in unserem Land.

Aber was will man auch anderes erwarten, wenn ein grüner Märchenerzähler in Person von Herrn Habeck als Trainee im Amt des Wirtschaftsministers für die Energiepolitik zuständig ist? Seine Kenntnisse beispielsweise über Insolvenzen sind jetzt schon legendär.

Dieser Wahnsinn muss gestoppt werden. Deshalb muss jetzt ein Signal nach Berlin ergehen: Es ist fünf vor zwölf für die Energieversorgung in Deutschland und Köln. Uns droht eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Katastrophe.

Die Energiewende ist gescheitert. Bitte kommen Sie mir jetzt nicht mit den Erneuerbaren. Sie sind nicht grundlastfähig, verschandeln die Landschaft und zerstören im Fall der Windräder wertvollen Grund und Ackerboden.

(Unruhe)

CDU und FDP sind übrigens für die Misere gleichermaßen wie die linken Parteien verantwortlich. Die Kölner Gliederungen sind ja immer ganz vorne mit dabei, wenn es ums Kuschen vor Linksgünen geht. Jetzt sollten sie sich aber ein Beispiel an ihren Bundesparteien nehmen und diesen Antrag unterstützen.

Die SPD sollte sich an das politische Erbe ihres Atomkanzlers Helmut Schmidt erinnern.

Angebot und Nachfrage bestimmen nun einmal den Preis für Energie. Deshalb muss das Energieangebot mit der Kernkraft und der Kohle massiv ausgeweitet werden. Planwirtschaftliche Umverteilungsmaßnahmen bringen uns da nicht weiter. Diese Politik würde uns unabhängig machen und die Preise senken.

Meine Damen und Herren, dieser Rat hat sich in der Vergangenheit immer wieder für die Aufnahme von Menschen aus aller Herren Länder eingesetzt. Jetzt ist es an der Zeit, dass Sie sich endlich einmal für die Kölner einsetzen. Die politische Geiselnahme dieses Landes bzw. dieser Stadt durch die Soja-Sörensen in irgendwelchen grünen Ortsvereinen muss beendet werden. Denn nur deswegen wird dieser sinnlose Ausstieg aus der Kernenergie fortgesetzt.

Noch kurz zu den Anträgen der anderen Fraktionen:

Der Antrag des Ratsbündnisses ist im Grunde genommen blanker Hohn. In einem Hochtechnologieland sollte die Energie so günstig sein, dass man überhaupt keinen Beratungsbedarf hat.

Die Linkspartei will die Planwirtschaft durch die Hintertür einführen. Das hat bekanntermaßen noch nie funktioniert. In dem Teil Deutschlands, in dem Sie einmal regiert haben, sind Sie damit gescheitert. Die aktuelle Energiemisere haben wir de facto auch der Planwirtschaft zu verdanken.

Dass die FDP jetzt bei einer Sache ins Energiespar-Klein-Klein verfällt, kann ich nicht ganz verstehen. Ich hätte mir von Ihnen gewünscht, dass Sie die durchaus vernünftigen Vorschläge und auch die berechtigte Kritik Ihrer Bundestagsabgeordneten an der Energiepolitik von Herrn Habeck hier unterstützen. Warum tun Sie das nicht? Na ja, vielleicht hat man einfach wieder Angst vor der Kölner Stadtgesellschaft.

Deswegen ist der einzige Antrag, der hier wirklich einen Beitrag leistet, die Energie billiger zu machen und uns vor dem ökonomischen Untergang zu bewahren, unserer. Ich bitte um Ihre Zustimmung. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sehen an der Vielzahl der hier vorliegenden Anträge rund um den Themenblock „Energiekosten/Energiesparen“, wie wichtig uns allen im

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 21

Rat dieses Thema ist. Ganz Deutschland diskutiert darüber, und meist überlagert diese Diskussion alles andere. Da hagelt es Tipps von der Solaranlage für den Balkon bis hin zur Nutzung des Waschlappens. Wir sparen Energie von der Eisbahn bis zur Dombbeleuchtung.

Als Stadt stehen wir vor der großen Herausforderung, den Bürgerinnen und Bürgern bei dem Umgang mit explodierenden Energiekosten zu helfen und selbst Vorbild zu sein, aber auch den städtischen Haushalt vor diesen Zusatzkosten zu bewahren. Ich sage ganz ehrlich: Dabei hat die Verwaltung unsere vollste Unterstützung. Das müssen wir alle leisten.

So ist es selbstverständlich, dass wir die Bundesverordnung umsetzen und uns eigene Gedanken dazu machen, was noch möglich ist. Wir gehen davon aus, dass die Verwaltung dies im Blick hat. Wir haben ja heute schon erfahren, was zum Beispiel bei öffentlichen Gebäuden passiert: Temperaturen herabsetzen etc.

Wir wollen nur gerne, dass da nichts schief läuft. Aus diesem Grund stammt einer der heute vorliegenden Anträge von uns. Darin wird die Verwaltung ausdrücklich gebeten, gewisse Gebäude von dieser Absenkung auszunehmen.

(Beifall bei der FDP)

Ein paar von ihnen sind heute schon genannt worden, aber eben nicht alle. Und gelesen - ich weiß nicht, wie es Ihnen geht - habe ich noch nichts. Das bisschen habe ich aus der Presse erfahren. Wir haben noch keine Mitteilung erhalten. Genauer weiß man nicht.

Kindergärten, Pflege- und Seniorenheime sowie Einrichtungen für Menschen mit Einschränkungen müssen sicher nicht näher erklärt werden. Kleinkinder und Menschen mit Behinderungen sowie alte und kranke Menschen leiden besonders unter Kälte. Manche von ihnen würden eine solche Einschränkung auch nicht verstehen.

Schülerinnen und Schüler sind noch einmal ein ganz anderes Thema. Neben der Tatsache, dass sie oft über Stunden stillsitzen müssen, wobei man Kälte ganz anders wahrnimmt, und nicht einfach aufstehen können, wenn sie wollen, haben die Schülerinnen und Schüler durch die vergangenen zwei Corona-Winter mit der Notwendigkeit,

ständig zu lüften, schon genug gelitten. Schlimmer noch: Wenn sie auch diesen Winter viel lüften müssen, verhindern verringerte Temperaturen zwar wirksam den Energieverlust - das muss man zugeben -, aber auch die Möglichkeit, wieder ein wenig warm zu werden. Das sollten wir unseren Kindern nicht antun - abgesehen davon, dass in vielen Schulen mit alter Heizungsanlage eine so genaue Einstellung der Temperatur gar nicht möglich ist.

Nachdem wir unseren Antrag gestellt hatten, hieß es ja mehrfach: Brauchen wir nicht; machen wir doch alles schon. - Wie gesagt, lag mir so etwas bisher nicht vor. Wenn dem so ist, möchten wir mit unserem Antrag die kluge Vorgehensweise der Verwaltung unterstützen. Wenn dem noch nicht so ist, ist er vielleicht eine Unterstützung, das fertigzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen glaube ich, dass keinem hier ein Zacken aus der Krone bricht, wenn er dem zustimmt, was wir heute beantragen.

Frau Gärtner möchte ich noch kurz zurufen: Wenn unser Antrag keinen Sinn macht, macht die ganze Arbeit der Verwaltung keinen Sinn, die angeblich ja das Gleiche gemacht hat.

(Beifall bei der FDP)

Wir selbst werden heute auch dem Antrag des Ratsbündnisses zustimmen. Denn zur Unterstützung gehört tatsächlich eine gute, vor allem niedrigschwellige Beratung von Menschen, die in Notlage geraten könnten oder es vielleicht schon sind.

Einzig der Antrag der LINKEN scheint uns etwas fehl am Platz zu sein - das wurde auch schon mehrfach gesagt -, enthält er doch Forderungen, die auf Landes- und Bundesebene beschlossen werden müssen oder in Teilen sogar schon beschlossen sind. Die Rede des Kollegen Heiner Kockerbeck hätte auch besser in den Bundestag gepasst.

Ich werbe noch einmal dafür: Macht doch einfach bei unserem Antrag mit; denn das vergibt nichts. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit,

(Beifall bei der FDP)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 22

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuhörerinnen und liebe Zuschauer! Es ist gut, dass wir heute über mögliche Hilfen und Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger sprechen, damit diese nicht durch die steigenden Energie- und Lebenshaltungskosten in die Armut abrutschen oder noch tiefer in ihr versinken.

Schon die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen haben die finanziellen Spielräume und Ressourcen vieler Bürger*innen aufgebraucht. Die Folgen sind gravierend. Für Deutschland hat der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband - Gesamtverband - eine Armutsquote von über 16 Prozent für das Jahr 2021 ermittelt. In Köln lagen wir mit mehr als 18 Prozent klar über dem Bundesschnitt.

Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine kommen nun dramatische Energieversorgungsprobleme und enorme Preisexplosionen bei den Energiekosten hinzu. Ein Krieg in Europa ist die größtmögliche Krise.

Wir brauchen jetzt einen starken sozialen Staat, der dafür sorgt, dass Hilfe bei denen ankommt, die sie am dringendsten brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Olaf Scholz hat mit den bisherigen Entlastungspaketen und der Entlastungspolitik dazu schon einen beachtlichen Beitrag geleistet.

Das soeben beschlossene dritte Entlastungspaket umfasst 65 Milliarden Euro und berücksichtigt alle Zielgruppen. Rentnerinnen und Rentner, Studierende, Fachschüler und Auszubildende sind in diesem Fall mit eingeschlossen. Das war ja eine ganz wichtige Forderung von uns allen. Auch die Wirtschaft wird massiv unterstützt.

So haben wir es, wie gerade schon erwähnt wurde, mit der Reduzierung der Mehrwertsteuer auf Gas zu tun. Es gibt Einmalzahlungen von 300 Euro für Rentner*innen und 200 Euro für Studierende und Fachschüler*innen. Wir haben Strompreisbremsen für den Basisverbrauch, 1,5 Milliarden Euro des Bundes für eine Nachfolgeregelung

des 9-Euro-Tickets, die Verschiebung der CO₂-Preiserhöhung um ein Jahr, die Erhöhung des Kindergeldes und des Kinderzuschlages, Steuerentlastungen für kleine und mittlere Einkommen, Schutzmaßnahmen für Mieterinnen und Mieter, neue Regelsätze bei der Einführung des Bürgergeldes zum 1. Januar 2023 und eine große Wohngeldreform mit Ausweitung der Wohngeldberechtigung von 700 000 auf 2 Millionen Bezieher mit modifizierten Regelungen zum Heizkostenzuschuss.

Ich finde, dass das ein Paket ist, das sich sehen lassen kann.

Jetzt sind allerdings Land und Stadt gefordert, mit diesen Maßnahmen auch entsprechend umzugehen und sie zu unterstützen - das Land zum Beispiel, indem es die zweite Hälfte der finanziellen Mittel für das 9-Euro-Nachfolgeticket bereitstellt, und die Stadt mit mehr Personal im Sozialdezernat; denn die Wohngeldreform wird dort definitiv einen erhöhten Bedarf auslösen, der entsprechend gedeckt werden muss.

Deshalb ist es natürlich gut, dass wir heute im Rat über diese Herausforderungen sprechen, die hier auf uns zukommen, und entsprechende Anträge beraten. Wir wissen, dass die klamme Kommune Köln nur wenige Spielräume hat, um Entlastungsmaßnahmen auf den Weg zu bringen.

Umso dramatischer ist, dass Sie, liebes Bündnis, die offensichtlich vorhandenen Spielräume aber nicht so richtig nutzen wollen. Im letzten Sozialausschuss vor gerade einmal drei Wochen haben wir gemeinsamen mit den LINKEN einen kommunalen Energiehilfsfonds vorgeschlagen. Sie haben das damals mit dem Hinweis, dass dafür keine Mittel zur Verfügung stehen, abgelehnt. Nun kommen Sie drei Wochen später mit 500 000 Euro für Spartipps um die Ecke, also mit der Hälfte des Betrages, den wir analog zur RheinEnergie für den Härtefallfonds vorgesehen hatten. Noch vor drei Wochen waren Ihrer Meinung nach derartige Summen im Kölner Haushalt gar nicht abbildbar.

Da ich mich nicht erinnern kann, dass die Kämmerin in der Zwischenzeit irgendwo Geld gefunden hat, muss ich davon ausgehen, dass Sie entweder die reale Situation der betroffenen Bürgerinnen und Bürger nicht bewusst wahrnehmen und nicht kennen oder dass es Ihnen nicht wichtig genug ist.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 23

Denn für die Menschen, die jetzt an den Punkt kommen, dass sie schlicht ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können, sind ganz reale Hilfen in Form von Geld das Allerwichtigste. Spartipps insbesondere von vielen Politikern im Sinne von „Der Waschlappen hilft auch; die Dusche muss es nicht sein“ helfen in dieser Situation ja überhaupt nicht weiter.

Wir gestehen aber natürlich zu, dass auch die Beratung für nachhaltiges Energiesparen bzw. die Erschließung eigener neuer Energiequellen wie zum Beispiel Photovoltaik auf dem Balkon gute Beiträge zur Bewältigung der Situation leisten kann. Genau an dieser Stelle sind deswegen unsere städtischen Betriebe, insbesondere die RheinEnergie, ja auch schon intensiv und vor allem innovativ unterwegs, wie die Eröffnung des Solarberatungszentrums „Treffpunkt Solar“ gestern gezeigt hat.

Dennoch wollen wir jetzt die direkte Hilfe für zahlungsunfähige Menschen in den Mittelpunkt gestellt wissen. Deshalb hätten wir am liebsten einen Änderungsantrag gestellt, um die 500 000 Euro, die Sie gefunden haben, in den Hilfsfonds zu lenken. Allerdings lässt es unsere Geschäftsordnung bekanntlich nicht zu, einmal gemachte Vorschläge innerhalb von drei Monaten noch einmal neu einzubringen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Aus gutem Grund!)

Deswegen müssen wir heute darauf verzichten.

Da Sie nun einmal diese 500 000 Euro irgendwo im Haushalt gefunden haben und wir der Meinung sind, dass sie in Beratung besser investiert sind als in gar nichts, auch wenn Sie sie jetzt im Gießkannenprinzip für Spartipps ausgeben wollen, wollen wir uns diesem Weg nicht völlig verschließen. Wir hoffen aber sehr, dass Sie gemeinsam mit der Verwaltung auch die Fortführung und dauerhafte Finanzierung zum Beispiel des Stromspar-Checks sowie die chronisch unterfinanzierten Verbraucherzentralen, die uns ja allen immer am Herzen liegen sollten, mit im Blick haben, so dass diese Mittel auch dorthin fließen können. Deswegen, liebes Bündnis, sehen wir uns in der Lage, in der Hoffnung, dass Sie diese Instrumente mit im Blick haben, Ihrem Antrag heute zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme noch kurz zu den anderen Anträgen, die hier auf der Tagesordnung stehen.

Liebe LINKE, vor einer Woche war euer Antrag noch wirklich aktuell. Damals waren viele der geforderten Punkte sinnvoll. Ich habe aber gerade, glaube ich, dargelegt, dass doch vieles nun aus der Zeit gefallen ist und durch die Maßnahmen der Bundesregierung überholt ist. Insofern können wir euch nur zurufen, dass sich euer Antrag erledigt hat und ihr ihn zurückziehen solltet, weil in diesem Fall schon vieles abgearbeitet ist.

Liebe FDP, Ihren Antrag halten wir nun für völlig überholt. Denn die gewünschten Ausnahmen sind ganz klarer Bestandteil der entsprechenden Bundesverordnung. Einfaches Googeln hilft. In der Verordnung zur Sicherung der Energieversorgung über kurzfristig wirksame Maßnahmen steht exakt das, was Sie in Ihrem Antrag formuliert haben. Genau diese Einrichtungen sind von entsprechenden Sparmaßnahmen ausgenommen. Das ist also schon einmal ganz klar. Und auch die städtische Verwaltung hat am 8. August 2022 genau die Energiesparmöglichkeiten, die sie nutzen will, angekündigt, und zwar mit den Einschränkungen, die hier aufgeführt sind. Ich weiß also gar nicht, warum wir das heute noch in irgendeiner Weise hier beschließen sollten.

Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wir sind in einer der schwersten Krisen der jüngeren Geschichte, die alle Lebensbereiche durchzieht und deren Folgen und Facetten heute noch überhaupt nicht in Gänze absehbar sind. In jedem Fall wird es aber noch zu noch stärkeren sozialen Verwerfungen kommen als bisher. Das steht, glaube ich, fest und ist leider sicher. In solchen Zeiten muss der Staat auf allen Ebenen handlungsfähig bleiben, die notwendigen Maßnahmen veranlassen, um existenzielle Folgen abzumildern, und individuelle Lösungen für alle diejenigen bereithalten, die einfach nicht mehr können. Für gemeinsames Handeln in diesem Sinne steht die SPD-Fraktion auch in Zukunft vollumfänglich zur Verfügung. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das war eine Punktlandung von acht Minuten. - Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 24

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauende! Was den Antrag der FDP-Fraktion angeht, bin ich jetzt auf dem neuesten Stand. Denn mir war auch, ehrlich gesagt, nicht bewusst, dass die Dinge, die darin stehen, nun schon umgesetzt werden. Das freut mich aber umso mehr.

Denn wir sollten Folgendes im Blick behalten - sprechen wir jetzt einmal nur über die Kinder in den Einrichtungen -: Krieg ist wirklich die Sache der Erwachsenen. Die Kinder sind vor den Auswirkungen nach allen Möglichkeiten zu schützen. Und viele Kinder bleiben von morgens bis zum späten Nachmittag in diesen Einrichtungen. Das ist anstrengend und bei niedrigen Temperaturen noch anstrengender.

Wenn das jetzt ausgenommen ist, ist ja alles wunderbar. Trotzdem möchten wir diesem Antrag hier noch einmal unsere Zustimmung mitgeben, wie wir das auch bei allen Anträgen der anderen Fraktionen - bis auf einen - tun werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Liebe Frau Reker! Liebe Kolleg*innen! Wo fange ich an? Da ich ja ein bisschen Zeit habe, gönne ich mir gerade mal eine kurze Denkpause,

(Zurufe: Nein!)

um das zu sortieren, weil es jetzt doch recht viel auf einmal war.

Ich schließe mich natürlich grundsätzlich den Vordner*innen an, wenn es darum geht, dass wir jetzt auch alles in unserer Zuständigkeit Liegende und in unserer Macht Stehende tun sollten, um die Menschen zu entlasten - selbstverständlich vor allem auch diejenigen, die ohnehin schon wirtschaftlich schwach dastehen. Das wurde bereits oft gesagt. Darauf werde ich hier nicht noch weiter eingehen. Das heißt: Die KLIMA FREUNDE begrüßen den Antrag des Bündnisses und werden ihm auch zustimmen.

Ich schließe mich aber auch einer anderen Auffassung an. Auch ich hätte trotzdem sehr gerne den Entlastungsfonds gesehen. Wie der Kollege gerade schon ausführte, ist das aber heute nicht hier zu diskutieren.

Trotzdem finde ich es schön, wenn ich das einmal ein bisschen zynisch sagen darf, dass so viel Geld für die Beratung über Entlastungsmöglichkeiten gefunden wurde.

Grundsätzlich denke ich sowieso - das sehen wir heute auch noch an anderer Stelle; dieses Thema poppt ja auch immer mal wieder auf -, dass es auf jeden Fall nicht schadet, wenn wir gegenüber der Bürgerschaft noch transparenter und niedrigschwelliger kommunizieren, was es alles aufgrund von Entlastungsmöglichkeiten, Fördermöglichkeiten usw. bei der Kommune zu holen gibt. Das sei an dieser Stelle auch noch einmal erwähnt.

Was den Antrag der LINKEN angeht, frage ich mich, warum jetzt so sehr auf dem Thema Zuständigkeit herumgehackt wird. Denn es geht um eine Resolution, also um eine Bitte oder eine Empfehlung, und nicht darum, hier Dinge zu beschließen, die wir auf dieser politischen Ebene gar nicht beschließen können. Ich stimme der LINKEN im Namen der KLIMA FREUNDE absolut zu, dass die Übergewinne besteuert werden müssen, dass wir also eine Übergewinnsteuer brauchen, und dass die Gasumlage wegfallen muss.

Lieber Christian, du hast gerade sehr ausführlich dargestellt, was mittlerweile alles passiert ist. Das ist natürlich alles sehr erfreulich. Allerdings stimme ich dir nicht in deiner Aussage zu, dass die Maßnahmen, die von der LINKEN für die Entscheidung auf der Bundesebene gefordert werden, deswegen jetzt überholt wären. Meiner Meinung nach sind sie bei Weitem noch nicht überholt. Letzten Endes hast du das dann auch bestätigt, indem du als Nächstes gesagt hast, dass es noch zu viel stärkeren sozialen Verwerfungen kommen wird. Wir haben vorhin auch gehört, dass wir im Zweifelsfall im nächsten Winter sogar mit noch stärkeren Anstiegen der Gaspreise oder auch einer Gasknappheit rechnen müssen und erst in den Jahren danach überhaupt wieder eine Entlastung erwarten dürfen.

Daher sind aus unserer Sicht alle Maßnahmen, die die Menschen entlasten und vor allem tatsächlich auch die wirtschaftlich schwachen Menschen

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 25

entlasten, egal auf welcher politischen Ebene sie zu treffen sind - Stichwort „Zuständigkeit“ -, jetzt sinnvoll. Es kann davon nicht zu wenig geben.

Meiner Meinung nach dürfen wir auch ruhig aus Köln von der kommunalpolitischen Ebene diese Bitte oder diese Erwartung ganz ausdrücklich an die anderen politischen Ebenen richten - auch wenn ich natürlich dem zustimme, was die eine oder andere Vorredner*in schon gesagt hat, und sicher bin, dass Frau Reker, unsere Oberbürgermeisterin, das auch schon tut. Aber es ist ja, wie bereits mehrfach gesagt wurde, auch schön, wenn die Politik bestätigt, dass sie vollumfänglich dahintersteht und das gutheißt und unterstützt.

In Bezug auf den Antrag der FDP schließe ich mich dem an, was die Kollegin der Fraktion Die FRAKTION gerade gesagt hat. Ehrlich gesagt, hätte ich jetzt auch nicht gewusst, inwieweit diese Dinge schon geregelt und beschlossen sind oder noch nicht. Grundsätzlich finde ich das, was in dem Antrag steht, auf jeden Fall genau richtig. Deswegen ist es mir, mit Verlaub, auch egal, weil ich es auch einfach nicht weiß, was da wirklich schon auf dem Weg ist, beschlossen ist und auch umgesetzt wird. Deswegen werde ich dem Antrag auf jeden Fall zustimmen. Wie immer so schön gesagt wird - Frau Ruffen hat das ja gerade auch gesagt -, bricht hier niemandem ein Zacken aus der Krone, wenn er das tut. Es ist auch noch einmal ein deutliches Zeichen, dass wir, die wir hier als entscheidendes Gremium zusammensitzen, diese Vorgehensweise gutheißen und unterstützen.

Ich möchte dann noch etwas Grundsätzliches zum Thema „Energiepolitik/Klimapolitik“ sagen. Die dümmste Energiepolitik ist unserer Meinung nach die, dass wir es in den letzten Jahrzehnten versäumt haben, auf Erneuerbare umzustellen. Denn die Erneuerbaren stehen tatsächlich quasi umsonst zur Verfügung. Sonne, Wasser und Wind gibt es jeden Tag umsonst, wenn man einmal die entsprechende Infrastruktur geschaffen hat. Billiger kann man Strom und auch Wärme dann nicht haben.

Dieser Wahnsinn muss aufhören. Dem kann ich tatsächlich beipflichten. Allerdings besteht dieser Wahnsinn für mich darin, dass wir nach wie vor viel zu langsam Klimamaßnahmen umsetzen und viel zu wenig - das gehört auch zum Stichwort „Energiepolitik“ - die Energiewende umsetzen. Das ist der eigentliche Wahnsinn. Denn es geht

um das Überleben der Menschheit auf diesem Planeten, in diesem Ökosystem Erde. Ihr kennt meine Meinung dazu. Ihr wisst, warum ich als KLIMA FREUNDIN und als Klimaaktivistin hier stehe. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und von Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Zimmermann das Wort.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Frau Blome, sehr geehrter Herr Feicht, die Erläuterungen von Ihnen liegen jetzt schon etwas zurück. Ich hatte die logische Sekunde verpasst, eine Nachfrage zu stellen, und möchte jetzt die Gelegenheit nutzen, an Sie, Herr Feicht, eine Nachfrage zur RheinEnergie zu richten.

Die RheinEnergie ist ja eine nicht unwesentliche Stütze unseres Stadtwerke-Konzerns. Sie haben in recht klaren und deutlichen Worten beschrieben, was auf die Kund*innen der RheinEnergie zukommt.

Ich möchte fragen, was auf die RheinEnergie als Unternehmen zukommt. Wird sie diese Krise finanziell schwer beuteln? Oder gehört die RheinEnergie etwa zu den Stromunternehmen, die Zufallsgewinne machen?

Andreas Feicht (RheinEnergie AG): Zunächst einmal ist mir gar nicht klar, was Zufallsgewinne sein sollen. Das würde ja für jeden gelten, der ein Produkt anbietet, zum Beispiel ein Taxi. Wenn dann jemand einsteigt, kann man damit auch nicht rechnen. Insofern wäre es auch ein Zufall. Aber das sei einmal beiseitegelassen.

Die RheinEnergie hat verschiedene Sparten, die teilweise natürlich Gewinne machen. Wir haben erneuerbare Energien, die produzieren und damit auch Ergebnisse erzielen. Auf der anderen Seite haben wir Risiken durch diese hohen Werte der Strom- und Gasportfolien, die dann natürlich auch teilweise unter Druck sein können. Das heißt: Es gibt Effekte in die eine Richtung wie Effekte in die andere Richtung.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 26

Aktuell ist unser Ergebnis im Jahr 2022 stabil. Aber alles ist sehr volatil. Es hängt natürlich auch sehr stark von politischen Entscheidungen ab - je nachdem, wie zum Beispiel entsprechende Preisdeckel oder anderes dann eingeführt werden und auf welcher Ebene es eingeführt wird. Wir sind dabei, den Wirtschaftsplan für das Jahr 2023 zu erarbeiten.

Im Ergebnis würde ich sagen: Das Ergebnis ist stabil. Aber die Risiken steigen. Das wird sehr stark von der Dynamik in den nächsten Wochen und Monaten abhängen. Aber eine Ergebnis- oder Gewinnwarnung gibt es aktuell nicht.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann? Sie haben noch das Wort.

(Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]:
Vielen Dank!)

- Okay. - Dann frage ich nach weiteren Wortmeldungen. - Frau Hoyer hatte sich gemeldet. Aber zunächst Herr Bauer-Dahm, bitte.

Daniel Bauer-Dahm (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe Zuschauer*innen! Lieber Herr Kockerbeck, es tut mir leid; die Rede hat mich jetzt auch nicht überzeugt. Das dürfte aber nach meinen Vorrednern nicht allzu erstaunlich sein. Ihr Antrag ist in weiten Teilen durch das dritte Entlastungspaket obsolet geworden. Darum brauchen wir nicht herumzureden. Ohnehin ist das überwiegend keine Ratsaufgabe.

Zu den Kolleg*innen der FDP: Es freut mich, dass die FDP so fürsorglich auch an die Schwächsten in der Gesellschaft denkt. Von Katja Hoyer kenne ich das ja zu Genüge. An dieser Stelle ist die Verordnung aber nun einmal ganz klar. Kindertagesstätten, Schulen, Pflegeeinrichtungen, der öffentliche Ganztags etc. sind bereits durch Ausnahmeregelung berücksichtigt. Das ist jetzt auch schon oft genug gesagt worden. Daher ist Ihr Antrag leider vergebene Liebesmüh. Ich freue mich aber sehr darauf, zukünftig im Bereich Soziales konstruktiv mit der gesamten Fraktion zusammenarbeiten zu dürfen und nicht nur mit Katja Hoyer.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Herr Joisten, ich möchte hier einmal kurz auf den kommunalen Energiehilfsfonds, den Sie zitiert haben, zurückkommen. Herr Feicht hat eben gesagt - ich zitiere -: Wir stehen an der Seite unserer Kunden. - Das finde ich super. Das Problem ist nur: Nicht alle Kölner*innen sind Kunden der Rhein-Energie, und wir müssen auch für den Rest der Kölner*innen etwas machen.

(Christian Joisten [SPD]: Genau deswegen haben wir den Antrag gestellt!)

Daher hilft es nicht, wenn wir Gelder umschichten, die a) uns nicht gehören und nicht in unserer Tasche sind und b) eben nicht für alle Menschen in dieser Stadt dienlich sind.

Was die direkte Hilfe angeht, ist es nun einmal so, dass sie leider - leider! - nicht finanzierbar ist. So volle Kassen haben wir einfach nicht. Sie kennen die Reden der Kämmerin und der Oberbürgermeisterin zum zukünftigen Haushalt in den nächsten zwei Jahren.

Stattdessen versuchen wir - das werden wir auch schaffen -, soziale Strukturen zu erhalten. Wir können aber nicht für das Land und den Bund die Aufgaben übernehmen. Wir stehen mit Land und Bund eng in Kontakt, aber sind nicht dann in der Lage, deren Job zu machen. Das muss man ganz einfach so sagen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Unser Job hier in diesem Rat ist es, Menschen zu befähigen, sich selber zu helfen. Unser Job ist es, sicherzustellen, dass die Kölner*innen den Weg zu den Geldern finden, die Land und Bund ihnen - davon gehe ich fest aus - bereitstellen werden. Dafür verdoppeln wir die Zuschüsse an die allgemeinen Verbraucherberatungen - sei es im Quartier, sei es die zentrale Verbraucherberatung. Das ist das, was wir machen müssen. Das ist unser Job als Rat der Stadt Köln - nicht mehr und nicht weniger. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU noch einmal das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Von Volt? - Auch nicht. Dann hat jetzt Herr Detjen das Wort.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 27

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Bereits im November letzten Jahres haben SPD und LINKE hier im Rat einen Antrag gegen Energiearmut eingebracht - lange vor dem Ukraine-Krieg. Im Januar 2022 hat dann der Sozialausschuss einen Beschluss gefasst, der konkrete Maßnahmen eingefordert hat, zum Beispiel keine Stromsperren. Es gab in der Corona-Zeit in Zusammenarbeit mit der RheinEnergie keine Stromsperren.

Der SPD und der LINKEN geht es darum, unsere sozialen Strukturen in Köln zu erhalten und zu stärken. Deshalb hatten wir im letzten Sozialausschuss den Antrag eingebracht, das Angebot der RheinEnergie, den Härtefallfonds, gemeinsam zu bearbeiten. Das haben das Gestaltungsbündnis und der Sozialdezernent abgelehnt. Die RheinEnergie macht das jetzt alleine - immerhin.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit 1 Million Euro sind das auch keine Peanuts. Mit 1 Million Euro kann man 4 000 Stromsperren konkret verhindern.

Die Gefahr ist, dass jetzt ein Prozess stattfindet, in dem Jobcenter und Verwaltung auf der einen Seite und RheinEnergie auf der anderen Seite getrennt jeweils ihren Weg gehen.

Ich will Ihnen das einmal an einem Beispiel deutlich machen, damit Sie dies auch bezüglich kommunaler, örtlicher sozialer Strukturen erkennen können. Wir haben das Projekt Stromspar-Check. Die Mittel für den Stromspar-Check betragen etwa 250 000 Euro. Die RheinEnergie hat diese Unterstützung - die Hälfte, die sie getragen hat - nun aufgekündigt, weil sie jetzt einen alleinigen Weg geht. Gleichzeitig ist in dem Haushalt der Stadt Köln für den Stromspar-Check kein Geld eingestellt. Es gibt dritte Mittel, nämlich Bundesmittel, die man natürlich nur dann abgreifen kann, wenn beide Akteure die entsprechende Zusicherung machen.

Daran können Sie erkennen, wie unklug es ist, wenn man unterschiedliche Wege geht. Den Stromspar-Check gibt es übrigens schon seit zwölf Jahren. Frau Martin, Sie haben vorhin gesagt: Sparen, sparen, sparen. - Ja, daran können Sie das erkennen. Sie haben sogar gesagt: Wir brauchen auch Einsparmaßnahmen wie Energiesparlampen usw. - Alles das macht der Stromspar-Check.

Ich bin jetzt einmal gespannt, ob Sie dieses Projekt killen. Da bin ich wirklich gespannt. Es wäre doch ein Einfaches, von Ihren 500 000 Euro 250 000 Euro zu nehmen und zu sagen: Damit führen wir den Stromspar-Check weiter. - Ich habe aber den Eindruck, dass Sie die 500 000 Euro - Herr Bauer-Dahm, das haben Sie angedeutet - ein bisschen streuen wollen. Jeder bekommt dann 50 000 Euro. Damit kann man aber keine Strukturen festigen und erhalten. Dann bricht uns der Stromspar-Check weg.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Das sind Dinge, die mir Sorgen machen.

Wir werden Ihrem Antrag trotzdem zustimmen, weil wir hoffen, dass es vielleicht eine Chance gibt und die Verwaltung so klug ist, dass der Stromspar-Check fortgeführt wird. Ich hoffe, Sie helfen mir diesmal wieder, Herr Wolgramm; denn es war letztes Mal eine wichtige Hilfe, dass Sie da eingegriffen haben.

Nun zum Antrag der FDP: Hier wurde gesagt, das stehe aber schon in der Verordnung. Meine Güte! Es ist eine soziale Position der FDP, und das finde ich wichtig. Was hindert uns, diesem Antrag zuzustimmen?

(Beifall bei der LINKEN und der FDP)

Das ist doch einfach eine soziale Aussage. Warum soll man diesen Antrag nicht unterstützen? Wie kleinlich und erbärmlich sind Sie,

(Zurufe: Oh!)

dass Sie diesem Antrag noch nicht einmal zustimmen können?

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, dann komme ich noch zu dem ganzen Thema dessen, was die Kämmerin in ihrem VN 1 geschrieben hat. Die Kämmerin sagt: Es stehen für Vereine, die Heizkosten nicht tragen können, 6 bis 8 Millionen Euro bereit. - Frau Kämmerin, so habe ich es verstanden. Das ist ja auch egal. Ich unterstelle Ihnen etwas Gutes. - Ich bin gleich fertig, Frau Reker. - Ich unterstelle Ihnen etwas Gutes und glaube, es wäre wichtig, dass wir diese Möglichkeiten ausbauen und gemeinsam einen Weg finden, wie wir die Probleme angehen. - Frau Martin, Sie brauchen der Frau

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 28

Oberbürgermeisterin nicht zu sagen, wie sie die Sitzung zu leiten hat und ob sie mich ausreden lassen soll oder nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Das kann die Frau Oberbürgermeisterin alleine machen.

(Zuruf)

- Genau. - Deswegen unterstütze ich das, was die Frau Kämmerin vorhat. Wir sollten diesen Ball aufgreifen und sagen: Okay, 6 bis 8 Millionen Euro für die Vereine usw. im kulturellen und sozialen Bereich werden nicht reichen; da müssen wir uns etwas einfallen lassen, damit wir eine gewisse Sicherheit schaffen.

Meine Damen und Herren, ich komme zu meinen letzten Worten. Danke, Frau Oberbürgermeisterin, dass Sie mich so schön begleitet haben. Ich glaube, dass die Diskussion zu dem Deckel noch nicht vorbei ist. Wir werden um diesen Gas- und Strompreisdeckel kämpfen. Da werden wir nicht nachlassen. Die Bundesregierung hat ein kleines Fünkchen Einsicht gezeigt. Deswegen müssen wir an dem Deckel gemeinsam arbeiten. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich bin ja ein bisschen rot geworden, als ich die Worte erst von Herrn Bauer-Dahm und dann von Herrn Detjen gehört habe - und das als Liberale. Es freut mich sehr.

Ich möchte das, was unsere Kollegin Stefanie Ruffen gesagt hat, noch ergänzen. Wir haben ja die Debatte um die Energiekosten im Sozialausschuss geführt. Das hat Christian Joisten auch angesprochen. Da haben wir in der Tat den Antrag von SPD und LINKEN besprochen, in dem es darum geht, den Härtefallfonds, der mit dem Geld der RheinEnergie gespeist worden ist, im Grunde genommen der Stadt zur Verfügung zu stellen, damit sie das Geld verwaltet.

(Christian Joisten [SPD]: Lies den Antrag!)

- Ich habe mir den Antrag noch einmal durchgelesen. Von diesen 500 000 Euro, die in dem Antrag stehen sollen, habe ich nichts gelesen. Du hast eben so nett gesagt, Christian Joisten, wir sollten einmal googeln. Ich würde auch einmal sagen: Googele einmal deine Anträge.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Es ist dann vielleicht auch ganz sinnvoll, zu sehen, was darin steht.

200 000 bis 300 000 Menschen in dieser Stadt - das hat uns der Sozialdezernent in der letzten Ausschusssitzung auch gesagt - werden im nächsten Jahr Probleme haben, ihre Energiekosten zu bezahlen. Stellen Sie sich das vor. Das heißt: Das werden Familien sein, die bisher keine Transferleistungen beziehen.

Auf diese Gruppe zielt ja auch der Antrag des Bündnisses. Deshalb werden wir ihn unterstützen.

Wir müssen uns klarmachen: Durch die steigenden Energiekosten besteht das Risiko, dass Menschen, die ihrem Job - öfters auch mehreren Jobs - nachgehen und nicht auf Transferleistungen angewiesen sind, in existenzielle Nöte geraten können. Denn selbst bei allen Bemühungen, Energie einzusparen, steht doch fest: Es wird am Ende oft nicht reichen.

Ich möchte an diesem Platz auf ein Wort des FDP-Vorsitzenden Westerwelle hinweisen, der gesagt hat:

Energiekosten sind der Brotpreis des 21. Jahrhunderts.

(Ulrich Breite [FDP]: Da hat er recht!)

Und das stimmt, meine Damen und Herren. Vor allem die Mitte der Gesellschaft wird es treffen. Denn die Transferleistungsbezieher können ihre Heizungskosten im Rahmen der KdU - sprich: Kosten der Unterkunft - geltend machen. Und das sind die Kosten der Stadt.

(Christian Joisten [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 29

Ein kleiner Einschub: Im Juni 2022 lagen die Kosten der Unterkunft in Köln bei gut 197 Millionen Euro und damit im Plan. Zum Jahresende werden sie circa 388 Millionen Euro betragen.

Nächstes Jahr - das ist ganz klar - wird das böse Erwachen kommen. Das böse Erwachen wird für die Bürgerinnen und Bürger kommen, die ihre Heizkostenabrechnungen für dieses Jahr mit den neuen Zahlen bekommen. Es wird auch das böse Erwachen für die Stadt kommen, liebe Frau Prof. Diemert, wenn Sie diese Zahlen der KdU sehen.

Wir müssen auch ehrlich sein. Wir werden alle diese Sachen nicht auffangen können. Das Entlastungspaket ist gut und richtig. Es weist in die richtige Richtung. Aber wir müssen den Bürgern transparent zeigen, was auf sie zukommt.

Zum Schluss noch einmal zu unserem Antrag: Wir haben in diesem Antrag Gruppen angesprochen, die in den nächsten Monaten und Wochen besonders betroffen sein werden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten möchte eine Zwischenfrage stellen, die Sie bitte noch beantworten können. Aber sonst ist die Redezeit abgelaufen.

Katja Hoyer (FDP): Gut. Darf ich erst zu Ende führen, bevor Christian Joisten dann seine Frage stellt?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Die Redezeit ist abgelaufen.

Katja Hoyer (FDP): Okay. - Nehmen Sie unseren Antrag also als gutes Symbol für diese Gruppen, und nehmen Sie ihn doch bitte an.

(Beifall bei der FDP und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Katja Hoyer, ich will die Frage stellen,

ob dir bekannt ist, dass im Antrag aus dem Sozialausschuss vom 18. August 2022 unter der Überschrift „Inflation und steigende Energiekosten: Energiehilfsfonds schnell umsetzen und weitere Maßnahmen gegen Energiearmut einleiten“ unter Punkt 2 folgender Satz steht:

Der Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren fordert die Verwaltung auf, auf eine ähnliche Lösung für Kund*innen anderer Energieversorger hinzuwirken. Dieser Härtefallfonds soll sich aus Beiträgen der anderen Energieversorgungsunternehmen bzw. aus städtischen Mitteln speisen.

Ist Ihnen dieser Teil des Antrags aus dem Sozialausschuss bekannt, Frau Hoyer?

Katja Hoyer (FDP): Ja. Ich habe den Antrag ja mit beraten, lieber Christian Joisten. Deswegen ist mir das auch sehr bekannt.

Aber ich habe auch in Erinnerung, dass Sie jetzt gerade immer von 500 000 Euro gesprochen haben, die da zusätzlich kommen würden. Diese 500 000 Euro stehen nirgends in diesem Antrag. Sie haben dem Bündnis ja im Grunde genommen vorgeworfen, die 500 000 Euro, die sie da einstellen, hätten sie doch im Sozialausschuss zur Verfügung stellen können. Da war von 500 000 Euro zusätzlich aber nie die Rede.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten
[SPD]: Wenn man die RheinEnergie zugrunde legt - 1 Million Euro -, dann ist das die Logik!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gärtner das Wort.

Ursula Gärtner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin, ich mache es ganz schnell vom Platz aus. - Zu dem, was Herr Detjen gesagt hat, möchte ich noch eine Anmerkung machen. Er sprach von einer mangelnden Zusammenarbeit.

Wir haben im Sozialausschuss ja auch auf unsere Anträge hin eine Mitteilung bekommen, in der steht, dass der Runde Tisch zur Vermeidung von Strom-, Gas- und Wassersperrungen seine Arbeit wieder aufgenommen hat, dass die Stadt Köln,

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 30

das Jobcenter und die RheinEnergie da eng zusammenarbeiten und dass auch weitere Akteure hinzugezogen werden, wenn das notwendig ist. Wie die Verwaltung mitteilt - ich zitiere das kurz -, geht es da um die Identifizierung und Steuerung operativer Aufgaben und Prozesse.

Hier findet also eine enge Zusammenarbeit statt. Es wird sehr vieles getan. Wenn in der Sitzung eine Frage oder eine Handlungsnotwendigkeit auftaucht, wird das ja auch sofort entsprechend beraten. Deshalb kann man nicht sagen, dass nicht zusammengearbeitet werde. Das stimmt nicht.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich jetzt gerne abstimmen lassen, und zwar in der Reihenfolge der Tagesordnungspunkte 3.1.4, 3.1.6, 3.1.8 und 3.1.11.

Wir beginnen mit dem Antrag unter TOP 3.1.4. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich lasse nun zu TOP 3.1.6 abstimmen. Wer wünscht diesem Antrag zuzustimmen? - Das sind die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Wer dem Antrag unter TOP 3.1.8 zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen? - Die anderen; es sieht ziemlich vollständig aus. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Bei TOP 3.1.11 frage ich nach Gegenstimmen. - Dagegen sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, Volt und die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Einschätzung eines Untersuchungsgremiums“
AN/1535/2022

Ich gebe Herrn Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren draußen und hier im Saal! Die Liste der städtischen Großbaustellen, bei denen der Zeitplan und die Kostenplanung aus dem Ruder laufen, ist lang. Kulturbauten wie Oper, Schauspielhaus, Wallraf-Richartz-Museum, MiQua, Römisch-Germanisches Museum, aber auch Brückensanierungen wie die Mülheimer Brücke sind betroffen.

Gleich vorweg: Es geht uns hier nicht um Kulturbauten-Bashing. Das würde der Bedeutung, auch der kulturellen Bedeutung, unserer Stadt nicht gerecht werden. Aber es ist schon sehr auffällig: Wo die Stadt baut, dauert es länger, und es wird deutlich teurer als ursprünglich von der Verwaltung prognostiziert.

Das deutet darauf hin, dass hier strukturelle Probleme vorliegen, die wir uns anschauen müssen, damit wir gemeinsam für die Zukunft lernen, anstatt immer wieder nur als die Stadt der Großbaustellen oder des Großbaustellen-Chaos Schlagzeilen zu machen.

Denn auch das ist klar: Wir können jetzt in dieser Situation als Stadt nicht einfach aufhören, zu bauen oder zu sanieren. Das Römisch-Germanische Museum ist nun einmal marode. Gleiches gilt für die Brücken über den Rhein und für viele andere Gebäude, um die die Stadt bzw. die Gebäudewirtschaft sich kümmern. Weniger prominent, aber mindestens genauso wichtig, ist die Sanierung der vielen Schulgebäude, die oft in einem erbarmungswürdigen Zustand sind.

Weitere große Bauprojekte stehen an: Wir wollen Fahrradgaragen und Quartiersgaragen bauen, um im Rahmen der Verkehrswende den öffentlichen Raum neu aufzuteilen. Das Dom-Parkhaus wird demnächst saniert - auf einer uralten Kostenprognose beruhend übrigens. Das haben wir beim letzten Mal hier debattiert. In absehbarer Zeit stehen das Museum Ludwig und die Philharmonie zur Sanierung an. Es kommt also noch einiges auf uns zu.

In den vergangenen Monaten und Jahren haben wir viel zu häufig die Informationen der Verwaltung über erneute Kostensteigerungen und Zeitverzögerungen einfach nur mehr oder weniger schulterzuckend zur Kenntnis genommen. Damit muss aus Sicht der SPD-Fraktion spätestens jetzt Schluss sein.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 31

Wir alle beraten gerade den Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2023/24 und sehen dabei sehr deutlich, wie knapp wir an der Haushaltssicherung und damit am Verlust der eigenen Handlungsfähigkeit vorbeischrammen. Deshalb muss an vielen Stellen gespart, viele Ausgaben und ihre Notwendigkeiten überprüft werden. Die Menschen da draußen müssen in Anbetracht der Energiekostenexplosion ebenfalls jeden Cent umdrehen. In einer solchen Situation, davon sind wir überzeugt, können wir doch nicht einfach so weitermachen wie bisher und bei den großen städtischen Bauprojekten, um im Bild zu bleiben, immer noch eine Schippe drauflegen.

Deshalb schlägt die SPD-Fraktion vor, dass wir gemeinsam mit Expertinnen und Experten für Bauen und Großprojekte, insbesondere auch aus der Privatwirtschaft, auf unsere städtischen Prozesse und Abläufe schauen, um gemeinsam den Ist-Zustand zu analysieren und anschließend zu überlegen, wie wir mit welchen Projekten weiter umgehen wollen und wie wir vor allem zukünftige Bauprojekte so anlegen, dass wir schon zum Zeitpunkt der Beschlussfassung über verlässliche Informationen zu Kosten und Zeitplan verfügen.

(Beifall bei der SPD)

Wichtig ist mir dabei, zu betonen, dass wir dabei keine Schuldigen suchen, sondern Lösungen finden wollen.

(Vereinzelt Lachen)

Ja, das Untersuchen von Prozessen und Strukturen, meine Damen und Herren. Ich glaube, das tut man auch - so kenne ich das - in der Wirtschaft regelmäßig, dass man darauf schaut: Wie sind denn unsere Prozesse und Strukturen? Das ist nicht verboten, ganz im Gegenteil: Das bringt Erkenntnisse und führt einen regelmäßig weiter.

Deswegen geht es uns tatsächlich um diese Untersuchung. Und deswegen ist das auch ein völlig anderer Prozess und ein völlig anderer Angang als die Betrachtung der Sachstandliste, auf die wir ja jetzt bald schauen werden, mutmaßlich zum Hauptausschuss oder auch danach. Das sind für uns aber zwei verschiedene Paar Schuhe, denn hier geht es um das Grundsätzliche und bei dem anderen eben um die Einzelfallbetrachtung.

Unser Vorschlag steht im Raum, und wir hoffen, dass wir hier als Rat der Stadt Köln ein gemeinsames Zeichen an die Menschen setzen: So wollen wir nicht weitermachen, so geht es nicht weiter. Lasst uns also gemeinsam ein Gremium bilden, in dem wir, die Kölner Politik und die Verwaltung, gemeinsam mit externen Expertinnen und Experten die Prozesse und Strukturen unter die Lupe nehmen, um die Wegpunkte zu finden, an denen unsere Großprojekte regelmäßig zum Problemfall werden.

Die Beteiligung Externer halten wir übrigens für besonders wichtig dabei, denn es soll hier nicht einfach der x-te Ausschuss oder Unterausschuss gebildet werden, in dem Politik und Verwaltung nach bekanntem Muster miteinander diskutieren. Nein, wir sollten uns externen Sachverständigen holen: Menschen, die mit einem ganz anderen Blick und vor allem mit eigener Erfahrung in der Realisierung von Großbauprojekten auf unsere kommunalen Arbeitsabläufe schauen, strukturelle Probleme identifizieren und mit uns gemeinsam Lösungsvorschläge erarbeiten können.

Deswegen ist es uns eben wichtig, dass wir auch heute hier in möglichst großer Geschlossenheit diesem Ziel näherkommen. Wir würden uns also sehr freuen, wenn wir in diesem Sinne weiter zusammenarbeiten. Ob das dann Untersuchungsausschuss, -gremium oder wie auch immer heißt, ist uns am Ende gar nicht wichtig. Wichtig ist, dass wir darauf schauen, dass es besser wird, dass wir am Ende mit dem wenigen Geld, das wir haben, so effizient umgehen, dass die entsprechenden Großprojekte auch realisiert werden.

In diesem Sinne: für Köln heute ein geschlossenes Bild. Das wäre toll. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen und liebe Freund*innen von der SPD! Sie legen uns hier heute einen Antrag vor, mit dem Sie sich als die großen Aufklärer der strukturellen Probleme, die wir bei Großprojekten in Köln haben, darstellen wollen. Jetzt passte Ihre Rede

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 32

auch nicht ganz zu dem, was im Antrag steht. Deswegen verzeihen Sie mir bitte, wenn ich mich vor allen Dingen am Antrag abarbeiten werde. Die einen oder anderen Redebeiträge von Ihnen werde ich natürlich trotzdem noch zu würdigen wissen.

Sie fahren nämlich hier gleich ein ganz großes Geschütz auf: den Untersuchungsausschuss. Kleiner Hinweis: Jetzt sind wir hier gar nicht im Landtag, sondern wir sind im Kölner Stadtrat. Und wir sollten uns auch damit beschäftigen, was der Kölner Stadtrat machen kann, und keine Gremien, die die Gemeindeordnung gar nicht vorsieht, hier einführen. Das ist Ihnen dann auch aufgefallen, daher haben Sie schnell den Titel oben geändert. Jetzt heißt es „Untersuchungsgremium“. Im Fließtext ist weiterhin von „Untersuchungsausschuss“ die Rede. Schwamm drüber: Der Geist der Inquisition lebt ja trotzdem weiter in diesem Antrag.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um es vorwegzunehmen - es wird wenig überraschend sein -: Unsere Fraktion wird Ihrem Antrag nicht zustimmen können; doch nicht etwa, weil wir hier nicht an Verbesserungen interessiert sind. Ganz im Gegenteil: Wir wollen doch auch, dass hier Großprojekte - und das sind ja wirklich nicht nur die Kulturbauten; da muss ich dir dann zustimmen, dass Kulturbauten-Bashing hier nicht angebracht ist - pünktlicher und vor allem auch im Kostenrahmen umgesetzt werden. Aber - und jetzt kommt's - es mangelt uns doch gar nicht an den Erkenntnissen, wieso es zu Verzögerungen und Preissteigerungen kommt.

(Christian Joisten [SPD]: Ach!)

Du hast die Mülheimer Brücke schon genannt, die Generalsanierung. Ich finde, das ist ein ganz wunderbares Beispiel. Wir alle sind uns bewusst, dass die Sanierung dieses Brückenbauwerks wahrscheinlich nicht so gut durchgeplant war, wie wir es uns gewünscht hätten, und auch zu einem Zeitpunkt der Politik zur Entscheidung vorgelegt wurde, als gar nicht alle Fakten bekannt waren.

Wenn wir jetzt einen Nachtrag nach dem nächsten bekommen, und man liest diese Vorlagen, dann stellt man fest: In jeder Vorlage wird aufgezeigt, welche Lessons wir da gelernt haben bei der Vorlage, und welche Konsequenzen ziehen wir aus dieser Vorlage für die kommenden Sanierungen? Denn da steht einiges auf der Brust.

Diese Konsequenzen, die aufgezeigt werden, klingen erst einmal ganz gut. Es mangelt uns also hier gar nicht an Erkenntnis in der Verwaltung und der Politik.

Und, ehrlich gesagt, finde ich es auch ein bisschen despektierlich, davon zu sprechen, dass man jetzt externe Expertinnen und Experten bräuchte, um hier einmal wirklich zu wissen, welche Vorgänge wir hier machen müssen. Wir haben eine Verwaltung mit über 21.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Wir haben ein Rat von 90 Mitgliedern. Hier zu sagen, da müssten jetzt erst einmal die Experten ran, um zu wissen, wie wir hier eigentlich planen, ist, finde ich, auch allen Kolleginnen und Kollegen gegenüber eine ziemliche Frechheit.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sind uns einig: Die Grundlagenuntersuchung muss gründlicher werden, auch wenn das am Anfang mehr Zeit und Geld in Anspruch nimmt. Das ist übrigens ein Prozess, der zum Beispiel jetzt bei den Planungen zur Ost-West-Achse seine Berücksichtigung findet: höhere Planungstiefe zu Beginn, realistischere Beschlussgrundlagen für die Politik, am Ende mehr Sicherheit und Vertrauen für alle Beteiligten.

Ein zweiter Grund, warum es hier zu Verzögerungen kommt - und da geht es uns als öffentliche Hand übrigens gar nicht anders als privaten Investor*innen -: Fachkräftemangel und Rohstoffknappheit. Es sind ja nicht beileibe nur die städtischen Großprojekte, auch wenn das gerade so behauptet wurde, die hier ins Stocken geraten sind. Aber auch für diese Erkenntnis brauchen wir doch kein Untersuchungsgremium, sondern einfach pragmatische Lösungen, um auch die öffentliche Hand als Auftraggeberin und Arbeitgeberin hier zu stärken.

Drittens: Wir haben bereits ein Gremium, welches verwaltungsintern genau hinschaut, welche Prozesse verbessert werden können und wo hier der Hase im Pfeffer liegt: der Rechnungsprüfungsausschuss.

(Vereinzelt Beifall)

Ja, die Kollegen aus dem Rechnungsprüfungsausschuss freuen sich auch, hier Erwähnung zu finden. Wenn wir uns als Rat und als Gremium

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 33

doch wirklich ernst nehmen wollen, dann sollten wir auch unsere eigenen Gremien stärken.

Liebe Kolleg*innen von der SPD! Ich weiß ja nicht, wie aufmerksam Sie diese Berichte aus dem RPA lesen, die in allen Ausschüssen letztendlich auch zur Verfügung gestellt werden. Wir sind der Meinung - und da kann ich auch für unseren RPA-Sprecher Hans Schwanitz sprechen -: Diese Berichte enthalten viel Know-how, Ratschläge und Hinweise, die meistens sehr sachdienlich sind. Also: kein separates Gremium, sondern Stärkung der eigenen Kompetenzen.

Viertens: Wie weit wollen Sie denn eigentlich zurückschauen in so einem Gremium? Fünf Jahre? Zehn Jahre? Welche Erkenntnisse wollen Sie aus den Projekten, die vor zehn Jahren aufgelegt wurden, denn für zukünftige Projekte ziehen? Wir sehen hier eigentlich keinen Mehrwert, so weit in der Geschichte zurückzugehen. Lassen Sie uns also lieber nach vorne schauen.

Die Oberbürgermeisterin hat angekündigt, dem Rat und seinen Gremien eine Liste vorzulegen. Von daher hat es dann nämlich doch auch wieder etwas mit Großprojekten und dieser Liste zu tun, in der alle städtischen Großprojekte drin sind; nicht nur die Kulturbauten, auch die Verkehrs- und die anderen Bauprojekte.

Dann bin ich mir sicher: Wenn wir diese Liste haben, werden wir uns die gemeinsam anschauen, und wir werden gemeinsam die entsprechenden Konsequenzen und Lehren daraus ziehen. Wenn uns dann Informationen fehlen sollten, dann können wir das immer noch richtig ziehen - dann aber zur richtigen Zeit und am richtigen Ort, im Rat und in den Ratsgremien, nicht extra ausgelagert.

Aus diesen Gründen werden wir Ihrem Antrag nicht zustimmen können. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeister Henriette Reker: Lassen Sie eine Rückfrage zu?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Selbstverständlich.

Christian Joisten (SPD): Vielen Dank, lieber Lino, für die belehrenden Worte. Ich bin ja immer froh, wenn ich hier schlauer werde, aber ich will gerne eine Rückfrage stellen, weil das ist ja noch einmal die Möglichkeit, eine Frage zu stellen.

Du hast davon gesprochen: Lessons learned, aus den Fehlern der Vergangenheit. Dann frage ich einmal ein bisschen provokant - ich bitte da auch den zuständigen Dezernenten, es mir nachzusehen -: Wo war denn die Lessons learned, wenn es um das Wallraf-Richartz-Museum geht? Da ist noch kein Bagger angerollt, und wir haben schon eine Bauverzögerung. Die Beschlusslage des Rates ist da schon ein Stück weit Makulatur. Also ich kann das nicht erkennen.

Deswegen die Frage, ganz konkret: Wo haben wir es, wo sind die Dinge denn tatsächlich einmal untersucht worden? Wo ist es transparent gemacht worden? Ich wäre ja froh, wenn es so wäre. Insofern da ganz konkret gefragt: Wer macht es, an welcher Stelle findet das statt?

Ich finde, externe Expertinnen sind nichts Böses, will ich noch einmal anmerken, das ist nichts, was in irgendeiner Weise die Arbeit derjenigen, die sie tun, diskreditiert. Das sei nur hier angemerkt. - Danke.

(Beifall bei der SPD)

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Lieber Christian Joisten, vielen Dank für die Nachfrage.

Vor allen Dingen freut es mich, dass sie sich um das Wallraf-Richartz-Museum dreht. Da ist sicherlich Nachsteuerungsbedarf. Ihr scheint ja auch noch selbst Nachfragen zu haben, weswegen ihr die Vorlage vertagen wollt. Wir hingegen haben uns ausführlich mit der Vorlage beschäftigt und einen Änderungsantrag eingebracht. Dem können Sie ja vielleicht auch zustimmen, sodass wir bei der Sanierung heute auch weiterkommen können.

Auch um aufzuarbeiten, wieso noch kein Bagger rollt: Das können wir auch in unseren internen Gremien. Dazu brauchen wir, wie gesagt, nicht Expert*innen aus der Bauwirtschaft, die uns erzählen, wie wir hier Bagger auf die Straße zu setzen haben. - Danke schön.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 34

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer am Livestream und hier im Ratssaal! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist richtig, es ist leider richtig, dass Großbauprojekte in Köln in der Vergangenheit mit Verzögerungen, zum Teil auch mit erheblichen Mehrkosten, Schlagzeilen gemacht haben. Richtig ist auch, dass da sicherlich noch einmal genauer hingeschaut werden muss. Und wir sind uns alle einig, dass derartige Projekte, die weit über die Grenzen unserer Stadt wahrgenommen werden, reibungsloser und planungssicherer ablaufen müssen.

Aber ich muss sagen: Der Antrag, den die SPD hier gestellt hat, passt überhaupt nicht. Er amüsiert mich schon, weil er irreführend und weil er falsch ist. Auch wenn Sie im Antrag selbst - und mein Vorredner hat es ja bereits gesagt - von „Untersuchungsgremium“ reden, dann meinen sie doch eigentlich im Kern einen „Untersuchungsausschuss“. Und sie benutzen im Antragstext ja schon zu Beginn die Formulierung, dass es im Sinne eines Untersuchungsausschusses aufgesetzt worden ist.

Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist reine Effekthascherei. Denn auf kommunaler Ebene gibt es solche Untersuchungsausschüsse nicht. Das ist etwas, was es im Deutschen Bundestag und im Landtag gibt. Und Sie wollen hier etwas Ähnliches einführen, obwohl Sie genau wissen, dass die Gemeindeordnung so etwas nicht vorsieht.

Wir haben ein Gremium: Das ist in der Tat, wie Lino Hammer es gerade gesagt hat, der Rechnungsprüfungsausschuss. Und zum Nachlesen, in der Gemeindeordnung, unter § 59 Abs. 3 und 4, ist genau die Zuständigkeit geregelt. Wir sollten im Rat also genau deshalb auch ein Untersuchungsgremium, wenn es denn überhaupt notwendig ist, nutzen, was für derartige Untersuchungen entsprechend notwendig ist.

Wenn Sie dann in Ihrem Antrag so weit gehen und sagen, da brauchen wir externe Expertise, muss ich sagen, also als Erfahrung aus dem Landtag heraus: Derartige Gremien kosten natürlich Geld. Sie sagen in Ihrem Antrag noch nicht einmal, wo das Geld herkommt. Das heißt also, selbst wenn

wir den beschließen würden, müsste die Oberbürgermeisterin diesen Antrag beanstanden, weil gar keine Deckung vorliegt.

Der entscheidende Punkt aber ist - und den möchte ich hier noch einmal herausarbeiten, weil Sie ja gerade noch einmal ein Museum oder ein Projekt genannt haben -, dass gerade die SPD-Fraktion diesen Antrag stellt, die 40 Jahre lang diese Stadt verantwortet hat.

(Zurufe von der SPD)

Das war genauso zu erwarten, dass wir das heute nicht unerwähnt lassen. Diese Vorlage, dieser Ball, den Sie auf den Elfmeterpunkt gelegt haben, muss jetzt auch reingemacht werden.

(Beifall bei der CDU)

(Christian Joisten [SPD]: Der Unterschied ist: Wir wollen klüger werden!)

Sie haben 40 Jahre lang diese Stadt verkommen lassen. Es ist kein Euro, keine D-Mark zur damaligen Zeit, in die Sanierung gesteckt worden. Und wir haben das schon einmal in unserer vorletzten Debatte im Schulbau herausgearbeitet. Wir haben 2015 festgestellt, dass wir drei bis vier Milliarden Euro Sanierungs- und Erweiterungstau nur bei den Schulen haben.

Jetzt können wir einmal weitergehen: Wie ist denn das entsprechend bei den anderen Gebäuden, den Kulturbauten? Auch da, wenn ich jetzt auch noch einmal vielleicht die Philharmonie zusätzlich betrachte, haben wir ebenfalls drei bis vier Milliarden Euro Sanierungstau. Bei den Brücken war es das gleiche und bei den Straßen und Wegen und anderen Gebäuden ähnlich.

Und Sie stellen sich heute hier hin und kritisieren, dass wir hier 2015 einen riesigen Rucksack von Ihnen geerbt haben, den wir jetzt mit größter Geschwindigkeit abarbeiten müssen.

(Zurufe von der SPD)

Wenn wir diese Geschwindigkeit aufsetzen, und das haben wir gerade im Schulbau-Bereich gesehen, daran möchte ich Sie noch einmal daran erinnern - kleine Lehrstunde -: 50 Millionen hat die Gebäudewirtschaft 2015 geschafft. Wir schaffen jetzt mit unseren innovativen Paketen, die wir regelmäßig hier aufgelegt haben, 400 bis 500 Millionen Euro.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 35

(Lachen bei der SPD)

Und ich sage: Heute mit der Schulbau GmbH legen wir noch einmal eine Schippe drauf.

(Beifall bei der CDU)

Das ist die Antwort auf Ihren Antrag. Deshalb sollten Sie vielleicht erst einmal überlegen, wie man nachhaltige Politik macht, bevor Sie uns und die Verwaltung hier kritisieren.

(Zurufe von der SPD)

Denn wir modernisieren und arbeiten Ihre Versäumnisse der Jahrzehnte ab. Schritt für Schritt wird Köln in neuem Glanz erblühen.

Das braucht aber seine Zeit, und dafür müssen wir in den nächsten Jahren hart arbeiten. Aber ich bin mir sicher, dass der Stadtvorstand und unsere Verwaltung unter der Leitung unserer Oberbürgermeisterin hier wunderbare Arbeit leisten werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich habe jetzt nicht so eine heitere Rede wie Herr Petelkau, sondern ich habe einer sehr trockene, nüchterne Rede, aber ich glaube, vielleicht führt sie dazu, dass wir an dem Problem weiterarbeiten können.

Ich hatte im Vorfeld dieser Ratssitzung mit dem Gestaltungsbündnis darüber gesprochen, ob wir nicht zu einem parteiübergreifenden gemeinsamen Änderungsantrag kommen können. Wir wissen alle, dass Untersuchungsausschüsse auf kommunaler Ebene in der Gemeindeordnung nicht vorgesehen und auch schwer zu bewerkstelligen sind. Wir erinnern uns, dass wir alle ehrenamtlich tätig sind.

Ich würde mir aber generell, um das auch noch einmal zu sagen, auf Landesebene Untersuchungsausschüsse mit kommunalen Themen wünschen. Nur einmal ein Beispiel: Es wäre richtig gewesen, nach dem katastrophalen Unglück

der Loveparade in Duisburg auf Landesebene einen Untersuchungsausschuss zu bilden. Ob man jetzt zu diesem Thema einen Untersuchungsausschuss bildet, sei einmal dahingestellt.

Ich möchte zwei Gedanken aus dem SPD-Antrag aufgreifen. Erstens: Wir brauchen eine grundsätzliche Diskussion über die Ursachen regelmäßiger Planungsabweichungen. Diese Diskussion hatten wir in der letzten Ratsperiode mit dem Gutachten der Anwaltskanzlei HECKER WERNER HIMMELREICH über die Störung der Sanierung des Schauspielhauses begonnen, aber nicht abgeschlossen.

Die Politik hat sich schwergetan. Bei systemischen Diskussionen geht es nicht darum, dass Köpfe rollen, sondern es geht darum, systemische Fehler aufzuzeigen, damit sie erkannt und überwunden werden, sodass man, hier in diesem Beispiel, besser planen kann.

Übrigens hat sich die Verwaltung in dieser Diskussion auch nicht leichtgetan. Die Verwaltung sollte zu dem Gutachten auch einmal eine Stellungnahme abgeben. Das hat sie bis heute nicht gemacht - nur einmal so.

Es ist sehr schwierig, und es war im Ausschuss äußerst kompliziert, nicht immer die Diskussion zu führen, dass Frau Soundso - ihr wisst, wen ich meine - zuständig sei. Das ist aber alles nicht der Fall, sondern das sind systemische Probleme. Trotzdem haben dann zwei Runden vom Rechnungsprüfungsausschuss, Bauausschuss, Verwaltung und Rechnungsprüfungsamt stattgefunden, wo wir über diese Fragen von Planung, besserer Planung etc. diskutiert haben. Das reicht aber bei weitem nicht aus.

Zweiter Gedanke der SPD: Die Baukosten laufen uns aus dem Ruder, ja, aktuell wegen des Fachkräftemangels und den gewaltigen Preissteigerungen. Das Problem gab es aber schon vorher, unter anderem dadurch, dass Bauarbeiten immer wieder verzögerten. Die Kollegen von FDP und LINKE haben schon in der Debatte um die historische Mitte darauf hingewiesen, dass weitere neue Bauarbeiten eigentlich nicht zielführend sind.

Diese Diskussionen sind komplex und schwierig. Wenn wir jetzt übereinkommen, ein oder zwei Projekte zu streichen - das ist ja so ein bisschen die Diskussion -, dann ändert das ja an der Sache nichts. Wir wissen ja immer noch nicht, warum

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 36

das schief läuft. Und das ist doch die Sache, die wir aufarbeiten müssen.

(Beifall von Christian Joisten [SPD])

Meines Erachtens brauchen wir mit und uns selbst Hilfe - mit und uns selbst, verstehen Sie das? Mit und uns selbst. Und das geht. Wir haben ja dazu die Gremien.

Ich würde Sie bitten, Frau Oberbürgermeisterin Reker, dass Sie dem Leiter des Rechnungsprüfungsamtes die Möglichkeit geben, Stellung zu nehmen. Und ich habe folgende Fragen an ihn.

Erstens: Wäre es möglich, dass uns das Rechnungsprüfungsamt eine Übersicht gibt, in Form einer Liste, mit welchen Kostensteigerungen zu rechnen ist? Falls es so eine Liste der Verwaltung, was ja angedeutet worden ist, schon gibt oder geben wird, wäre die Bitte, ob Sie die auch überprüfen und uns darüber eine Meinung geben können.

Zweitens: Wie würden Sie generell einen solchen Aufarbeitungsprozess angehen wollen? Welche Ankerpunkte gibt es jetzt schon, an die man anknüpfen könnte? Zum Beispiel diesen Diskurs zwischen den beiden Ausschüssen. Mein Vorschlag wäre, hier und heute keine populäre Diskussion zu führen, sondern Gleise und Weichen zu legen und zu suchen, mit Verwaltung, Politik und Rechnungsprüfungsamt gemeinsam einen Weg zu gehen. Vielleicht wäre es ja möglich, dass wir in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses zu einem gemeinsamen Antrag aller demokratischen Parteien kommen. -Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Den neueren Mitgliedern dieses Rates muss ich noch einmal in Erinnerung rufen, dass wir in den letzten Ratsperioden einen Unterausschuss für Kulturneubauten hatten, der mit Beginn dieser Ratsperiode erst einmal aufgelöst wurde - auch einmal als Hinweis, was wir schon alles gehabt haben.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Aber bei dem Begriff „Untersuchungsgremium“, der hier in der Überschrift steht, gingen bei mir direkt die Alarmsignale an: Achtung, Mogelpackung. Das haben ja auch einige Vorredner schon gesagt. Wir wissen, dass wir den Untersuchungsausschuss hier leider nicht haben. Dann so einen Begriff einzuführen, ist halt doch etwas sehr Populistisches. Es ist eine Mogelpackung. Ja, ich sage einmal, das ist so etwas wie Formfleisch oder für die Vegetarier vielleicht Caro-Kaffee. Es ist eben kein Untersuchungsausschuss in dieser Kommune möglich.

Wenn Sie sich dann anschauen, wie Sie die Zusammensetzung hier haben, immerhin ja mindestens sieben Mitglieder - abgesehen davon, dass Sie jetzt nur von Vertretern reden und die Vertreterinnen weggelassen haben; das hatten wir uns eigentlich anders vorgenommen -:

(Beifall bei der FDP)

- Bauwirtschaft, Industrie, Handwerk, andere öffentlich-rechtliche Institutionen von Kommunen, auch des Landes, auch des Bundes, Rechtswissenschaften, das Verwaltungs- und Vergaberecht.

Das ist eben von meinem Vorredner schon gesagt worden: So etwas geht ja „ned för ömesöns“. Das heißt, da ist ja ein riesiger Aufwand, wenn Sie jetzt anfangen, mit so einem Gremium in alte Kalkulationen entsprechend reinzugehen.

Ja, ich glaube, wir brauchen da - da möchte ich auch dir, Lino, ein bisschen widersprechen - mehr Sachverstand. Wir müssen uns extern beraten, wir lassen uns ja auch extern beraten bei den einzelnen Projekten mit Projektsteuerern. Wir haben zu wenig Sachverstand bei uns, in der Verwaltung, in der Gebäudewirtschaft dafür. Wir haben auch in diesem Rat, bei aller Hochachtung für jeden Einzelnen hier, zu wenig Sachverstand, um manche Dinge dort zu beurteilen.

Deswegen muss man sich überlegen: Wie kann man das dosiert machen? Und, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, Herr Detjen hat ja gerade noch einmal daran erinnert, wie wir versucht haben, das Debakel an den Bühnen aufzuarbeiten, das nach dem einen Gutachten, was gemacht worden ist, ja gar nicht nach den Ursachen gefragt worden ist.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 37

Da sind die Fehler festgestellt worden - übrigens von einem Gutachter, der ja selbst in dem Verfahren vorher drin war -, aber als wir als FDP gesagt haben, jetzt lassen wir doch einmal die Verantwortlichkeiten klären, und dazu hier einen Antrag zur Beauftragung eines unabhängigen Sachverständigen zur Erstellung eines Gutachtens zur Abklärung der Verantwortlichkeiten für die Ursachen des Bühnen-Debakels eingebracht haben - 2008 das letzte Mal; wir haben den mehrfach entsprechend eingebracht -, hat das die SPD leider abgelehnt. Also so groß kann der Wunsch nach Aufklärung hier nicht gewesen sein.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Von daher ist dieser Antrag leider auch die Mogelpackung, die die Überschrift hier schon vermuten lässt. Deswegen wird die FDP-Fraktion diesem Antrag auch nicht zustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Glashagen das Wort.

Jennifer Glashagen (Volt): Hallo zusammen! Ich hoffe, ihr könnt mich hören. Ich bin ein bisschen klein. Ich stehe auch nicht ganz alleine hier oben, aber ich glaube, das ist nicht so schlimm.

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Sehr geehrte Zuschauer*innen im Saal und vor dem Stream! Die Baustellen nehmen kein Ende. Nichts wird fertig, nichts kann genutzt werden, alles wird teuer. Das ist der Eindruck, der bei vielen Kölner*innen entsteht. Und das ist die Ursache für viel Frustration und Resignation der Kölner*innen gegenüber der Politik und ihrer Verwaltung. Da wird aber leider in der öffentlichen Wahrnehmung gar kein Unterschied gemacht.

Beides kann ich gut nachvollziehen, denn es gibt in Deutschland zahlreiche öffentliche Debatten über Großbauprojekte, die die ursprünglich angesetzten Kosten- und Terminplanungen nicht einhalten - auch hier in Köln natürlich. Doch Köln scheint irgendwie oftmals negativ herauszustreichen, denn hier haben wir Kostenexplosionen und Eröffnungsverschiebungen. Doch das ist irgendwie hier leider die Regel und nicht die Ausnahme.

Die SPD schlägt angesichts dieser traurigen Bilanz nun ein Gremium vor, das im Sinne eines Unterausschusses agiert, um vergangene Fehler zu analysieren. Ich brauche allerdings weder einen Unterausschuss noch ein Gremium im Sinne eines Untersuchungsausschusses, um festzustellen, dass dieser Rat in der Vergangenheit Fehler begangen hat, die in heutiger Frustration der Kölner Stadtgesellschaft - und irgendwie auch von uns hier im Raum - mündet.

Zu Beginn von Großbauprojekten wurden Kosten und Termine aufgehübscht. Es werden Best-Practice-Szenarien gerechnet und Risiken gekonnt ignoriert, um den Bürger*innen dieser Stadt die Summen und die Zeit von Bauvorhaben zumutbar zu verkaufen - kein Wunder, dass aus so einer unehrlichen Politik alle paar Monate Schlagzeilen resultieren. Das haben wir jetzt jeden Tag zu verantworten.

„Kölner Oper wird schon wieder teurer“, „das Trauerspiel der Kölner Oper“, „das Sanierungsdesaster“ oder „schon wieder Millionen versenkt“ - kein Wunder, dass die Kölnerinnen und Kölner frustriert sind, von der Politik und von ihrer Verwaltung.

Wir müssen doch alle hier den Mut haben, einfach die Wahrheit zu sagen, Kosten und Risiken realistisch zu bewerten. Bauen im Bestand ist nun einmal risikoreich. Da stößt man schon einmal auf unerwartete Funde, besonders in unserem Köln. Die Preise für Stahl und Beton sind nun einmal nicht über Jahre konstant. Firmen gehen insolvent. All das passiert. Das ist halt kein Geheimnis. Und das muss von einer vernünftigen und ehrlichen Politik auch einkalkuliert und entsprechend kommuniziert werden.

Für diese Erkenntnis braucht es folglich keinen Untersuchungsausschuss, kein Untersuchungsgremium, oder wie auch immer es heißen soll. Im Sinne der Transparenz können wir dennoch sagen, dass wir die externe Überprüfung von Prozessen durch unabhängige Expert*innen grundsätzlich erst einmal gut finden und eine Beratung der ehrenamtlichen Politiker*innen sinnvoll sein kann.

Es ist üblich hier bei uns in Köln, dass bei Großvorhaben ein Gremium mit externen Expert*innen eingerichtet wird, die die Verwaltung und Politik beraten. Eigentlich geht es doch aber darum: Wie soll es besser werden? Wir von der Volt-Fraktion

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 38

möchten nicht den Finger in die Wunde legen und fragen, wer denn schuld ist, sondern wir möchten wissen, wie es in der Zukunft besser gemacht werden soll. Das ist uns wichtig.

Wie können wir es in der Zukunft besser machen? Wir lernen aus unseren Fehlern, ganz einfach. Denn es gibt auch auf Bundesebene übrigens schon eine wirklich interessante Reformkommission von 2015, die gute Ideen und Handlungsempfehlungen hat, wie so etwas geschehen kann.

Wir lehnen den Antrag der SPD ab, auch wenn die Idee von einem externen Fachgremium Potenzial hat - nur halt ganz anders, als ihr das wollt. Die Ausführungen im Antrag sind wenig zielführend. Wir möchten kein weiteres politisches Gremium, in dem es darum geht, einen Schuldigen zu finden, sondern wir wollen Fachexpertise, die uns für die zukünftigen Herausforderungen adäquat berät. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU - Christian Joisten [SPD]: Eine Nachfrage!)

Ja.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Frau Glashagen! Vielen Dank für die Ausführungen, die ja grundsätzlich zugestehen, dass es Sinn machen kann, sich sozusagen beraten zu lassen oder auch noch einmal Expertise heranzuholen.

Dann einfach die Frage jetzt von uns, von mir: Was genau gedenkt Volt zu tun, um diesem Ziel, die Dinge dann zu untersuchen und eben aus den Fehlern zu lernen, wie es formuliert wurde, sozusagen Geltung zu verschaffen? Was ist der konkrete Schritt? Was sind die konkreten Maßnahmen, die sich Volt da vorstellt? Das wäre jetzt meine Frage.

Jennifer Glashagen (Volt): Herzlichen Dank für die Frage. Wenn wir jetzt schon die Antwort darauf wissen würden, hätten wir heute einen Änderungsantrag eingebracht. - Danke schön.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vieles wurde bereits gesagt, vieles aber auch nicht. Daher müssen Sie mich jetzt leider noch ertragen. Ehrlicherweise muss ich gestehen, Herr Joisten, dass ich durchaus Sympathie für diesen Antrag hege und mich freue, dass der Antrag so demokratisch gestellt wurde, dass alle im Hauptausschuss vertretenen Fraktionen in diesem zu gründenden Gremium vertreten sein sollen.

Jedoch haben wir auch Bedenken, ob es überhaupt rechtlich möglich ist, ein solches - ich nenne es jetzt bewusst so - „Gremium Untersuchungsausschuss“ ins Leben zu rufen. Der Stadtrat ist kein Parlament. Wir sind Teil der Stadtverwaltung. Umso schwieriger ist es, diese Rechte eines solchen Gremiums auf uns zu projizieren.

Aus welchen Normen der GO sollte ein Recht auf Einberufung eines solchen Gremiums hergeleitet werden? Bedenken Sie bitte, welche weitreichenden Kompetenzen ein Untersuchungsausschuss hat, wie das Erscheinen von Zeugen zu erzwingen und Ordnungsgeld zu verhängen. Ein städtischer Untersuchungsausschuss ohne Kompetenzen jedoch wäre ein zahnloser Tiger.

(Beifall bei der AfD)

Auch sehen wir hier ein Problem mit der Korrelationstheorie gegeben. Dieses Gremium kann nicht mehr Rechte als der Rat haben. Zudem ist herrschende Meinung, dass nur abgeschlossene Sachverhalte der Überprüfung eines Untersuchungsausschusses zugänglich sein können. Bei den von Ihnen benannten Themen ist das nicht immer der Fall.

Alles in allem wird wohl unsere kommunale Aufsichtsbehörde, die wir haben und die uns eben von einem Parlament unterscheidet, ihr Veto einlegen. Daher müssen wir bei aller Sympathie für diesen Antrag - Herr Joisten, Sie können ruhig auch gucken, Sie müssen nicht im Handy tippen - dagegen stimmen.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 39

(Zuruf von Maria Helmis [SPD])

Lassen Sie mich Ihnen noch etwas mitgeben. Die Kollegen haben ja alle vom Rechnungsprüfungsausschuss gesprochen. Wir als erfahrene Opposition -

(Beifall bei der AfD)

- ja, Tatsache! - haben hier einen Ratschlag. Nicht nur der Rechnungsprüfungsausschuss hat ja die Möglichkeit, sondern Sie haben ja auch die Möglichkeit, Akteneinsicht als Fraktion zu nehmen. Machen Sie doch von diesem Recht Gebrauch oder laden Sie die zuständigen Leute ein. Die Oberbürgermeisterin hat ja eine Verfügung am 01.04.2021 erlassen, dass Verwaltungsbeamte die Fraktionen in ihren Sitzungen besuchen können, also in ihren Arbeitskreisen.

Ja, Sie lachen, aber diese Möglichkeit würde bestehen. Damit bin ich auch durch. - Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, wir hatten darum gebeten, dass das Rechnungsprüfungsamt Stellung bezieht zu den beiden Fragen, die in unserm Redetext gestellt wurden.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich nehme das gleich auf.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wunderbar. Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich möchte nämlich gerne, damit es nicht zu Legendenbildung kommt, mein Abstimmungsverhalten erklären. Ich finde das Ansinnen des Antrags richtig. Wir müssen die Schwierigkeiten, die große öffentliche Bauvorhaben auch hier in Köln haben, genau analysieren und einen nachhaltigen Lerneffekt erzielen.

Natürlich haben wir bereits Konsequenzen aus unseren Erfahrungen gezogen. Gelerntes wenden wir an. Herr Petelkau hat beispielsweise eben von den großen GU/TU-Paketen im Schulbau gesprochen. Die können sich ja sehen lassen, in puncto Geschwindigkeit und auch Kostentreue.

Allerdings kann ich dem vorliegenden Antrag nicht zustimmen. Erst einmal ist es so, dass wir selbstverständlich auch unsere Organisation regelmäßig überprüfen. Und wir überprüfen auch die Prozesse, sonst könnten wir sie gar nicht digitalisieren. Das ist ja klar: Man muss ja erst gucken, ob der Prozess stimmt, und dann kann man ihn digitalisieren. Sonst digitalisiert man unter Umständen etwas, was so gar nicht funktioniert oder nicht gut genug funktioniert.

Ich glaube auch nicht, dass das vorgeschlagene Gremium dazu geeignet ist, den gewünschten Effekt zu erzielen. Details wie Zeitplan, Kosten und der genaue Auftrag bleiben ja offen in Ihrem Antrag.

Ich schlage also vor - und damit, Herr Weisenstein, komme ich dann auch zu Ihrer Frage -, dass die Liste zum Status unserer Bauvorhaben, die ich selbst in Auftrag gegeben habe, erst einmal abgewartet wird, dem Hauptausschuss vorgelegt werden soll, und auf dieser Grundlage dann gemeinsam ein sachdienlicher Weg festgelegt wird. Der kann ja unter Umständen in die Richtung, die Herr Detjen aufgezeigt hat, gehen, um mit den Ergebnissen dieser Liste umzugehen.

Denn genau darum wird es ja gehen: Mit welchen Kostensteigerungen ist zu rechnen - dieses Ergebnis wird die Liste haben - und welche Ankerpunkte gibt es jetzt schon? Auch das werden Sie erkennen können.

Deswegen habe ich jetzt mein Abstimmungsverhalten sehr ausführlich erklärt. Ich bitte darum, auch zur Kenntnis zu nehmen, dass mir ganz wichtig ist, dass wir Transparenz herstellen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin, ich danke Ihnen erst einmal recht herzlich für die ausführliche Erklärung. Das bedeutet uns auch viel, weil Sie damit ja ernst nehmen, was wir tatsächlich auch als ernstzunehmendes Anliegen hier eingebracht haben.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 40

Die Frage wäre jetzt nur noch einmal, weil wir ja der Auffassung sind, dass das eine die Frage ist, wie wir das priorisieren, was wir haben, und das andere die Frage ist, wie wir in der Zukunft mit neuen Projekten umgehen: Wird es im Kontext dieser Berichterstattung, dieser Listenerstellung und der Präsentation dann auch noch einmal ein Fachgespräch geben können, wo man sozusagen genau diese Fragen möglicherweise in einem Fachgremium oder in einem Fachgespräch vertieft und vielleicht auch über weitere Wege nachdenkt, wie man dann damit konkret umgeht? Also nicht nur mit den Einzelprojekten, sondern auch systematisch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also ich kann mir das vorstellen, ja.

Christian Joisten (SPD): Das würden wir sehr begrüßen, wenn wir das auf dem Schirm halten würden. Die abschließende Frage wäre dann noch, wann wir genau mit dieser Liste rechnen können, ob das tatsächlich der Hauptausschuss am 19. ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also ich gehe im Moment nicht davon aus, dass wir den Hauptausschuss erreichen können, aber wir werden sie Ihnen so bald wie möglich zur Verfügung stellen.

Christian Joisten (SPD): Und dann im Zweifelsfall in einem Sonder- oder einem zusätzlichen Ausschuss?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielleicht, ja.

Christian Joisten (SPD): Okay. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Detjen hatte sich noch einmal gemeldet. - Ich habe das gerade erklärt, wie ich gedenke, damit umzugehen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Mich interessiert, was Herr Jülich sagt!)

- Auch Herr Jülich gehört zur Verwaltung, Herr Detjen. Sie können ihn gerne im Rechnungsprüfungsausschuss befragen. Genau diese beiden Fragen habe ich aufgenommen. Wenn Ihnen das nicht reicht, befragen Sie ihn gerne im Rechnungsprüfungsausschuss.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Frau Oberbürgermeisterin, da muss ich widersprechen. Der Leiter des Rechnungsprüfungsamtes ist unser Amtsleiter, des Rates.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, ja.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Selbstverständlich ist er auch Verwaltungsbeamter, aber wir haben als Rat sehr wohl das Recht, ihn hier nach seiner Meinung zu befragen. Und deswegen bitte ich darum ihm, dass sie ihm das Wort geben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ihnen reicht also meine Ausführung dazu nicht. Das nehme ich jetzt auch zur Kenntnis. - Herr Jülich, bitte.

Ralf Jülich (Rechnungsprüfungsamt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und zu Hause an den Geräten! Vieles ist in der Tat bereits gesagt worden. Auch das Rechnungsprüfungsamt kocht hier an der Stelle nur mit dem Wasser, was ihm von der Verwaltung zur Verfügung gestellt wird.

Wenn wir diese Liste in dem von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, beschriebenen Verfahren bekämen, schauen wir sehr gerne darüber. Wir können allerdings ohne Mitarbeit der Verwaltung viele Dinge gar nicht aufklären. Wir kennen nämlich zum Beispiel nicht im Einzelnen den Planungsstand, die Planungstiefe oder welche Wünsche in einzelnen Verfahren sonst noch vorgesehen sind oder bereits abgearbeitet wurden.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 41

Die meisten dieser Projekte sind ja bereits in vollem Zuge in der Umsetzung. Da wird es dann ohnehin etwas schwierig, da noch großartig lenkend einzugreifen. Wir würden uns aber, sofern wir einen entsprechenden Auftrag bekämen, dem mit voller Hingabe zuwenden und Sie nach bestem Wissen und Können unterstützen. - Vielen Dank für das Wort.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt den Antrag zum Tagesordnungspunkt 3.1.5 abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, Volt, die AfD-Fraktion, die Fraktion DIE LINKE¹. Enthaltungen? - Es enthalten sich Frau Gabrysch und Herr Zimmermann.

Damit ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

**3.1.7 Antrag der FDP-Fraktion betreffend
„Kölner Klima Bond“
AN/1520/2022**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion
AN/1613/2022**

Ich gebe Herrn Breite das Wort.

Ulrich Breite (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Frau Kämmerin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Der diesjährige Sommer in Köln, aber auch extreme klimatische Verhältnisse in anderen Regionen in der Welt belegen eindeutig einen Klimawandel. Dabei ist es nach meiner Meinung müßig, darüber zu diskutieren, ob er durch Menschenhand geschaffen ist oder nicht.

Die Auswirkungen für Natur und Menschen sind so existenzgefährdend, dass gehandelt werden muss. Der Klimawandel wartet nicht, meine lieben Kolleginnen und Kollegen. Wir müssen jetzt in den

Klimaschutz investieren, Punkt. Das waren meine Worte, Ulrich Breite.

(Beifall bei der FDP)

Doch ohne Moos, meine sehr verehrten Damen und Herren, nichts los. Wie kommen wir an zusätzliches Kapital, um noch schneller in Projekte gegen den Klimawandel zu investieren? Diese Frage geht der vorliegende Antrag proaktiv an, indem er eine Stadtanleihe ausschließlich - und, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, das ist wichtig, ich betone „ausschließlich“ - zur Finanzierung von Klimaschutzprojekten auflegt.

Die Nutzung des Kapitalmarkts einer Kommune für mehr Investitionen in den Klimaschutz durch Auflegen eines Green Bonds - so wird diese nachhaltige Anleihe bezeichnet - ist sicherlich innovativ, aber nicht neu. Als erste deutsche Stadt hat Hannover im Jahr 2018 mit diesem Instrument zusätzlich 100 Millionen Euro eingesammelt. Münster will im September nachziehen, und auch in München ist die Ausgabe eines Green Bonds geplant.

Auch international gibt es schon Kommunen, die so eine Anleihe für mehr nachhaltige Investition erfolgreich einsetzen. Spitzenreiter ist hier Göteborg, die innerhalb von fünf Jahren 2,5 Milliarden Euro mit solch einer Anleihe auf dem Kapitalmarkt einsammelten. Zum Vergleich: Köln hat für zusätzliche Anstrengungen im Bereich Klimaschutz im Haushalt für den Planungszeitraum 2020 bis 2025 gerade einmal 80 Millionen aufgelegt. Das sind 20 Millionen Euro jährlich.

Meine Kolleginnen und Kollegen! 20 Millionen jährlich - ich denke, jeder im Saal wäre hocherfreut, wenn die Kostensteigerungen unserer Großprojekte in dieser finanziellen Dimension bleiben würden. Wir hatten ja gerade die Diskussion. Doch für den Klimawandel werden wahrscheinlich zusätzliche 20 Millionen nicht ausreichen. Wie ich schon sagte: Der Klimawandel wartet nicht.

Unsere Oberbürgermeisterin wie auch unsere Kämmerin haben bei der Einbringung des Doppelhaushaltes eindrucksvoll geschildert, dass wir uns angesichts der Auswirkungen von Corona und dem russischen Krieg gegen die Ukraine in einer

¹ Anmerkung: Gegenstimme von Frau Oberbürgermeisterin Reker

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 42

angespannten Haushaltslage befinden und kein weiterer Handlungsspielraum mehr besteht.

Als ob das nicht schon schlimm genug wäre, kommen mit der Energiekrise und den explodierenden Kosten bei den Kölner Großprojekten nur noch zusätzliche Herausforderungen in den Haushalt hinzu. Wer nun die simple Idee hat, einfach die Haushaltskredite drastisch zu erhöhen, sollte die Erläuterungen der Kämmerin zum Doppelhaushalt aufmerksam lesen. Die steigenden Zinsen auf dem Kapitalmarkt sind jetzt schon ein Risiko bei den jetzigen Kreditvolumen der Stadt, das unsere finanzielle Handlungsfähigkeit gefährden könnte.

Ich möchte darauf hinweisen, dass gerade heute die größte Zinserhöhung seit Euro-Bargeld-Einführung durch die EZB entstanden ist. Sie hat den Leitzins um 7,75 Prozent erhöht.

(Zuruf: 0,75 Prozent!)

0,75 Prozent natürlich. Was habe ich gesagt? - Entschuldigung. Das wollen wir lieber nicht hoffen. Zu Protokoll, ich verbessere mich: 0,75. Aber da sind wir dann auch schon bei 1,25.

Die hohe Inflation feuert zusätzlich das Zinsfeuerwerk an. Ich darf Sie schmerzlich daran erinnern, dass bei einer weitaus geringeren Inflation in Deutschland Anfang der 80er-Jahre ein Zinsniveau für institutionelle Anleger von über zehn Prozent - das stimmt jetzt aber, Frau Blome - aufgerufen wurde. Ich kann da von einer reinen Kreditfinanzierung nur abraten.

Und nun kommt ein festverzinslicher Klima Bond ins Spiel. Waren festverzinsliche Anlagen in der Niedrigzeit Ladenhüter, so erleben wir jetzt bei Unternehmensanleihen, und nicht nur dort, dass gerade sie wieder eine Auferstehung erleben und. Darum sollten wir dieses auch für Köln nutzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn Sie der Meinung sind, die Zinsen sinken schnell wieder, dann hat das mit dem Antrag jetzt sozusagen nicht so gut auszusehen. Aber wenn Sie der Meinung sind, was Sie gerade gehört haben, dass es bei der Zinsentwicklung weiter in die Höhe geht, müssen wir uns genau Gedanken über eine festverzinsliche Anleihe machen. Denn das einzig Gute dabei ist: Sie kennen die Kosten bei einer festverzinslichen Anleihe. Wie würden wir uns das manchmal bei Großprojekten wünschen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich noch einmal recht herzlich bedanken bei Vielen, die, als wir den Antrag gestellt haben, dazugekommen sind und freundliche Zustimmung signalisiert haben. Insbesondere das fachliche Gespräch mit Sandra Schneeloch möchte ich hier erwähnen, das mich auch noch einmal dazu gebracht hat, zu überlegen.

Vielleicht gibt es auch noch von Seiten der Kämmerin etwas, dass man das vielleicht noch weiter ausbauen kann, noch einmal überlegen kann, noch weitere Sachen dort hineinzubringen. Wir wollen ja ein wichtiges Instrument für die Stadt Köln.

Darum wäre ich auch bereit, diesen Antrag, um diese wichtigen Gedanken und Ideen noch einmal hineinzubringen, zu verschieben in die nächste Ratssitzung.

Dass wir aber so eine Anleihe nutzen sollten, davon möchte ich Sie gerne im ganzen Rat überzeugen. Darum bitte ich, dass Sie, werden wir es auch verschieben, der Initiative wohlwollend zustimmen. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann frage ich jetzt einmal, ob von den Grünen das Wort gewünscht wird? - Von der CDU auch nicht? - Dann hat Herr Dr. Krupp jetzt das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Die Kämmerin hat hier im August eindringlich darauf hingewiesen, wie sehr dieser Haushalt hier auf Kante genäht ist. Demgegenüber steht doch aber die Erkenntnis, dass wir in Zukunft vor erheblichen Investitionsaufgaben stehen, wenn wir die Infrastruktur in Köln nachhaltig und vor allem klimagerecht aufstellen wollen.

Das wird eine erhebliche Kraftanstrengung erfordern. Insofern ist diese Idee der Green Bonds erst einmal eine, die wir gut verstehen können, weil es eine Möglichkeit ist, für die Stadt Geld einzusammeln, und zwar zu einem Zinssatz, der vielleicht sogar momentan noch moderat wäre und den man dadurch sichern kann für die Zukunft, wenn man mit weiter steigenden Zinsen rechnen muss.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 43

Was aber auch richtig ist, ist, dass ein solcher Green Bond einen erheblichen Aufwand erfordert. Sie können sich das einmal anschauen: Die KfW hat dazu schon 2019 ein Papier publiziert, das sehr deutlich macht, dass sich das wirklich nur für großvolumige Aufgaben und Investitionen lohnt.

Das ist nämlich mit erheblichem Aufwand verbunden: Sie brauchen eine Zertifizierung; Sie müssen ein Rahmenwerk aufsetzen, also quasi ein Prospekt; Sie haben entsprechende Berichtspflichten; Sie müssen im Zweifel noch ein Emittenten-Rating beibringen. Das alles sind Aufwände. Die können sich aber tatsächlich auch wirklich lohnen, weil wir ja eben vor erheblichen Herausforderungen stehen.

Insofern finden wir den FDP-Antrag erst einmal gut. Uns ist es nur ein Anliegen, dass wir die Expertise, die die Sparkasse KölnBonn - und damit unser eigenes Institut im weitesten Sinne - mitbringt, da einbinden. Sie können das nachlesen: Auch in München hat sich sozusagen die Stadtverwaltung, die Kämmererei, erst einmal mit der eigenen Sparkasse zusammengesetzt. Die können, glaube ich, sehr wertvolle Hinweise geben, wie so ein Konstrukt aufzusetzen ist, wie es lohnenswert ausgestaltet werden kann, und, vor allen Dingen, wann und mit welchem Volumen das wirtschaftlich ausgestaltet werden kann und sozusagen am Markt auch erfolversprechend platzierbar ist.

Deswegen unser Änderungsantrag, den wir auch gerne in den FDP-Antrag zu integrieren bereit sind. Also wir wollen den FDP-Antrag gar nicht sozusagen komplett ersetzen. Es geht nur darum, dass wir die Expertise der Sparkasse noch mit aufnehmen. Und dagegen kann ja eigentlich sehr wenig bzw. gar nichts sprechen.

Dann, finde ich, ist es ein Projekt, was wir gemeinsam angehen können. Ich bin auch gerne bereit, im nächsten Rat noch einmal dazu zu reden, wenn das sozusagen noch einmal eine Runde drehen soll. Ich glaube aber, das ist etwas, was sich lohnt - wie gesagt, nur für große Herausforderungen, aber vor denen stehen wir.

Insofern ist es Zeit, diesem Projekt und dieser Finanzierungsform auch in Köln eine Chance zu geben. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort. - Sie verzichtet. Wird sonst noch das Wort gewünscht? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nur ganz kurz vom Platz: Auch die KLIMA FREUNDE begrüßen diesen Ansatz sehr. Mich hat es gerade kurz irritiert, dass vom Bündnis niemand dazu spricht, aber wenn ich das richtig verstanden habe, liegt das wahrscheinlich daran, dass es jetzt noch einmal irgendwie in eine nächste Runde geht. Kann das sein?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke, das wird sich gleich aus den Erläuterungen der Kämmerin ergeben.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Okay, danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert, bitte.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kollegen, die zu dem Antrag gesprochen haben! Vielleicht zunächst folgendes: Die grundsätzliche Stoßrichtung des Antrags, sich mit nachhaltiger Finanzierung, also sogenannten Green oder Social Bonds zu befassen, ist, das will ich hier sagen, sehr zu begrüßen. Das ist etwas, was wir von Seiten der Verwaltung gut nachvollziehen können und was wir auch unterstützen.

Den Eindruck, dass derartige Finanzierungsinstrumente in der derzeit angespannten Haushaltslage zusätzliche Finanzierungsspielräume und Entlastungen für den Haushalt schaffen würden, muss ich als Finanzverantwortliche der Stadt allerdings etwas korrigieren und überfliegende Hoffnungen zum jetzigen Zeitpunkt etwas dämpfen. Das limitierende Moment bei Investitionen, liebe Kolleginnen und Kollegen - und zwar Investitionen gleich welcher Art, auch Klima-Investitionen - sind nicht fehlende Finanzierungsmöglichkeiten der Stadt am Markt.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 44

Die Stadt Köln verfügt - und das will ich als Finanzverantwortliche auch noch einmal sehr deutlich sagen - über eine hervorragende Bonität und hat keinerlei Schwierigkeiten, sich am Kreditmarkt über herkömmliche Kommunalfinanzierung mit ausreichend Kreditmitteln sowohl für die laufende Liquidität als auch für Investitionen einzudecken.

Das limitierende Moment bei Investitionen, wenn wir jetzt den Haushalt und ausschließlich den Haushalt in den Blick nehmen, sind vielmehr die Belastungen durch Abschreibungen sowie durch Finanzierungskosten, also insbesondere Zinsen und sonstige Aufwendungen für die Platzierung von Schuldscheinen oder auch Stadtanleihen.

Tatsächlich sind derzeit sogenannte Green Finance Instrumente unter dem Strich häufig noch teurer als klassische Kommunalkredite. Das hat seinen Grund darin, dass das sogenannte Greenium - das ist der Zinsvorteil einer grünen Finanzierung im Vergleich zu herkömmlichen Finanzierungen - häufig nicht ausreicht, um Rating- und Reporting-Kosten, welche erforderlich sind, damit eine Finanzierung belastbar und auch dauerhaft als grün eingeordnet und anerkannt wird, zu kompensieren.

Auch müssen entsprechende Finanzierungsprodukte schon im Vorfeld konkreten Einzelprojekten zugeordnet werden, wodurch dann bei uns im Haushaltsrecht die eigentlich vorgesehene Gesamtdeckung von Krediten unterlaufen wird. Das dürfte aktuell auch der Grund sein, weshalb sich Green-Finance-Instrumente bisher bei den Kommunen auch nach Beobachtung der Experten noch nicht als Instrument der Kommunalfinanzierung durchgesetzt haben.

Gleichwohl ist es richtig und meines Erachtens auch geboten, sich mit diesen Instrumentarien auseinanderzusetzen; nicht zuletzt deshalb, weil es mit Blick auf den European Green Deal, die EU-Taxonomie und veränderte bankenaufsichtliche Regularien aktuell ein ganz hohes Interesse am Markt an entsprechenden Produkten der Kommunen gibt und sich die Stadt Köln Nachhaltigkeit auch im Bereich der Finanzen auf die Fahne geschrieben hat - wie Sie wissen und wie auch unsere Anlage-Richtlinien, der Nachhaltigkeitshaushalt und die Ihnen wohlbekannten weiteren Projekte der Stadt ja auch zeigen.

Vor diesem Hintergrund haben wir die strategische Befassung mit Green-Finance-Produkten in

das diesjährige Arbeitsprogramm der Verwaltung aufgenommen. Derzeit setzt sich die Stabsstelle Konzernfinanzierung intensiv mit den Voraussetzungen grüner Finanzierungen sowie mit den Vor- und Nachteilen auseinander, um Ihnen noch in diesem Jahr eine ergebnisoffene Entscheidungsgrundlage auch unter Einbeziehung der Überlegungen zur EU-Taxonomie und im Übrigen der jüngst angekündigten CSRD-Richtlinie zu erarbeiten.

Das werden wir dem Finanzausschuss vorlegen, um dann auf der Basis der gewonnenen Erkenntnisse die weitere Vorgehensweise für die Stadt Köln festzulegen.

Selbstverständlich werden wir bei der Auswahl des begleitenden Finanzinstituts auch die Vergabekriterien beachten. Gleichwohl, das sage ich an der Stelle auch schon, sind wir natürlich in engem Austausch auch mit der Sparkasse KölnBonn, die da über eine große Expertise verfügt, wie aber auch andere Institute.

Ich freue mich daher - Herr Breite, Sie hatten das ja schon angedeutet -, wenn wir die aktuell schon in der Verwaltung seit Anfang des Jahres geleistete Arbeit der Kolleginnen und Kollegen der Konzernfinanzierung in den weiteren Beratungsprozess zu ihrem Antrag einbringen können und dann gemeinsam schauen, wie wir mit diesem Zukunftsthema umgehen werden. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Kämmerin, ich möchte mich recht herzlich bedanken für Ihre Ausführung. So werden wir es machen: Hand in Hand, Rat und Verwaltung. - Danke schön.

(Zurufe: Oh! - Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank für die Erläuterung. Wenn ich darf, würde ich - -

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 45

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber wir machen jetzt keine zweite Rederunde, bitte.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nein, ich habe eine Frage, eine Verständnisfrage tatsächlich, die sich mir stellt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Da Sie gerade mehrfach die EU-Taxonomie erwähnten: Ich denke, es ist ja allen bekannt, dass entgegen der Forderung aus der Klimagerechtigkeitsbewegung in der EU-Taxonomie entschieden wurde, dass eben Gas und Atom jetzt als nachhaltig deklariert wurden.

(Zuruf)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Was ist Ihre Frage, bitte, Frau Gabrysch?

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Entschuldigung, es kam gerade eine Zwischenbemerkung. Vielleicht hast du recht und die Frage ist hinfällig, aber wenn es doch darum geht, zu entscheiden, in welche Finanzierungsmittel man investiert, und gesagt wird, man schaut dabei auch auf die EU-Taxonomie, dann ist meinem Verständnis nach - und das ist ja genau das Problem an der EU-Taxonomie, wie sie jetzt verabschiedet wurde - eine nachhaltige Investition auch eine, die eben in diese meiner Meinung nach nicht nachhaltigen Finanzierungsoptionen fließt.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Dr. Diemert.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Damit hier kein Missverständnis aufkommt: Unsere eigenen Anlage-Richtlinien sind deutlich strenger, was die Ausschlüsse angeht, als die EU-Taxonomie. Und daran soll sich auch nichts ändern. Beispielsweise sind der Ausschluss der Atomkraft und die Dekarbonisierung

da auch ganz zentrale Themen. Das haben wir ja intensiv auch bei uns im Finanzausschuss diskutiert, bei der Neufassung der Anlage-Richtlinien.

Der Verweis auf die EU-Taxonomie hat einen anderen Hintergrund. Der komplette European Green Deal zielt darauf ab, eine Nachhaltigkeitssteuerung über die Veränderung von Finanzströmen hinzubekommen und setzt deshalb auch bei der Kreditvergabe von Banken an. Für Banken wird es zukünftig unattraktiver, Kredite an Institutionen zu vergeben, die nicht der EU-Taxonomie oder zukünftig der CSRD-Richtlinie oder aber bestimmten anderen Nachhaltigkeitskriterien genügen.

Und das müssen wir unseres Erachtens auch als Kommune, die natürlich auf eine Kreditversorgung angewiesen ist, mitberücksichtigen, auch wenn meines Erachtens derzeit die Kommunen zu Recht an der Stelle privilegiert sind, was die Bankenregulierung angeht.

Das ist also ein Zukunftsthema, was wir in den Blick nehmen werden und nehmen müssen, auch mit Blick auf die EU-Regulatorik. Das trifft uns heute nicht, aber wir sind gut beraten, uns damit auseinanderzusetzen. Und wir werden selbstverständlich an unseren hohen und auch deutlich höheren Standards festhalten. - Danke.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Okay, danke für die Erläuterung. Das habe ich missverstanden. Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da ich keine weiteren Wortmeldungen sehe, würde ich jetzt gerne abstimmen lassen, zunächst über den Änderungsantrag der SPD.

(Zuruf: Der Antrag ist zurückgezogen!)

(Ulrich Breite [FDP]: Ich habe ihn nicht zurückgezogen! Ich habe ihn in die nächste Ratssitzung geschoben!)

Also, dann lasse ich jetzt über die Vertagung abstimmen. Ist das allen recht, dass ich jetzt über die Vertagung abstimmen lasse? - Ja.

Ich lasse jetzt über die Vertagung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 46

Dann ist so beschlossen und wir arbeiten „Hand in Hand“ weiter. Herr Breite, das ist ein Highlight der Sitzungsperiode.

Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Verbesserte Kommunikation im öffentlichen Raum“ AN/1523/2022

Ich gebe Frau Syndikus das Wort.

Karina Margareta Syndikus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hallo Zuschauende! Ich möchte ganz kurz erläutern, wie es zu diesem Antrag kam.

Zum einen passiert es mir häufig, dass ich mit meinen Kindern zum Beispiel einen Wasserspielplatz besuche und die Pumpe abgeschaltet ist. Gerade im Sommer fragten sich viele Leute: Ist die jetzt abgeschaltet wegen der Dürre, oder ist sie einfach nur kaputt? Jedenfalls ist sie schon ziemlich lange kaputt, und es wurde eben viel darüber diskutiert, weil die Informationen fehlen. Warum ist das so?

Zum anderen kam es zu dem Antrag, weil ich die schöne Stadt Nürnberg besuchen durfte und dort sehr überrascht war, als ich eben auch an einem Spielplatz ein Schild vorfand, das einfach an die Kinder gerichtet kommuniziert war: Hallo, liebe Kinder - es handelte sich um ein kaputtes Klettergerüst -, dieses Gerüst ist gerade leider kaputt. Wir besorgen gerade ein Neues. Dieses wird voraussichtlich im Oktober wieder aufgestellt. Ich fand, das war eine wirklich gute Sache, eben wirklich direkt auch mit den Bürgern und Bürgerinnen sowie den Kindern und jeder Altersgruppe zu kommunizieren.

Denn häufig ist es ja so: Wir erleben eben viel Frustration in unserem Stadtbild, weil Dinge kaputt sind, Dinge nicht neu beschafft werden, und es ist wahnsinnig schwierig, an diese Informationen heranzukommen, was denn nun eigentlich jetzt damit ist. Möglich ist es, ja, aber machen wir uns nichts vor: Wir hier alle im Raum befassen uns viel mit dem Informationssystem und der Seite der Stadt Köln, aber eben nicht jedem sind diese Möglichkeiten gegeben.

Jetzt geht es aber eben nicht nur um Spielplätze, es geht auch um Baumaßnahmen im Verkehr. Öfters, gerade jetzt in der neuen Radwegplanung, in den Umbaumaßnahmen ist es so, dass wirklich große Baustellen entstehen, die zu vielen Behinderungen führen. Und die Leute sind häufig verärgert und wissen gar nicht so recht, dass hier jetzt demnächst etwas wirklich Tolles entstehen soll.

Wie schön wäre es, wenn dort ein Schild hinge: So soll es später einmal aussehen. Und jedem ist klar: Ach Mensch, die Stadt kümmert sich um mich und macht hier wirklich auch etwas Tolles. Köln ist eine freundliche Stadt und das sollten wir eben auch in der Kommunikation ausdrücken.

Ich bekam die Frage, wieso dieser Antrag eigentlich nicht in einem Ausschuss ist, wie zum Beispiel dem Verkehrsausschuss, muss aber sagen: Ich empfinde ihn als so umfänglich, wenn wir über Grünanlagen, Baumaßnahmen und Verkehr sprechen, dass er hier richtig aufgehoben ist, gerade, wenn wir im Rat auch über so etwas wie Maus-Ampeln diskutieren - die ich übrigens immer noch gerne hätte. Ich hätte es wirklich sehr schön gefunden.

Also, Köln, es wäre doch schön, wenn diese wichtige Kommunikation aus einer Hand für Jung und Alt verständlich erfolgt. Wir können das und sollten dies online wie auch live in Farbe und vor Ort zur Verfügung stellen. Deswegen stimmen Sie bitte diesem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Derichsweiler das Wort.

Max Christian Derichsweiler (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Antragstellende! Liebe Karina Syndikus! Gute Kommunikation, Transparenz und Beteiligung von städtischen Vorhaben und Maßnahmen gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern unserer Stadt sind wohl das A und O, um die Akzeptanz von Politik und Verwaltungshandeln zu erhöhen.

Dass Beteiligungsinstrumente nicht nur notwendiges Übel, sondern hilfreich sind, für Planung und

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 47

Umsetzung von städtischen Maßnahmen, hat unsere Stadtverwaltung erkannt. Über den Beweis hierzu werden wir später beraten und, so hoffe ich, auch beschließen, wenn es um den Ausbau der systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung geht. Damit wird Köln Vorreiter bei der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Weitere Instrumente wie der Bürgerrat mit dem Thema Superblocks kommen bald.

Auch die Kommunikations- und Beteiligungswege werden für die Bürgerinnen und Bürger kürzer und digitaler. Stichworte sind nur an der Stelle das Portal „Meinung für Köln“ und die Überarbeitung der „Sag's uns“-App mit Informationstools. Dass diese und andere Instrumente auch speziell auf beteiligte Gruppen wie beispielsweise auch Kinder und Jugendliche zugeschnitten werden können, haben wir bereits auf Ausschussebene diskutiert.

Der vorliegende Antrag hat offensichtlich das Ziel, die städtische Kommunikation im öffentlichen Raum zu verbessern. Über sinnvolle und mögliche weitere Kommunikations- und Beteiligungsformen und die Frage, wie diese auch konkret umgesetzt werden können, können wir gerne auf Fachebene diskutieren. Da gibt es einen Ausschuss, der das, glaube ich, sehr gut machen kann, als Querschnittsausschuss. Das ist nämlich der BAB, der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden.

Deshalb würde ich beantragen, dass wir diesen Antrag in den BAB verweisen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Frau Syndikus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Ich hätte eine Nachfrage zu dem Redebeitrag gerade.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gestatten Sie eine Nachfrage, Herr Derichsweiler?

Max Christian Derichsweiler (Bündnis 90/Die Grünen): Natürlich.

(Ralph Sterck [FDP]: Der ist aber vorbei!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie hat sich aber schon die ganze Zeit gemeldet. Ich habe es nur nicht richtig wahrgenommen. Herr Derichsweiler gestattet die Nachfrage noch, wie er signalisiert.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. Sie haben jetzt gerade viel über den Input der Bürger und Bürgerinnen geredet.

Aber nur für das Protokoll: Es geht mir eben auch um den Output, was kommuniziert wird an die Bürger und Bürgerinnen. Dass wir da digital wirklich up to date sind, ist auch klar. Mir geht es aber um Schilder, die hängen und für jeden zu sehen sind, ohne dieses Digitale erst einmal überwinden zu müssen. Es geht um beides. - Danke.

(Max Christian Derichsweiler [Bündnis 90/Die Grünen]: Ich darf darauf antworten, auch wenn das keine Frage war?)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, klar.

Max Christian Derichsweiler (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube, das eine schließt das andere nicht aus. Ich glaube, darüber können wir genau dann sprechen, an welchen Stellen welche Form und welcher Weg sinnvoll sind und auch noch verändert werden kann; gerade im Sinne derjenigen, die dann auch speziell angesprochen werden wollen, wie zum Beispiel, wie du sagst, Kinder und Jugendliche.

Damit man da den genauen Weg dann zusammen überlegt, glaube ich, ist es sinnvoll, in größeren Rahmen zu denken und jetzt nicht einfach nur ad hoc Schilder zu beschließen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe den Verweisungsantrag aufgenommen. Jetzt hat erst einmal Herr Dr. Heinen das Wort.

Bürgermeister Dr. Heinen, bitte.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 48

Dr. Ralf Heinen (SPD): Erst einmal vielen Dank, liebe Frau Syndikus, für den Antrag. Wir freuen uns als SPD-Fraktion sehr über diesen Antrag. Sie haben in der Nachfrage noch einmal deutlich gemacht, worum es eigentlich geht.

Sie sprechen eigentlich letztendlich davon, dass wir eine einfache Kommunikation brauchen, mit einer einfachen Sprache. Diese einfache Sprache hilft. Und diese einfache Sprache ist das, was in vielen Bereichen der Komplexität, die wir hier überall haben, den Bürgern wirklich den transparenten Zugang zu all den Dingen gibt, die sie in ihrer Umwelt, wo sie leben, erfahren.

Sie sprechen also von klarer Sprache, Sie nennen auch ausdrücklich Kinder und die Senioren, weil sie in der Regel eine andere Ansprache brauchen. Und sie sprechen ausdrücklich auch von den Bildern oder Piktogrammen oder wie man es nennt. Das sind Teile, die zu einer inklusiven Kommunikation wunderbar sind. Deswegen freuen wir uns als Sozialdemokraten, diesen Antrag auch mitzutragen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Entschuldigung, Frau Oberbürgermeisterin, ich habe eines vergessen: Der Wunsch ist ja, dass in den Ausschuss für Beschwerden und Anregungen zu verweisen. Das ist eine ungünstige Schleife, denn der Ausschuss befasst sich damit und verweist es dann wieder in einen anderen Ausschuss.

Es wäre günstiger, wenn wir das gleich in den AVR geben, damit es zur Beschlussfassung kommt, denn wir wollen ja eine Beschlussfassung haben - das nur als Anregung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich finde, ehrlich gesagt, dass sich die beiden Dinge nicht ausschließen. Ich finde, wir können sowohl heute über diese ganz konkrete und aus unserer Sicht sehr gute Idee abstimmen und trotzdem das Thema grundsätzlich behandeln: Wie können wir also grundsätzlich mehr bürger*innennahe, niedrigschwellige Vor-Ort-Kommunikation ermöglichen, die dann vielleicht über Zettel an Spielplätzen hinausgeht?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann habe ich jetzt einmal den Verweisungsantrag von Herrn Derichsweiler, Anregungen und Beschwerden.

(Max Christian Derichsweiler [Bündnis 90/Die Grünen]: Bürgerbeteiligung!)

Und ich habe einen zweiten Verweisungsantrag in den AVR. Ist das richtig?

Dr. Ralf Heinen (SPD): Der Hinweis war nur: Wer ist Beschwerdeträger dabei, für die Geschichte? Insofern würde er nachher dann doch automatisch in einem entsprechenden Ausschuss landen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, wenn es um Bürgerbeteiligung geht, braucht man keinen Beschwerdeführer. Das behaupte ich jetzt einmal.

Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Heinen! Wir haben gemeinsam zu Beginn dieser Wahlperiode die Zuständigkeitsordnung für den Ausschuss für Bürgeranregungen - und seitdem heißt er auch so: Anregungen und Beschwerden - umbenannt, sodass natürlich diesem Ausschuss hier auch die Beschlusskompetenz zusteht, in allen Sachen der Bürger*innenbeteiligung originär zu entscheiden, damit es eben nicht immer von Ausschuss zu Ausschuss wandert.

Von daher würden wir gerne bei unserem Ansinnen bleiben, den in den BAB zu vertagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für diese Ergänzung. Man benutzt halt immer die eingeübten Prozesse. Bonner Verteiler und so - gibt es auch nicht mehr.

(Heiterkeit)

Ja, es ist aber so. Mich sprechen die Menschen auch so an. Nur: Irgendwann bin ich die Einzige, die die noch versteht.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 49

(Heiterkeit)

Jetzt lassen wir also zunächst bitte über diesen Verweisungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Gibt es Enthaltungen? - Das sehe ich auch nicht. Damit ist das so beschlossen. Viel Erfolg dabei!

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Ich rufe jetzt auf: Tagesordnungspunkt

3.1.10 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und CDU betreffend „Zwei neue Landschaftsparks entlang der A4 und zwischen Widdersdorf und Lövenich“ AN/0804/2022

Änderungsantrag der SPD-Fraktion AN/1606/2022

Ich gebe Herrn Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren an den digitalen Endgeräten und auf der Zuschauertribüne! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur dieser zu Ende gehende Sommer hat gezeigt: Wir alle müssen und werden uns auf längere Perioden mit Temperaturen deutlich über der 30-Grad-Marke und auch längeren Dürrezeiten einstellen müssen. Auch die Städte werden sich in Zukunft noch weiter erwärmen. Die Hitzekarten weisen immer größer werdende, tiefrohe Flächen auf.

Insoweit sind Frischluftschneisen, wie wir sie mit diesen beiden Landschaftsparks heute auf den Weg bringen wollen, ein elementarer und wichtiger Baustein zukünftiger verantwortungsvoller Städteplanung.

Der frühere Oberbürgermeister der Stadt Köln und spätere Bundeskanzler, Konrad Adenauer, hat uns mit dem Äußeren Grüngürtel ein Erbe hinterlassen, das von vielen Kölnerinnen und Kölnern und auch von Menschen aus benachbarten Kommunen als Naherholungsgebiet genutzt wird.

Viele Städte und Gemeinden würden sich nach einem solchen beneidenswerten Grünsystem heute die Finger lecken. Die Bedeutung des Grüngürtels für das Klima in unserer Stadt muss ich hier nicht

weiter ausführen. Sie dürfte allen hinreichend bekannt sein. Mit der Sicherung dieser Flächen im Kölner Westen setzen wir dieses Erbe fort.

Wir haben bereits in der Sitzung vor der Sommerpause mit unserer Stellungnahme gegenüber dem Regionalrat Dinge auf den Weg gebracht, die wir heute mit diesem Beschluss weiter fortsetzen. Damit können wir den Grüngürtel, der von Adenauer einst zum friedlichen Zweck der Erholung gewidmet wurde, nach Westen hin fortsetzen.

Eine Bebauung zwischen Widdersdorf und Lövenich sowie entlang der A4, die in diesem Erbe sicher nicht vorgesehen war, würde beides torpedieren. Der Bereich würde als Frischluftschneise für die Stadt wegfallen und der äußere Grüngürtel durch Gebäude plötzlich gestoppt. Nicht zuletzt würde eine Bebauung die Möglichkeit der zahlreichen Tierarten verhindern, problemlos in andere Grünzonen zu gelangen.

Wir haben das an anderer Stelle im Masterplan Grün ja bereits initiiert: Diese Gestaltung muss auf den Weg gebracht werden, wenn wir die Stadt nachhaltig, ökologisch und auch gerade klimatechnisch voranbringen wollen.

Wir halten die Gestaltung eines Ideenwettbewerbs für besonders wichtig. So können zum einen zusätzliche Einflüsse von außen in die zukünftige Grüngestaltung dieses Gebiets mit einfließen. Zum anderen erzielt ein solcher Wettbewerb am Ende ein Ergebnis, das allen zugutekommt: weiterhin Naherholung für viele Menschen in diesem Bereich, Landschaftsschutzgebiet als Beitrag zum immer bedeutender werdenden Natur- und Klimaschutz sowie eine mögliche landwirtschaftliche Nutzung.

Natürlich sollen die Kosten für diese Planungen im Rahmen gehalten werden. Und genau deshalb haben wir heute hier auch keine explizite Finanzierung vorgesehen, sondern es ist im Sinne eines Prüfauftrags zu verstehen, im Rahmen des Masterplans Grün diese Dinge voranzutreiben, um die Landschaftsparks im Rahmen des Masterplans Grün vorzusehen und auf den Weg zu bringen. Daher bitten wir die Verwaltung, für unseren gemeinsamen Antrag die Gesamtkosten zu ermitteln und dem Rat der Stadt Köln zu seinen Fachgremien entsprechend vorzulegen.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 50

Lassen Sie uns die wichtigen Frischluftschneisen gerade im Westen der Stadt gemeinsam schützen, die Lebensqualität in unserer Metropole erhalten und, besser noch, steigern. Vielleicht dienen diese Pläne ja als Vorbild für andere Städte und Kommunen und tragen somit zu einer klimabewussteren Gestaltung des Städtebaus auch über die Grenzen Kölns hinweg bei.

Daher bitte ich Sie, mit uns für diesen Antrag zu stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Noch eine Anmerkung, Frau Oberbürgermeisterin: Den Änderungsantrag der SPD lehnen wir ab.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von den Grünen das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Herr Pütz.

Pascal Pütz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Grüne und CDU, ohne Volt, legen uns hier heute einen Ratsantrag vor, bei dem man auf den ersten Blick sagen würde: Man kann ja eigentlich gar nicht dagegen sein. Grüne Parks, frische Luft - schöne Idee. Aber auf den zweiten Blick ergeben sich allerdings dann doch einige Nachfragen.

So ist in Ihrem Antrag überhaupt nicht definiert, wo genau die Landschaftsparks angelegt werden sollen. Es wird auch nicht klar, warum es zwei sein sollen, wo doch ein Grünzug entstehen soll. Eigentlich geht es nämlich darum, den bereits bestehenden Landschaftspark Belvedere zu erweitern, wenn wir ehrlich sind.

Auch ist unserer Meinung nach nicht gesichert, dass die Landschaftsparks an der A4 und zwischen Widdersdorf und Lövenich tatsächlich einen positiven Einfluss auf die Frischluftversorgung in den inneren Stadtteilen haben. Denn nach den aktuellen Erkenntnissen und Forschung können bereits Baumreihen oder auch ein Damm, wie wir ihn an der A4 vorliegen haben, Auswirkungen auf die Luftbewegungen haben und eine solche Schneise aufhalten und umlenken. Vielleicht

käme überhaupt keine frische Luft so weit in die Stadt hinein, wie Sie hier suggerieren.

Dazu überlegt bekanntermaßen aktuell der Rhein-Erft-Kreis hinter den Stadtgrenzen Kölns im Zuge einer Verlängerung der Stadtbahn bis Niederaußem, weitere Siedlungsgebiete zu realisieren. Diese Erweiterung der Dörfer - als Beispiel sei hier die Verbindung zwischen Brauweiler und Königsdorf genannt - könnte die fragliche Frischluftschneise weiter konterkarieren. Hier muss unsere Kölner Verwaltung also eigentlich erst einmal klären, was der Rhein-Erft-Kreis plant, und ihr Vorgehen mit diesem abstimmen. Vor einer Beschlussfassung benötigen wir außerdem ein Gutachten, das die tatsächlichen Auswirkungen untersucht.

Einen weiteren grundlegenden Aspekt müssen wir uns hier als Rat überlegen: Wollen wir wirklich die genannten Bereiche durch die Anlage von Landschaftsparks dauerhaft einer möglichen Entwicklung für Wohnbebauung und auch Industrie und Gewerbe entziehen? Wir haben doch gerade erst in der Diskussion zur Regionalplanaufstellung gesehen, wie schwierig es ist, in Köln überhaupt noch Flächen für Wohnen, Gewerbe und Industrie zu finden.

Um das klarzustellen: Die SPD-Fraktion ist nicht grundsätzlich gegen neue Landschaftsparks. Wir sind nicht einmal unbedingt gegen einen Landschaftspark an dieser Stelle. Aber: Die eben angeschnittenen Fragen sind offen und müssen aus Sicht meiner Fraktion zwingend vor einer Beschlussfassung geklärt werden. Deshalb beantragen wir, dass der Vorschlag von CDU und Grünen zunächst einmal in die zuständigen Fachausschüsse und in die Bezirksvertretung zur Vorbereitung verwiesen werden.

Das gibt der Verwaltung Gelegenheit, die notwendigen Gespräche mit dem Rhein-Erft-Kreis zu führen und die tatsächliche Auswirkung auf die Frischluftversorgung der inneren Stadtteile zu untersuchen. Und ich meine, wir sollten bei einer so grundsätzlichen Frage auch die Meinung unserer eigenen Fachpolitikerinnen und Fachpolitiker im Stadtentwicklungsausschuss, Umweltausschuss und Wirtschaftsausschuss hören.

Ich bitte Sie deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Sollte aber der zugrundeliegende Antrag in dieser Form hier und heute abgestimmt werden, so wie

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 51

Sie es gerade dargestellt haben, kann ich für meine Fraktion leider nur eine Ablehnung empfehlen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Weisenstein das Wort. - Nein, dann Frau Röhrig.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kollegen und Kolleginnen im Rat der Stadt Köln! Liebe Zuschauer zu Hause! Wir als LINKE finden den Antrag des Bündnisses, zwei neue Landschaftsparks als Frischluftschneisen und Erholungsgebiete zu bilden, gut, und wir werden ihm auch zustimmen. Wenn ich das eben richtig verstanden habe, soll das ja auch noch einmal geprüft werden.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU] nickt)

Das solltet ihr nachher nochmals richtig klarstellen, dass das auch nur ein Prüfauftrag ist, denn das finden wir auch an und für sich richtig.

Wir finden auch: Bei der rasanten Entwicklung mit dem Klimawandel muss es ausreichende Frischluftschneisen für unsere Stadt Köln geben, und zwar - das betone ich - nicht nur linksrheinisch, sondern auch rechtsrheinisch.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir haben ja schon rechtsrheinisch Frischluftschneisen, die auch bleiben müssen. Die dürfen auch nicht zugebaut werden. Ich sage das nur, weil ja schon einmal so etwas diskutiert wurde.

Deswegen finden wir das auch gut. Das ist auch für die Bevölkerung, die so gelitten hat bei dieser immensen Hitze im Sommer, ganz dringend notwendig, dass das gemacht wird, auch was die Gesundheit für alle angeht.

Zum Änderungsantrag der SPD: Dem ersten Punkt könnten wir zustimmen, aber der Punkt 2 ist für uns so, wie er da steht, eben unrund, und wir würden ihm auch nicht zustimmen.

Sehr geehrte Frau Reker! Wir möchten Sie bitten, die zwei Punkte des Änderungsantrages separat zur Abstimmung zu stellen. Das sind ja nur zwei

Punkte bei der SPD. Alles andere sind ja Erläuterungen, soweit ich das gelesen habe. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck, bitte.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bernd Petelkau hat das hier so staatstragend vorgetragen: Bis Adenauer hat er in die Tasten gegriffen. Ich hatte mir schon vorgestellt, dass so etwas kommt, und dass dann die Grünen, obwohl es ja eigentlich ein Thema der Grünen sein müsste, noch nicht einmal dazu reden. Das scheint die Arbeitsteilung in eurem Bündnis zu sein.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Jetzt bekommt die CDU einmal wieder was für den Kölner Westen, für ihre Wahlkreise, und die Grünen beteiligen sich nicht an der Debatte.

(Beifall bei der FDP und der AfD)

Man kann natürlich Angst machen, mit dem Zubauen von Frischluftschneisen, aber diese Bebauungen, lieber Bernd, fallen ja nicht vom Himmel, sondern wir machen ja das Planungsrecht. Wir machen den Flächennutzungsplan, wir machen Bebauungspläne, wir machen die Dinge.

Von daher ist die Frischluftschneise natürlich heute schon da, oder sie ist nicht da. Der Hinweis des Kollegen Pütz ist ja vollkommen richtig, dass da noch ein großer Autobahndamm dazwischen liegt oder so etwas.

Damit, dass dort Bebauungen vorgesehen wären, kann man der Bevölkerung vielleicht ein bisschen Angst machen und sich dann selbst im Grunde als Retter darstellen, aber mit realer Stadtentwicklungspolitik hat das dann doch nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Von daher: Um Gottes Willen, wer will schon etwas gegen Landschaftsparks haben? Wer will schon etwas gegen Frischluftschneisen haben? Deswegen kann ich der Konsequenz, die Kollege

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 52

Pütz hier dargestellt hat, nicht folgen. Natürlich ist eine solche Maßnahme nice to have und kann im Grunde direkt auf die Liste der Oberbürgermeisterin, mit den Projekten, die wir uns dann anschauen, was wir uns von der Planungsorganisation noch leisten können und was wir uns finanziell noch leisten können.

Wenn wir das heute beschließen, kann man es direkt auf diese Liste setzen, damit wir in der Priorität sehen können: Wie hoch steht dann so ein Landschaftsplan dann wirklich auch beim Bündnis, beim Rat der Stadt Köln, als Priorität unter vielen Maßnahmen, die wir hier haben?

Was den Änderungsantrag der SPD angeht: Ja, ihr legt da schon den Finger in die Wunde. Es werden viele Dinge angesprochen, was Konkretisierungen angeht. Deswegen könnten wir diesem Änderungsantrag auch vollkommen zustimmen, im Gegensatz zu den LINKEN, denn die Fragen, die dort gestellt werden, tauchen ja im Laufe der Planung ohnehin auf.

Der Antrag ist jetzt ein bisschen kess formuliert. Ich würde einmal sagen: Wer Mehrheiten will, muss „fründlich“ sein. Nach dieser Lebensweisheit ist er nicht gerade geschrieben, sondern schon direkt so ein bisschen auf Opposition. Auf diese Position der Opposition habt ihr ja in dem anderen Antrag auch Wert gelegt. Aus unserer Sicht stehen da aber sinnvolle Dinge drin, wenn wir die Landschaftspark dann wirklich wollen, diese Fragen zu untersuchen.

Deswegen wären wir als FDP-Fraktion bereit, beiden Anträgen hier heute zu folgen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann hat jetzt Herr Busch das Wort.

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gut gedacht ist nicht immer gut gemacht. Das sieht man an diesem Antrag. Dieser ist völlig unspezifisch, eher formuliert wie ein Prüfauftrag. Jetzt wurde von Herrn Petelkau vorgetragen: Es ist ein Prüfauftrag. Das steht aber nicht darin. Er enthält bindende Elemente, handwerklich schlecht gemacht.

Unter Punkt 5 soll die Verwaltung geeignete räumliche Abgrenzung und die Kosten ermitteln. Vielleicht bringe ich uns einmal auf Höhe. Räumlich ist zwischen Lövenich und Widdersdorf bereits der Teil zwischen Kölner Randkanal und Lise-Meitner-Ring als Neubaugebiet für die Zukunft deklariert - so im WBP 2030. Wollen Sie das nun abblasen? Während wir Kleingärten wegreißen, um Bauland zu gewinnen, sollen wir dann dort verzichten? Das macht keinen Sinn, bei der Wohnungsknappheit, die Sie seit sieben Jahren verwalten oder gestalten.

Nächstes Problem: Südlich der Potsdamer Straße in Weiden sollen doch auch die Flüchtlingsunterkünfte erweitert werden. Wo wollen Sie jetzt mit den Menschen hin, die dort untergebracht werden sollen? Abschieben? Das kann ja beim besten Willen nicht Ihr Vorhaben sein. Also wird hier auch wieder ein weiteres Problem geschaffen.

Wir brauchen für die Stadt Frischluftschneisen, aber nicht so. Ihr Antrag macht mehr Probleme, als er lösen soll. Wir stimmen dagegen. Die Vernichtung von bitter benötigtem Bauland auf der einen Seite, und dann Umwidmung von grünen Parzellen in Innenstadtnähe zu Bauland - das ist schizophoren.

Aber die Gedanken des Bündnisses lassen sicher nicht nur uns ratlos zurück - daher vermutlich auch der Änderungsantrag der SPD, dem wir, Herr Joisten, diesmal zustimmen werden. Das Ganze vorher zu prüfen und nicht direkt Nägel mit Köpfen zu machen, sondern es durch die Fachausschüsse und Fachverwaltung prüfen zu lassen, macht in unseren Augen Sinn.

Daher werden wir dem SPD-Antrag, wie bereits erwähnt zustimmen, und den Antrag des Rechtsbündnis ablehnen. - Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndikus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Liebe Kollegen und Kolleginnen! Es haben sich bei uns zum Ursprungsantrag dann doch noch ein paar

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 53

Fragen aufgetan. Viele wurden in dem Änderungsantrag der SPD bereits aufgenommen.

Zum einen interessierte uns zum Beispiel, was denn dagegenspricht, dass wir einen Naturpark anstatt eines Landschaftsparks machen, der rechtlich dann durchaus griffiger ist.

Und zum anderen möchten wir gerne wissen, wie sichergestellt wird, dass eben wirklich keine Bebauung dort erfolgt. Ist es möglich, diese Fragen zu beantworten?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also ich habe jetzt gerade einmal reflektiert, von wem Sie das wissen wollen. Wir haben im Moment einen Prüfauftrag bekommen, den wir erst einmal abarbeiten. Wir können das auch zum Inhalt der Prüfungen machen. Das könnte ich Ihnen zusagen. - Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Ich würde die Änderungen oder die Anfragen, die gekommen sind, gerne mit einbeziehen. Ich hatte ja gerade gesagt, dass wir die Verwaltung bitten, das zu prüfen. Denn uns geht es ja gerade darum, jetzt den Startschuss zu geben, gerade im Rahmen des Masterplans Grün, um das auf den Weg zu bringen.

Unser Ziel ist es ja hier nicht gewesen, Ihnen einen fertigen Landschaftspark vorzulegen, sondern das ist ja Aufgabe der Verwaltung. Das soll heute der Startschuss sein. Ich sage einmal: Für weitere Anregungen, ob da noch ein Naturschutzgebiet eingebaut werden kann und Ähnliches, sind wir total offen.

Zum Thema Bebauung noch eine Anmerkung: Dafür haben wir ja hier auch im Rat entsprechend die Anregungen an den Regionalrat gegeben, für die entsprechende Weiterentwicklung der Regionalplanung. Also insoweit war das ein wichtiger Baustein dafür. Und das soll ja, wie gesagt, die Verwaltung jetzt konkretisieren. Erst wenn das vorliegt, macht es auch Sinn, das tiefergehend in den Gremien zu beraten. Aus diesem Grunde lehnen wir auch den SPD-Antrag ab. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ist damit Ihre Frage beantwortet?

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Ja, ganz herzlichen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nur ganz kurz: Es können sich alle hier Anwesenden denken, dass ich heute baff bin. Die FDP redet davon, dass der Klimawandel, die Klimakrise, da ist und auch nicht in Frage zu stellen ist. Die CDU redet davon, dass wir dringend mehr Grünflächen brauchen, Frischluftschneisen, und unser Grünsystem als Belüftungssystem der Stadt erhalten müssen. Also darüber freue ich mich natürlich sehr.

(Zuruf von der CDU: Seit Adenauer!)

Ja, seit Adenauer, aber das hat mir dann vielleicht zwischendurch zu lange gefehlt bzw. für mein Empfinden war dann, selbst wenn es immer wieder gesagt wurde, die Diskrepanz zwischen Worten und Taten gefühlt zu groß.

Es gibt ja jetzt auch das Bündnisgrünsystem, da kann man nachlesen, was gerade auch so die akuten Stellen sind, wo eben doch weiter Flächenfraß passiert, in unserem so wertvollen, erhaltenswerten Grünsystem, wo ja der genannte Grüngürtel auch unter anderem mit reinspielt, aber eben nicht nur.

Grundsätzlich - klar! - sind wir, das wissen hier alle in diesem Raum, natürlich dafür, jeden Baum und jeden Quadratmeter Grün zu erhalten. Ob das jetzt an den genannten Stellen Sinn macht und ob dann da tatsächlich Frischluftschneisen dadurch entstehen oder erhalten bleiben, vermag ich gerade nicht zu beantworten oder zu sagen.

Ich muss allerdings sagen, dass ich mir, wenn das wirklich ernst gemeint ist, wünsche, dass dann vor allem in Richtung Stadtzentrum tatsächlich auch mehr Taten diesen Worten folgen, dass also erst recht in der Innenstadt und in den angrenzenden Stadtgebieten Grünflächen erhalten bleiben, zum Beispiel die elf Kleingärten oder eben auch am Venloer Wall. Die ganzen Stellen sind ja bekannt, all die Vorhaben, die da auch kritisiert werden aus der Klima-Bubble.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 54

Das ist wirklich etwas, da geht es doch umso mehr darum, das vorhandene Grün zu schützen, zu bewahren, noch auszuweiten. Wenn wir wirklich diese Stadt schnellstmöglich, bestmöglich klimaresilient machen wollen, angesichts dessen, was da auf uns zukommt. Wir sind gerade bei einer Prognose von drei bis vier Grad. Es ist nicht fünf vor zwölf, es ist zehn nach zwölf.

Das soll jetzt gar nicht so sehr der Rückblick sein, was aus unserer Sicht schiefgelaufen ist und gerade immer noch schief läuft, sondern wir möchten das wirklich aufzugreifen und sagen: Super gerne, und dann aber bitte auch wirklich konsequent mit entsprechenden Taten, die den Worten folgen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Damit die Taten den Worten bald folgen können, gibt es jetzt eine Frage von Herrn Joisten an Herrn Petelkau.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Petelkau! Ich will das nur noch einmal gerade klären, dann, glaube ich, kriegen wir das auch alles hin.

Ich habe jetzt eben noch einmal glasklar verstanden: Es ist jetzt ein Prüfauftrag, über den wir am Ende hier entscheiden. Und die Fragen, einschließlich derer, die wir jetzt in unserem Änderungsantrag gestellt haben, würden wir sozusagen mitgeben. Sie hatten das eben so formuliert.

Dann wäre unser Änderungsantrag natürlich obsolet, und wir könnten der Vorlage zustimmen. Deswegen bitte ich noch einmal um die entsprechende Klärung und Klarstellung. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Petelkau.

Bernd Petelkau (CDU): Ich hatte eben schon zweimal gesagt, dass das im Sinne eines Prüfauftrags zu verstehen ist, im Gesamtkontext des Masterplans Grün. Wenn der Dezernent vielleicht noch etwas dazu sagen will - dass hier gewisse Anregungen mit auf den Weg gegeben werden, ist selbstverständlich.

Denn, wie gesagt: Uns ging es heute nicht darum, einen fertigen Landschaftspark hier zu präsentieren. Dafür haben wir eine Verwaltung, die das entsprechend im Detail ausarbeitet. Das ist bei dem anderen großen Landschaftspark im Kölner Westen, Belvedere, entsprechend auch passiert. - Vielen Dank.

Christian Joisten (SPD): Dann geben wir diese Fragen, die wir gestellt haben, entsprechend mit, ziehen den Antrag zurück, und können dem Antrag von CDU, Grüne und Volt zustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt habe ich einen Geschäftsordnungsantrag zu einem Antrag, den es nicht mehr gibt. Frau Röhrig, tut mir leid. - Ich glaube, damit haben wir jetzt auch wirklich Geschwindigkeit erreicht.

Ich lasse jetzt abstimmen über den Prüfantrag mit den Inhalten, außer der Verweisung, die quasi in dem SPD-Änderungsantrag gewesen sind. Und, Frau Syndikus, das habe ich auch aufgenommen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Wunderbar.

(Vereinzelt Beifall)

Ich rufe auf:

**3.1.13 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Beitritt in das Regionalbündnis Cradle to Cradle“
AN/0529/2022**

**Änderungsantrag der Fraktion Die FRAKTION
AN/1610/2022**

Ich gebe Frau Syndikus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauer! Ja, mir ist der interne Running Gag natürlich bekannt. Kommt dieser Antrag, der bereits seit Mai im Ratsinformationssystem steht, jemals zur Abstimmung? Und heute möchte ich feierlich verkünden: Ja, hier ist er nun. Hurra!

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 55

Ein Änderungsantrag auf unseren eigenen Antrag war notwendig, denn es bedurfte der Absprache, und ich bin allen äußerst dankbar, die ihren Input hierzu geliefert haben. Und da sehen wir: Das Thema ist brisant. Kreislaufwirtschaft ist ein Thema, ins Jetzt, in die Vergangenheit und in die Zukunft gerichtet. Es befasst sich mit dem guten Umgehen von Ressourcen. Es betrifft alle Beschaffungen, von der Jacke des Ordnungsamtes über die Parkbank bis zum Pflasterstein.

Sie ist wirtschaftlich enorm von Bedeutung, denn Wirtschaft muss langfristig gedacht sein und darf nicht am roten Luftpolster-Umschlag enden. Ständig neue Produktion und die Wegwerfmentalität haben ausgedient; schon lange, aber vielleicht spüren wir es eben erst jetzt so richtig.

Aus der Verwaltung wurde Interesse laut, sich näher mit dem Thema beschäftigen zu wollen. Hier ein herzlicher Dank an alle Mitarbeitenden in der Verwaltung, die es bereits umfänglich getan haben.

Eigentlich ist unser Antrag hier nur ein ganz kleiner. Er lautet nämlich: Austausch und Kommunikation. Und wenn diese Möglichkeit geboten wird, dann sollten wir sie nutzen. Wenn wir uns anmaßen, in Köln schon an vorderster Stelle zu stehen, was die Kreislaufwirtschaft betrifft, möchte ich darauf hinweisen: Ja, richtig, Köln tut bereits viel fürs Klima, aber mehr ist eben mehr. Und auch Klima hört an der Stadtgrenze eben nicht auf. Wir sind nicht hermetisch abgeriegelt.

Wenn wir meinen, wir könnten nichts mehr lernen, so können wir dennoch lehren und vielleicht dann ganz heimlich, ohne es zugeben zu müssen, doch etwas von kleinen Kommunen mitnehmen, deren Apparat eben oft zügiger funktioniert als in der Millionenstadt.

Tauschen wir uns aus, lernen wir voneinander. Ohne das funktioniert es nicht. Geben wir ein Zeichen, dass Politik und Verwaltung eben auch hier Hand in Hand gehen, an der richtigen Stelle. Deswegen stimmen Sie bitte diesem Antrag zu. Es kann nur ein Mehrwert entstehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird von Bündnis 90/Die Grünen das Wort gewünscht?

- CDU-Fraktion auch nicht? - Dann spricht jetzt Frau Steinmann. - Frau Niknamtavin.

(Sarah Niknamtavin [DIE LINKE]: Es ist alles schon gesagt, ich werde auch nicht mehr sprechen!)

Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich mache das jetzt einfach einmal vom Platz aus, sehr geehrte Damen und Herren, dann geht das ein bisschen schneller. Ich möchte gerne aus meiner beruflichen Erfahrung sprechen, wenn ich die Position der FDP zu diesem Antrag begründe.

Cradle to Cradle begegnet mir jetzt schon seit vielen Jahren, vor allem im Gespräch mit großen Konzernen für Baumaterialien. Das erste Mal hat mir davon ein Teppichhersteller erzählt. Dieser Hersteller garantiert die Rücknahme und das Recycling seiner Ware in den nächsten 30 Jahren. Spontan gingen mir damals zwei Fragen durch den Kopf: Was ist, wenn es diesen Hersteller dann gar nicht mehr gibt? Und wer zum Teufel wird sich daran erinnern? Diese Zweifel konnten bis heute nicht ausgeräumt werden.

Unter dem Label „Nachhaltiges Bauen“ - was ich übrigens für irreführend halte, da Bauen eigentlich nie nachhaltig ist - tummeln sich viele Maßnahmen, viele Materialien. Da wird diskutiert und beworben, was das Zeug hält. Da werden Geschichten erzählt, die schon fast an Weihnachtsmärchen heranreichen. Am Ende des Tages stehen diesen Märchen aber Bauordnungen, Brandschutz und die Tatsache, dass die Gebäudewirtschaft fast nur Sonderbauten baut, entgegen.

Ich persönlich erlebe gerade in Hessen mein Waterloo, weil der gewünschte Holzbau mit DGNB-Zertifizierung an den eigenen Ansprüchen scheitert. Cradle to Cradle ist zwar ein selbstverständlicher Aspekt dabei, aber eben nur einer von vielen, ein ganz kleiner.

Es wäre geradezu sträflich, die Gebäudewirtschaft mit einem Aspekt des nachhaltigen Bauens intensiv zu beschäftigen, deren Auswirkungen keiner vorhersehen kann. Vielleicht werden in 30 oder 40 Jahren Häuser komplett geschreddert, und aus dem Schreddermaterial wird sofort per 3D-Druck das neue Haus gebaut. Dass wir auch heute schon wertvolle Baumaterialien recyceln,

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 56

ist eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Das hat man übrigens früher auch schon gemacht.

Liebe Ratskolleginnen und -kollegen! Lasst uns lieber gemeinsam darauf achten, dass wir insgesamt verträglich bauen. Heimische und nachwachsende Rohstoffe sollten nicht die Ausnahme sein, sondern die Regel werden. Achten wir darauf, dass auf unseren Baustellen weniger Verpackungsmüll ist und dieser vernünftig entsorgt wird. Wir müssen uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass diese Bauweisen auch von den aufsichtsführenden Bauämtern nicht mehr als Raketentechnik angesetzt gesehen werden.

Setzen wir uns also für die Überarbeitung von Richtlinien ein, aber beschäftigen wir bitte nicht die sowieso schon ausreichend ausgelastete Gebäudewirtschaft mit dem Verweilen in Gremien. Leben wir also die Praxis und nicht die Theorie. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Nur ganz kurz, zwei Sachen: Die KLIMA FREUNDE begrüßen diesen Antrag sehr und haben auch schon sehnsüchtig drauf gewartet. Wir werden dem zustimmen. Wir halten das für absolut richtig und wichtig, auch wenn es nur ein Baustein ist, wie gerade die Kollegin Frau Ruffen zu Recht sagte.

Ich möchte tatsächlich darum bitten, dass, auch wenn eine Dame hier spricht, die Herren der Schöpfung bitte nicht anfangen, hier Gespräche in einer Lautstärke zu führen, die mich und andere daran hindern, den Kolleginnen zuzuhören. Ich finde das wirklich respektlos. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich jetzt nicht. Dann würde ich gerne darüber abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Ich lasse zuerst natürlich über den Änderungsantrag abstimmen. Das habe ich vergessen.

Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthält sich die FDP. Dann ist so

beschlossen, und damit hat sich der Ursprungsantrag erledigt.

**3.1.14 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Köllossos aufbauen!“
AN/1518/2022**

Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Liebe Frau Reker, vielen Dank. Meine Damen und Herren! Liebe Menschen an den Endgeräten und im Publikum! Mit Pressebericht des Kölner Stadt-Anzeigers vom 19.08. mit dem nur ein bisschen tendenziösen Titel „Aus für Kölner Prestigeprojekte? „Unverantwortlich, voreilig Bauprojekte zu stoppen““ erfuhren wir, dass es Überlegungen gibt, eine kleine Liste zu bestehenden Großbauprojekten zu erstellen und dem Rat vorzulegen.

Dazu haben wir heute noch einen SPD-Antrag gehört, der auch darauf abzielt. Da haben wir uns natürlich als Fraktion der extremen Mitte gedacht: Wir vermitteln vielleicht ein bisschen.

Wir sehen das Problem, es ist ein Desaster. Ich habe gestern Abend noch auf dem WDR einen interessanten Bericht zum Oper-Bau gesehen, mit diesem Zitat, in Tenor und Alt, glaube ich: Es ist ein Desaster. Kölner Oper, Historische Mitte, Wallraf-Anbau, Museumsdepot, Interim vom Römisch-Germanischen Museum und vom Stadtmuseum, MiQua, und so weiter - alles sehr gute Sachen, die aber alle sehr teuer waren, sind und werden.

Zum Anfang dieser Ratsperiode haben wir einmal eine 47/11-Formel zur realistischen Kostenschätzung vorgeschlagen. Das war im Nachhinein sehr naiv. Das sehen wir jetzt. Eine Multiplikation der ursprünglich geplanten Kosten mit 47 und anschließende Division mit 11 würde ungefähr einen Faktor von vier Komma irgendwas entsprechen. Das reicht wahrscheinlich nicht.

Wir haben einfach, das müssen wir eingestehen, die Gier von Bauunternehmen, Projektentwicklern, Interimbauvermietern, Unternehmensberatern, ganz generell von den Märkten, unterschätzt. Oder wir haben die Fachkompetenz der mit der Planung der Großprojekte betrauten Mitarbeiter überschätzt.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 57

Aber, da bin ich ganz bei Frau Glashagen: Was hilft die Suche nach Schuldigen, wenn es vielleicht viel einfacher ist, alles zu erklären? Es sind die 2020er-Jahre. Es liegt einfach etwas in der Luft. Alle warten auf den großen Bang. Was auch immer es ist. Frau Martin ist schon im Krieg, haben wir heute gehört. Der Krieg ist ausgebrochen in Köln. Es liegt also etwas in der Luft. Und während die einen noch einmal richtig abcashen wollen, legen die anderen die Hände in den Schoß und kassieren Schmerzensgeld.

Deswegen bin ich persönlich auch in die Politik gegangen. Hier kann man mit in den Schoß gelegten Händen abkassieren und Freundschaften pflegen. Um diesem Zeitgeist aber etwas entgegenzuwirken, kommt heute unser sehr guter Vorschlag: der Köllossos.

Sie werden sich sicher fragen: Wie kommt man auf eine sehr gute Idee? Ich versuche, es zu erklären. In diesen fatalistischen Zeiten brauchen wir wieder etwas, was den Menschen Sicherheit gibt; etwas, worauf sie vertrauen können; etwas, was ihnen Halt gibt. Schauen Sie sich um in Köln. Schauen Sie auf die alten Schwarz-Weiß-Bilder von 1945 oder auf die Fotomontagen zu Köln 2045 nach Fertigstellung des U-Bahn-Baus. Es bleibt nur eines mit Gewissheit stehen: der Kölner Dom. Auch wenn Sie, Frau Reker, mit einer Basta-Entscheidung den Dom aus dem Stadtlogo gefegt haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Darf ich Sie unterbrechen? Ich möchte dem Rat eine Nachricht übermitteln und eine Schweigeminute einlegen. Es wäre schön, wenn Sie jetzt darauf verzichten würden, den Redebeitrag fortzuführen.

Michael Hock (Die FRAKTION): Wieso möchten Sie eine Schweigeminute einlegen? - Okay, dann machen wir das.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben. Es ist jetzt meine traurige Aufgabe, Sie darüber zu informieren, dass die Königin des Vereinigten Königreichs, Queen Elizabeth II., verstorben ist. In Gedenken an die Königin und in Gedanken bei unseren Freundinnen

und Freunden im Vereinigten Königreich, besonders in unserer Partnerstadt Liverpool, bitte ich Sie jetzt um eine Schweigeminute.

(Schweigeminute)

- Vielen Dank. Im Namen des Rates der Stadt Köln und aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt möchte ich der Familie der Königin mein herzliches Beileid aussprechen. Ich glaube, sagen zu können, dass sie uns allen immer als großartiges Vorbild, kluges Staatsoberhaupt und starke Frau in Erinnerung bleiben wird.

Wir haben gestern noch ein Foto von ihr gesehen, als sie die neue Premierministerin vereidigte. Die Stadt Köln wird ihrer auch immer angemessen gedenken. - Vielen Dank.

[Zum Redner:] Sie entscheiden jetzt selbst, was Sie machen.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, vielen Dank, Frau Reker. Das ist in dem Fall natürlich etwas unglücklich.

(Zurufe: Lass es jetzt! - Lass die Rede sein!)

Auf die FDP möchte ich natürlich nicht hören, aber ich kürze es ein bisschen ab und mache es frei.

Schauen Sie sich einfach unser sehr gutes Schaubild dazu an: Wir gehen davon aus, dass dieses alle Bauprojekte aufnehmende Großbauprojekt ein einendes Symbol für die Stadt Köln und für ein Vorwärts ist.

Ich möchte schließen mit den Worten: Vertrauen Sie uns in dieser Sache einfach. Wir kennen uns aus. Schritt für Schritt wird diese Stadt in neuem Glanz erblühen. - Vielen Dank. Wie immer freuen wir uns über 100 Prozent plus X Zustimmung.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe jetzt über diesen Antrag abstimmen zu lassen. Wer wünscht, diesem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich lasse gerade über Ihren Antrag abstimmen.

Wer wünscht, diesem Antrag zuzustimmen? - Das ist Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 58

Ich würde gerne eine ganz kurze Pause von fünf Minuten machen. Dann treten wir in die Sitzung um 19:45 wieder ein, meine Damen und Herren.

(Unterbrechung von 19.39 bis 19.46 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Ich würde gerne wieder in die Sitzung eintreten.

Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4.1.1 Anfrage von RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Viva Colonia“ AN/1083/2022

Antwort der Verwaltung vom 08.09.2022 1850/2022

Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Vielen Dank für die Beantwortung der Anfrage, die ja auch sehr positiv ausfällt, was das gemeinsame Angehen der Wiedereröffnung des Colonia angeht. Wer das noch nicht gelesen hat, den bitte ich darum. Ich fände es schön, wenn wir das auch zu einem gemeinsamen Projekt machen würden: Verwaltung und Rat, Hand in Hand, um Herrn Breite da noch einmal zu zitieren.

Meine Frage ist aber zu den Kosten: Das war, glaube ich, in Frage 3 mit versteckt. Welche Kosten würden auf die Stadt Köln zukommen? Da bin ich ein bisschen enttäuscht, denn Sie haben ja Zahlen. Es gibt ja eine Machbarkeitsstudie, was Brandschutz und den Aufzug angeht.

Ich würde mir wünschen, dass wir diese Zahlen irgendwie, vielleicht auch im nichtöffentlichen Teil oder wie auch immer, bekommen. Denn es ist natürlich schon interessant, was das kosten würde. Ich setze mich ja nicht ein für ein Projekt, das abnormal teuer ist. Daher würde ich gerne diese Zahlen haben.

Das ist die Nachfrage: Können Sie uns, dem Rat oder einem seiner Ausschüsse, diese Zahlen zur Verfügung stellen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es noch eine Nachfrage?

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Nein.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann Herr Wolfgramm, bitte.

Beigeordneter William Wolfgramm: Wir werden uns Mittel und Wege überlegen, wie wir die Frage beantworten können, Herr Zimmermann, sodass Sie da die entsprechenden Informationen bekommen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay.

Tagesordnungspunkt

4.1.2 Anfrage der SPD-Fraktion betreffend "Bilanz der Zentralen Anlaufstelle Gastronomie der Stadt Köln" AN/1585/2022

Antwort der Verwaltung vom 08.09.2022 2963/2022

Auch hier liegt die Antwort der Verwaltung vor. Gibt es Nachfragen? - Frau Steinmann, bitte.

Lisa Steinmann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Verwaltung! Erst einmal vielen Dank für die ausführliche Beantwortung unserer Anfrage. Die Bilanz, die Sie über die Zentrale Anlaufstelle Gastronomie ziehen, entspricht dem Empfinden der Gastronomie und auch dem, was uns Bürger widerspiegeln. Ich glaube, das ist durchaus positiv zu werten. Deswegen begrüßen wir natürlich auch Ihr Vorhaben, die Entfristung herbeizuführen.

Ich habe aber eine Nachfrage, die ich an dieser Stelle auch noch einmal an die Verwaltung richte. Unter Punkt 3 betonen Sie ja, dass die ZAG an

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 59

der Ausarbeitung des Gestaltungshandbuchs beteiligt wird. Das ist auch gut so. Es ist ja das Vorhaben und der politische Wunsch, dass dieses in einem Konsultationskreis geschieht. Meine Frage ist nach dem Sachstand der Bildung des Konsultationskreises und inwieweit Politik, also die Bezirksvertretungen und der Rat, daran dabei beteiligt sein wird.

Ich weiß, es wirkt jetzt ein bisschen wie Drängeln, und wenn etwas gut werden soll, dann braucht das auch Zeit, aber es gibt auch im aktuellen Aussetzen des Gestaltungshandbuchs immer wieder Stellfragen zwischen Gastronomiebetrieben und der ausführenden Ordnungsbehörde, die einfach ungeklärt sind und dann zu falschen Beschlüssen führen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wir sind der Meinung, das ist keine Nachfrage, sondern das ist eine neue Frage. Die können Sie gerne stellen, als neue Anfrage.

Lisa Steinmann (SPD): Dann würde ich sie als neue Anfrage stellen. Darf ich das aber im Rahmen dieses Tagesordnungspunkts setzen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nein, das muss neu gestellt werden. Und dann werden wir auch diese Nachfrage beantworten. Aber Sie kommen dann an die Information.

Lisa Steinmann (SPD): Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

4.1.3 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Machbarkeitsstudie Rheinpendel"
AN/1588/2022

Antwort der Verwaltung vom 08.09.2022
2941/2022

Hier konnte tatsächlich die Anfrage im letzten Moment beantwortet werden. Es ist allerdings noch nicht in dem Sinne, also noch nicht inhaltlich beantwortet. Das heißt, das liegt jetzt eben in der

Natur der Sache. Gibt es dazu Nachfragen? - Frau Syndikus?

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Erst einmal ganz herzlichen Dank, das ging ja wirklich schnell und kurz vor knapp noch. Ich hätte zwei Nachfragen.

Zum einen möchte ich gerne wissen, ob zu der Begehung auch die Politik eingeladen war. Und zum anderen würde ich gerne wissen, wo die Ausschreibung einzusehen ist.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich denke, wir können das nur schriftlich beantworten. Das machen wir sehr schnell.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme zu Tagesordnungspunkt

4.1.4 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Raderschatt Unternehmensberatung Gebäudewirtschaft"

Diese Anfrage konnte nicht mehr so kurzfristig beantwortet werden. Sie wird aber zur Sitzung des Hauptausschusses am 19. September beantwortet, wenn ich das anbieten kann.

Nachdem Tagesordnungspunkt 5.1.1 vertagt wurde, rufe ich nun auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 4. Satzung zur Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Köln
3585/2021

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 60**6.3.1 Zweite Ordnungsbehördliche Verordnung für das Jahr 2022 über das Offenhalten von Verkaufsstellen an Sonntagen
2305/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - DIE LINKE. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

6.4 Sonstige städtische Regelungen**6.4.1 Kleingartenordnung Köln
2250/2022**

Herr Wortmann.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir würden grundsätzlich dieser Satzung zustimmen, aber ich möchte da einen Einwand machen. Wir stimmen der Satzung zu, aber ich möchte aufgrund der aktuellen Vorkommnisse anmerken, dass wir uns vorbehalten, je nach Ergebnis der vorliegenden Klage eines Kleingartenvereins aus dem Kölner Süden zu einem späteren Zeitpunkt die Präambel der Satzung sinngemäß ergänzen zu wollen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass alle Kleingärten ihren Status als Dauerkleingärten behalten und insbesondere nicht zum Zweck der Bebauung überplant werden dürfen.

- Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Bitte sehr.

Jürgen Kircher (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meines Wissens hat man sich hier geeinigt. Jetzt schon wieder einen Zusatz zu bringen, finde ich unmöglich. Man hat doch einen Erfolg jetzt zusammen hergestellt.

Ich bin dafür, dass wir das jetzt beschließen. Alles weitere kann man vielleicht noch einmal als Zusatz machen, aber man hat eine Vereinbarung getroffen, partei- bzw. fraktionsübergreifend. Und das sollte man auch tun. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich bin von den gleichen Voraussetzungen ausgegangen wie Sie, ehrlich gesagt, darum war ich jetzt etwas verwirrt und wusste nicht, ob ich das jetzt als Änderungsantrag verstehen soll, oder was es eigentlich ist. - Herr Wortmann hat sich noch einmal gemeldet.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Vielleicht hat der Kollege jetzt etwas missverstanden. Ich habe gesagt, wir warten den Ausgang der Klage ab. Sollte die Bebauung dieser Kleingärten wirklich stattfinden und der Klage nicht stattgegeben werden, dann würden wir nachträglich einen Antrag stellen, die Satzung wieder zu ändern. Da haben Sie recht. Ja, das ist so.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann wäre aber für mich die Konsequenz, dass ich jetzt ganz normal darüber abstimmen lasse. Ich habe das jetzt, ehrlich gesagt, so verstanden wie Sie auch. Und dann kann man ja gucken, wie man damit umgeht, wenn über die Klage entschieden wurde. Also ich lasse jetzt abstimmen wie Vorlage.

Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich möchte noch eine kurze Anmerkung dazu machen: Ich bedanke mich im Namen der KLIMA FREUNDE bei allen, die daran mitgewirkt haben, und ich finde es großartig, dass es jetzt diese neue Kleingartenordnung gibt. Das Ergebnis ist auch sehr begrüßenswert.

Ich hoffe tatsächlich auch inständig, dass die Klage durchgeht und dazu führen wird, dass uns diese elf Kleingärten erhalten bleiben. Ich hatte das ja eben schon in einem Redebeitrag erwähnt: Ich finde, dass es unter den heutigen Umständen und mit allem, was die Stadt Köln schon beschlossen und versprochen hat, tatsächlich verantwortungslos ist, diese elf Kleingärten zu vernichten. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich trete jetzt in die Abstimmung ein und lasse abstimmen wie Vorlage. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 61

Wir kommen zur haushaltsrechtlichen Unterrichtung des Rates. Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

Tagesordnungspunkt

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

Das ist eine Kenntnisnahme. Wortmeldungen sehe ich keine.

Wir kommen zu

7.2 Unterrichtung des Rates über Kosten-erhöhung nach § 25 KommHVO

Tagesordnungspunkt

7.2.1 Generalsanierung der Sportanlage Hardtgenbuscher Kirchweg in Köln-Ostheim 1848/2022

Gibt es hier eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall. Auch das nehmen wir zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt

7.2.2 Rheinboulevard Köln-Deutz - Freilegung und Integration archäologische Funde 2337/2022

Wortmeldungen? - Keine. Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

7.3 Belastungen des städtischen Haushaltes im Zusammenhang mit Maßnahmen zur Aufnahme und Unterbringung von anlässlich des Krieges in der Ukraine eingereisten Personen hier: Bericht auf der Grundlage des Buchungsstandes 30.06.2022 2309/2022

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir auch das zur Kenntnis.

7.4 1. Veränderungsnachweis "Verwaltung" zum Entwurf des Haushaltsplans 2023/ 2024 2557/2022

Ich sehe ebenfalls keine Wortmeldung. Kenntnisnahme.

Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen

Tagesordnungspunkt

10.1 Generalinstandsetzung der Schulgebäude des Berufskollegs Ulrepforte, Gebädetrakt B und A mit Unterrichtsräumen, Verwaltungsbereich und Aula am Standort Ulrichgasse 1-3 in 50676 Köln - Bau- und Einrichtungsbeschluss 0346/2022

Meine Damen und Herren! Gibt es Wortmeldungen? - Keine.

Dann lasse ich abstimmen wie Betriebsausschuss, Gebäudewirtschaft, Anlage 7. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.2 Zügigkeitserweiterung der Janusz-Korczak-Schule am Altenberger Kreuz 14, 51105 Köln zum Schuljahr 2023/24 bei gleichzeitiger Bildung eines Teilstandortes in der Siegburger Str. 445 in 51105 Köln-Poll 0656/2022

Gibt es Wortmeldungen? Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors* einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gebäudes für ein Gymnasium (S I 3-zügig, S II 5-zügig) mit drei Sportübungseinheiten in Köln-Nippes 1399/2022

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 62

Meine Damen und Herren, Wortmeldungen? - Herr Philippi hat sich zuerst gemeldet und dann Frau Gabrysch.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei dieser Vorlage hat es in der Beratungsfolge eine terminliche Überschneidung gegeben, am letzten Donnerstag, von Sportausschuss und der Bezirksvertretung Nippes. Da sind zwei ganz unterschiedliche Beschlussvorlage herausgekommen.

Ich möchte versuchen, das einmal zusammenzuführen und für meine Fraktion beantragen, dass wir den Beschlussvorschlag der Bezirksvertretung Nippes - betrifft also die Gesamtschule - übernehmen und aus dem Sportausschuss das Fettgedruckte auf den Seiten eins und zwei, was unter Ergänzung formuliert ist, hinzufügen. Das wäre unser Antrag zu dieser Vorlage.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich wollte abstimmen lassen wie Sportausschuss, Anlage 2, aber das ist noch etwas anderes, Herr Philippi.

(Zuruf von Franz Philippi [SPD])

Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich bedanke mich bei meinem Vorredner, denn ich hätte das auch beantragen wollen, dass wir wie Nippes abstimmen, denn die KLIMA FREUNDE würden das auch sehr befürworten, wenn wir dort nicht jemanden suchen, um ein Gymnasium zu errichten, sondern eine Gesamtschule. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Frau Ruffen.

Stefanie Ruffen (FDP): Ich finde - ganz ehrlich, sehr geehrte Damen und Herren - die Diskussion unsäglich. Wir haben einen Schulentwicklungsplan. Wir wissen, dass G9 auf uns zurollt, an Schulen, an Gymnasien, die jetzt schon komplett überfüllt sind. Und wir brauchen da ein bisschen

mehr Vertrauen in die Verwaltung, die sieht, dass wir Gesamtschulen und Gymnasien brauchen, und die dort jetzt verstärkt gymnasiale Plätze schafft, damit G9 uns nicht das Genick bricht in dieser Stadt.

Jeder kennt die Anmeldeverfahren, und ich finde es unsäglich, dass wir das immer wieder diskutieren müssen, egal wie in den Ausschüssen abgestimmt wurde. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich zunächst über den Änderungsantrag der SPD abstimmen, wie BV 5, mit den fettgedruckten Ergänzungen im Sportausschuss zu entscheiden. Ich erzähle das jetzt nach, ich gucke jetzt nicht nach. - Aber Sie sind damit einverstanden, dass ich so abstimmen lasse? - Gut.

Wer wünscht, dem zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion und Frau Gabrysch. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt abstimmen wie Sportausschuss, Anlage 2. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - DIE LINKE enthält sich. Dann ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Ich rufe auf: Tagesordnungspunkt

10.4 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Einrichtung eines Arbeitskreises "Gedächtnis der Stadt" 1983/2021

Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): 10.4 und 10.5 würden wir gern, wie wir gesagt hatten, in den Hauptausschuss geben. Dabei bleibt es auch. Ich hatte es im Ratsinformationssystem auch schon so gesehen, deswegen war ich gerade unaufmerksam, Entschuldigung.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 63

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zur Entscheidung in den Hauptausschuss?

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Zur Entscheidung in den Hauptausschuss, genau, ohne Wiedervorlage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, dann lasse ich jetzt darüber abstimmen, 10.4 zur Entscheidung in den Hauptausschuss zu verweisen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist bei Enthaltungen der AfD so entschieden.

Dann bin ich jetzt bei Tagesordnungspunkt

10.5 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Entwicklung eines Handlungskonzeptes Kreativräume in der Stadtentwicklung 2027/2022

Da gilt das eben Gesagte. Ich lasse auch darüber abstimmen, jetzt hier zur Entscheidung in den Hauptausschuss zu verweisen.

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Maßnahmen der Kulturentwicklungsplanung: Leitbild für kulturelle Teilhabe und Vielfalt 2152/2022

Gibt es hierzu Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.7 Weiterer Ausbau der Systematischen Öffentlichkeitsbeteiligung 2084/2022

Hier frage ich jetzt nach Wortmeldungen. - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Stärkung des Tanzes - Finanzierung der Kompanie Richard Siegal / Ballet of Difference bis 31.08.2024 2196/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Planungsbeschluss für die Generalsanierung der Bezirkssportanlage Thuleweg in Köln-Höhenhaus 2310/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Planungsbeschluss für die Generalsanierung der Sportanlage Rixdorfer Straße in Köln-Mülheim 2311/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.12 Gründung der Kölner Schulbaugesellschaft mbH 2360/2022

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1609/2022

Hier gibt es eine Rednerliste, die zunächst mit Frau Hölzing beginnt.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte, liebe Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren hier im Saal und an den Bildschirmen! Wir haben im Rat am 17.03. den Grundsatzbeschluss gefasst, die Gründung einer Schulbau GmbH vorzubereiten. Heute liegt uns das Konstrukt zur Beschlussfassung vor.

An den Voraussetzungen, warum wir diese Schulbau GmbH ins Leben rufen wollen, hat sich bisher

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 64

nichts geändert. Ich erinnere daran, dass die Gebäudewirtschaft in der Prio-Liste der Schulbauten immer noch 184 Maßnahmen vor sich herschiebt. Wir haben schon mit verschiedenen Maßnahmen auf die Sanierung und den Neubaustau reagiert und ein erstes und zweites GU/TU-Paket aufgelegt, um schneller zu werden.

Wir sind schneller geworden, aber es reicht nicht. Der Druck ist nach wie vor enorm. Wir laufen mit der Infrastruktur, den neuen Wohngebieten hinterher, und die Umstellung auf G9 ist eine weitere Herausforderung. Mit der Schulbau GmbH wollen wir der Gebäudewirtschaft einen zusätzlichen Baustein zur Seite stellen, um unsere gefassten Beschlüsse schneller in die Umsetzung zu bekommen.

Natürlich haben wir uns auch gefragt, ob eine Schulbau GmbH, wie sie uns heute hier zur Beschlusslage vorliegt, dafür das richtige Instrument ist. Wir haben das im Schulausschuss, im Bauausschuss und in der Fraktion hinterfragt und sind letztlich zu dem Schluss gekommen: Wir wollen dieser Schulbau GmbH eine Chance geben, weil wir Ideen, um aus dem Schulbau-Dilemma herauszukommen, eine Chance geben wollen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Wir sind immer noch der Meinung, es dürfen auch einmal neue Wege probiert werden, auch wenn man Zweifel hat. Denn wenn wir immer nur dasselbe tun, kommt auch immer nur dasselbe heraus. Unser Ziel ist es, im Schulbau endlich vor die Welle zu kommen und nicht ewig im Kielwasser hinterhergeschleppt zu werden. Die schlanken Strukturen dieser Schulbau GmbH versprechen, dass dieses gelingen kann.

Zum Änderungsantrag der FDP, eine Kölner Kommunalbaugesellschaft zu gründen: Dem werden wir nicht zustimmen. Das geht uns zu weit. Es ist etwas grundlegend anderes, der Gebäudewirtschaft eine kleine Schulbau GmbH zur Seite zu stellen, als jetzt einen Rundumschlag zu machen und direkt eine große kommunale Baugesellschaft zu gründen. Das kostet Zeit, und was Zeit kostet, bringt auch Verzögerungen. Das Letzte, was wir in der Situation gebrauchen können, sind Verzögerungen.

Aus all diesen Gründen stimmen wir heute der Schulbau GmbH zu. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Schlieben.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da! Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da.

Am liebsten baut sie Schulen nun und hat damit genug zu tun. Schwupp, schon ist das Grundstück voll, das ist ja mal richtig toll. Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da! Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da!

Da kommt auch schon der Greitemann und schleppt einen neuen Fachmann an. Wo hat er denn den entdeckt? Der gehört jetzt wegversteckt! Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da! Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da.

Sehen kann sie nicht jedermann. Nur der gute Greitemann. Doch dem glaubt niemand, wenn er sagt, dass er diese Gesellschaft hat. Denn stets, es ist ein altes Lied, dass niemand glaubt, was er nicht sieht. Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da! Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da.

Der gelbe Antrag ist nicht schön. Da kriegen wir gleich einen Föhn. Daher sind wir nicht dabei und bleiben lieber frei. Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da! Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da.

Auf einmal ist die Truppe hier. Das ist auch gut für Dezernat IV. Und auch die OB weiß: Man glaubt ihr nie. Doch da ist die Schule. Und sie schrie - meine Damen und Herren, was schrie sie wohl? - : Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da! Hurra! Hurra! Die Schulbaugesellschaft ist da.

Grüß Gott, Entschuldigung, auf Wiedersehen - ist gern geschehen.

(Beifall bei der CDU)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 65

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Philippi hat jetzt das Wort. Und ich hoffe, dass Sie nicht singen.

(Heiterkeit und Beifall - Zuruf: Er könnte aber!)

- Dass er könnte, bezweifle ich nicht.

Franz Philippi (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und an den Endgeräten! Ich kann es mir jetzt nicht verkneifen: ein donnerndes „Alaaf“ an den Vorsitzenden des Schulausschusses!

Ich sage für mich und für meine Fraktion: Es ist nach so vielen Jahren des Abwägens - das Für und Wider einer Schulbaugesellschaft, macht eine solche Sinn? - doch schon ein besonderer Moment, dass wir hier zu der Beschlussfassung im Rat kommen. Und ich werde auch gleich sagen: Unsere Fraktion wird diesen Weg gerne mitgehen, weil wir, wie meine Vorredner es auch gesagt haben, in der Schulbaugesellschaft eine doch realistische und große Chance sehen, unsere beträchtlichen Probleme, die wir mit dem Schulbau immer noch haben, kurz- und mittelfristig in den Griff zu bekommen.

Wir haben jetzt in der Vorlage eine Fülle von Fragestellungen aus dem Schulausschuss und aus der Gebäudewirtschaft drinstehen. Ich kann darauf nicht eingehen. Das würde auch meine Redezeit sprengen. Ich will mich auf das Wesentliche konzentrieren und komme auf die Begrifflichkeit. Wenn mich mein Gedächtnis nicht verlässt, stammt sie von dem derzeitigen Oberbürgermeister aus Düsseldorf, unserem ehemaligen Stadtdirektor Stephan Keller, der vom „schnellen Beiboot“ gesprochen hat.

Ich weiß sehr wohl zu würdigen, Herr Greitemann, und auch Herr Voigtsberger, dass Sie das jetzt vorangetrieben haben. Und auch die Vorgängerin von Herrn Voigtsberger, Frau Dr. Klein - wer in der Materie steht, weiß das - ist immer für diese Schulbaugesellschaft gewesen.

Nur, meine Damen und Herren, müssen wir darauf aufpassen, dass dieses schnelle Beiboot auch schlagkräftig ist und bleibt und kein Tretboot wird. Wenn man sich als Kölner mit den Düsseldorfern vergleicht, ist das immer ein bisschen problematisch. Das weiß ich auch. Aber wenn wir

einmal nach Düsseldorf schauen, bringt das durchaus einen Erkenntnisgewinn. In Düsseldorf leben 620 000 Menschen, es gibt etwa 180 Schulen, und in der Schulbaugesellschaft sind neben der Geschäftsführung 15 Personen ständig beschäftigt.

In der Schulbaugesellschaft, die wir jetzt in Köln an den Start bringen - die Einwohnerzahl ist ja bekannt, und wir haben 300 Schulen -, wurde auf die Fragestellung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft hin gesagt: Voraussichtlich wird das Budget für zehn Menschen reichen, die dann in dieser Schulbaugesellschaft arbeiten.

Wenn wir uns das einmal anschauen und die auch eben angesprochene Prioritätenliste bei der Sanierung ansehen, dann ist der aktuelle Stand, dass wir nach wie vor in Köln 192 Schulbau-Projekte auf der Prio-Liste haben. Davon sind 84 personalisiert. Aber trotzdem ist die Zahl der Projekte auf der Prio-Liste in Köln größer als die Gesamtzahl aller Schulen in Düsseldorf. Von daher ist das schon etwas Wasser im Wein.

Wir müssen da ganz ehrlich zu uns sein: Aus unserer Sicht ist das jetzt ein guter Einstieg, aber wir brauchen sehr zeitig, nicht zu spät, eine klare Evaluation. Ich habe zwar keine Glaskugel, aber ich vermute, dass wir da aufstocken müssen. Und ich glaube, da sind wir uns auch alle einig.

Ich will damit schließen - die Mitglieder des Schulausschusses werden sich erinnern -: Am 28. März gab es die große Demonstration der Eltern auf dem Alten Markt, und wir hatten anschließend eine Schulausschusssitzung. Wir haben dort mit den demokratischen Fraktionen und Gruppen gemeinsam eine Resolution auf den Weg gebracht und gesagt: Der Schulbau muss Vorrang haben. Das muss aber jetzt wirklich auch Konsens sein.

(Beifall bei der SPD)

Butter bei die Fische! Wir haben eben über Großbauprojekte gesprochen. Diese Schulbaugesellschaft ist von unserem politischen Willen abhängig, dies jetzt auch wirklich umzusetzen.

Deshalb darf ich Sie alle herzlich bitten: Lassen Sie uns gemeinsam dafür sorgen, dass hier bei uns in Köln die Schulen schneller, besser und zügiger gebaut werden. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 66

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Franz Philippi hat schon zu Recht ein bisschen Wasser in den Wein gegossen und darauf verwiesen, dass die Düsseldorfer Schulbaugesellschaft nicht vergleichbar ist mit einer vielleicht heute zu gründenden Kölner Schulbaugesellschaft.

Ich denke auch, dass die Bedeutung dieser Schulbau GmbH nicht überschätzt werden sollte. Vielleicht tut das auch hier niemand. Vielleicht ist es auch eine Art Beruhigungspille für die städtische Öffentlichkeit, für Eltern und Kinder im Schulalter, dass die Stadt zeigt: Hier passiert etwas. Denn bei 184 Schulen, die in den kommenden Jahren gebaut werden müssen, ist klar: Die Probleme liegen viel tiefer und die Probleme liegen eigentlich ganz woanders.

Die Gründung dieser GmbH - das ist mir in den Beratungen in diesem Jahr nicht schlüssig aufgelöst worden - bringt eine große Gefahr mit sich. Niemand wird die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft daran hindern, sich auf Stellen der neuen GmbH zu bewerben. Sie werden das verständlicherweise tun, umso mehr die Höhe der Gehälter in der GmbH zwischen Gebäudewirtschaft oder öffentlicher Verwaltung und GmbH auseinanderklafft.

Die Beschlussvorlage kennt diesen Widerspruch und kreist um ihn etwas herum. Einerseits soll die Entlohnung der GmbH - das ist das Ziel - bei entsprechenden Tätigkeiten dem öffentlichen Tarifgefüge angepasst sein. Andererseits wird es aber geradezu als Vorteil der Rechtsform GmbH dargestellt, dass angesichts der in der Tat großen Probleme am Arbeitsmarkt die öffentliche Tarifbindung entfällt.

Wenn also die neue GmbH im kommenden Jahr - wenn sie heute gegründet wird - Probleme hat, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen, dann müssen natürlich die Gehälter, die dort geboten werden, weiter angehoben werden. Es ist aber aus dem Personalkonzept in der Anlage 3 ersichtlich, dass offenbar schon enorm hohe Gehälter geboten werden müssen. Denn wenn für die Koordination von Projekten erfahrene Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeiter mit 20 Jahren Berufserfahrung gesucht werden, dann ist klar, dass man die nicht für 80 000 Euro im Jahr kriegt.

Dieses Problem kann der Gebäudewirtschaft und auch den anderen technischen Dienststellen der Stadt schaden. Ich möchte jetzt in meiner Argumentation auf Folgendes kommen: Es ist umso wichtiger, was der Rat, was die Verwaltung in der Folge tut, um diese Probleme anzugehen.

Wir haben heute schon einmal über die Bewältigung von Großprojekten gesprochen, und genau diese Probleme sind ja auch die Probleme, die wir mit den technischen Stellen bei der Stadt haben. Und das ist in der Tat kein einfaches Problem. Sie können sich vorstellen, dass wir nicht dem Antrag der FDP, die das Heil in Privatisierung sucht, zustimmen werden, sondern wir suchen das Heil darin, an einer Verwaltungsreform weiter zu arbeiten und bieten auch unsere Unterstützung dafür an.

Die andere Begründungslinie für eine Schulbau GmbH ist diese: Es wäre eine kleine GmbH mit flexiblen Arbeitsstrukturen und flachen Hierarchien, in denen jüngere Beschäftigte, Bauingenieure und Bauingenieurinnen, Architekten und Architektinnen motiviert arbeiten können. Und ich habe schon im März gesagt - und das ist weiterhin die Auffassung meiner Fraktion -, dass es ein Armutszeugnis wäre, wenn wir nicht mit aller Kraft daran arbeiteten, dass die Verwaltung in Köln diese motivierenden Arbeitsstrukturen auch innerhalb der Verwaltung, also als Verwaltung selbst, bietet. Und natürlich muss die Gebäudewirtschaft diese Strukturen bieten. Daran müsste gearbeitet werden.

Ich will keinem hier die Absicht unterstellen, die ich jetzt äußere, aber in ein paar Jahren können auch andere Leute an den entsprechenden Stellen sitzen, und es kann sein - und diese Gefahr besteht -, dass die Gründung einer kleinen GmbH auch der Testfall für die Gründung einer größeren GmbH oder die Ausweitung dieses Modus ist. Das kann sich auch ganz einfach durch die Folge der Probleme ergeben; eine eigene Dynamik, wenn man merkt, dass man in der Verwaltung nicht vorankommt.

Deshalb, finde ich, müssen wir alle darauf achten und meine Fraktion wird das tun: Die Gebäudewirtschaft muss gut ausgestattet werden. Eine Reform der Gebäudewirtschaft ist nicht zum Nulltarif zu haben, das darf man sich abschminken.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 67

Aber es muss vor allen Dingen mit Energie daran gearbeitet werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt Frau Ruffen, bitte.

Stefanie Ruffen (FDP): Es ist schon interessant, dass wir die gleiche Kritik wie die Linken äußern und zu einem völlig anderen Ergebnis kommen. Aber vielleicht ist das auch richtig so.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren, vielleicht noch am Stream! Die Verwaltung will einen Teil ihrer Aufgaben an eine neue, schlank und effizient arbeitende Gesellschaft abgeben, und statt Jubelschreie von der FDP, Entschuldigung, hört sie Kritik. Das wird so manchen sicher überraschen - oder inzwischen nicht mehr, denn ich habe das ja schon öfters ausgeführt -, aber ich werde es auch heute noch einmal tun.

Das Ratsbündnis hat uns nämlich das beste Argument geliefert - beziehungsweise Herr Petelkau - nach Bekanntwerden eines erneuten Museumsbau-Desasters. Er hat nämlich die Einrichtung einer Kulturbaugesellschaft gefordert. Hier wurde das Problem erkannt, aber offensichtlich nicht verstanden.

Obwohl nun im Gegensatz zu den ersten Aussagen, wie von uns gefordert, noch Schulerweiterung und Schulsanierung mit ins Aufgabenpaket gerutscht sind, sind uns in der FDP gleich weitere Gründungsmöglichkeiten in den Kopf gekommen: die Kitabaugesellschaft, Wohnungsbaugesellschaft. Ulrich Breite freut sich sicher über eine mindestens Zweifachsporthallenbaugesellschaft, und Ralph Sterck wollte gerne die Trauerhallenbaugesellschaft gründen.

Denn seien wir ehrlich: Wo funktioniert eigentlich städtisches Bauen noch? Wirklich reibungslos und effizient ist es doch nirgendwo. Seit der damalige Stadtdirektor Guido Kahlen die Gebäudewirtschaft kaputtreformiert hat, wurde sie doch eigentlich zur Handlungsunfähigkeit verdammt.

(Beifall bei der FDP)

Einige erinnern sich noch an den Beinamen „Tsunami“. Aber die Schäden eines Tsunamis werden in der Regel alle aufgearbeitet, während hier nur am Rand ein bisschen weiße Salbe verteilt wird.

Sehr verehrte Damen und Herren! Sie wollen eine Schulbaugesellschaft mit circa zwölf Mitarbeitern - wie ich gehört habe; zehn wäre noch schlimmer, Franz Philippi - gründen. Das ist weniger als in Düsseldorf, das wurde uns heute auch schon gesagt, obwohl wir ja Düsseldorf immer ungern als Vergleich heranziehen.

Das Aufgaben- und Qualifizierungstableau, was dabei liegt, zeigt aber, dass das vorne und hinten nicht reichen kann. Das ist viel zu dünn. Die FDP wird die Gründung dieser geplanten Gesellschaft ablehnen, denn wir wollen kein schlankes, effizientes Beiboot, wie der Herr Dezernent das nennt. Das sagt nämlich eigentlich nur etwas über den Rest aus: behäbig und ineffizient.

Wir sind es den Bürgerinnen und Bürgern aber schuldig, dass wir eine Verwaltung schaffen, die in allen Belangen effizient ist. Ich erinnere mich dunkel, dass Sie, liebe Frau Oberbürgermeisterin, mit diesem Anspruch angetreten sind.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: 2015.

Stefanie Ruffen (FDP): Genau. Wir helfen ja nur bei diesen Schritten. Und deswegen fordern wir die Überführung der Gebäudewirtschaft in eine moderne Baugesellschaft, die dieser Stadt und ihren Aufgaben wirklich gerecht wird.

(Beifall bei der FDP)

Aus diesem Grund haben wir heute unseren Änderungsantrag mitgebracht, der das beherzigt. Wir möchten eine kommunale Baugesellschaft, die alle wichtigen Bauaufgaben dieser Stadt schlank und effizient bearbeiten kann. Wir möchten Stellen schaffen, die für den immer dünner werdenden Markt der Ingenieurinnen und Ingenieure attraktiv sind.

Wenn schon die Gebäudewirtschaft bei den Vorteilen der Arbeit in einer Behörde, und da gibt es

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 68

ja durchaus Vorteile, 135 von 777 Stellen nicht besetzt hat - das waren die letzten Zahlen, es kann sich schon wieder verschlimmert haben -, wo glauben Sie denn, dass Sie Menschen mit 20 Jahren Berufserfahrung zum Tariflohn herbekommen? Das ist doch ein Witz in Tüten.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen die Mitarbeiter in der Gebäudewirtschaft, um voranzukommen. Wir brauchen deren Know-how, und wir müssen ihnen endlich Strukturen bieten, in denen sich Projekte schlank und effizient umsetzen lassen. Aktuell erleben wir, wie private Investoren in Blitzgeschwindigkeit Schulen für uns bauen. Warum schauen wir uns nicht ab, wie die es machen und machen es auch so? Warum das Festhalten an alten Strukturen, die nicht funktionieren - was, glaube ich, hier niemand im Saal bestreitet, oder?

Natürlich gehört noch einiges geklärt, bevor wir eine Kommunalbaugesellschaft gründen, die so schlank und effizient ist, wie es sich der Dezerent wünscht. Aber es gibt auch keine wirklichen Hürden. Die Vermögenswerte der Gebäudewirtschaft, also die Liegenschaften, können ja in der Stadt verbleiben. Diese werden städtisch verwaltet, und die neue Kommunalbaugesellschaft würde bei anfallenden Sanierungsarbeiten beauftragt.

Neue Räume müsste man dann auch nicht anmieten, was in den Vorlagen bislang als einzige Aufgabe der Gesellschaft definiert ist. Meine Damen und Herren, es geht so einfach. Warum machen wir es dann nicht einfach? - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Als nächstes habe ich Herrn Wortmann auf der Rednerliste.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Schulbau GmbH: wieder eine Ausgründung aus dem Verwaltungsverbund und das an einer hochsensiblen Stelle dieser Stadt. Ist das überhaupt notwendig?

Wenn ich mir einen Satz aus einem Interview von Ihnen, Herr Greitemann, sinngemäß in Erinnerung rufe: Es ist nicht die Personalsituation, es ist die Vielzahl der Aufträge. Das wird also mit dieser GmbH Geschichte sein, meinen Sie.

Es ist also die nächste Ausgründung mit städtischen Zuschüssen, damit sie lebensfähig bleibt. Sie soll eine große Kapitalgesellschaft werden: zwei Geschäftsführer, zehn Mitarbeiter, 525 000 Euro Vorschuss, einschließlich Abgreifen des Stammkapitals. Aber die Frage ist: Was macht eigentlich dieser Trabant? Was sind seine Jobs?

Bei der Erstpräsentation war - so habe ich das verstanden - klar umrissen, dass die GmbH sich ausschließlich um Neubauten kümmert. In der heutigen Vorlagensammlung, die ich gelesen habe, wird das meines Erachtens wieder aufgeweicht. Man stellt uns heute eigentlich die eierlegende Wollmilchsau vor.

Konkret gefragt: Wo ist das Unternehmenskonzept mit der Beschreibung und der exakten Darstellung einer klaren Abgrenzung zwischen der Schulverwaltung, der Gebäudewirtschaft und diesem Trabant? Wo ist der Businessplan mit namentlich aufgeführten Projekten, die doch lange bekannt sein dürften, eingeschlossen die per Beschreibung gesuchten Investorenmodelle auf welcher Fläche auch immer oder wem die Fläche immer gehören mag? Und wo ist die Finanzplanung, die zumindest ansatzweise Einblick darin gäbe, weshalb hier eine große Kapitalgesellschaft vom Stapel läuft?

Wo ist die umfassende Prozessbeschreibung zur Vermeidung von Überschneidungen und Doppelleistungen in den mitwirkenden Bereichen, wie zum Beispiel vielleicht das von Herrn Raderschatt entwickelte Prozedere des Miteinanders im Bauwesen der Stadt? Wer sind die GmbH-Geschäftsführer? Wo sind die Verträge? Wer ist verantwortlich? Wer wird nach welchen Kriterien bezahlt, geführt und auch gefeuert?

Wie und in welchen Ausschüssen wird der Rat über die Projektentwicklungen und den Geschäftsverlauf der GmbH informiert? Ich habe immer nur einen Ausschuss gesehen. Nach meinem Dafürhalten müssen die Umläufe deutlich massiver sein. Und wer bildet die Gesellschafterversammlung?

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 69

Von Ihnen, Frau Reker, hätte ich erwartet, dass Sie diese Ausgründung nutzen, neue Seiten aufzuspannen und den Klügel in die Schranken zu weisen. Chance vertan - anstatt vorab zu konzipieren, zu planen, fein zu justieren und dann zu entscheiden, läuft es wie bei den Bühnen. Die Wundertüte im Gepäck, wird jeder schon etwas abbekommen.

Zumindest hätte sich hier eine beratende Expertise bezahlt gemacht, Frau OB, oder ein Blick in den Schulbau nach Hamburg oder München. Da sieht man, wie es andere machen: ohne GmbH, unter strenger Regie der Verwaltung, und transparent, weil öffentlich.

Mir tun die Mitarbeitenden in der Schulverwaltung und Gebäudewirtschaft leid. Aber es würde mich nicht wundern, wenn einige die Gelegenheit nutzen, sich durch einen Wechsel in die GmbH in diesen schlechten Zeiten ein gutes Aufgeld abzuholen. Am Job ändert es ohnehin nicht viel.

Liebe FDP, Ihr Änderungsantrag hat einen gewissen Charme. Aber wir haben nun einmal grundsätzlich das Problem, dass auch Sie eine Kapitalgesellschaft ausgründen wollen.

Sie werden diese GmbH gründen, Frau Reker. Aber Sie werden nachher auch beweisen müssen, dass diese GmbH den Schulbau zum Ziel geführt hat. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Vielen Dank für das erteilte Wort. Ich spreche vom Platz.

Wenn wir uns den ersten Satz der Begründung durchlesen:

Die Stadt Köln hat aufgrund unterschiedlicher Faktoren einen enormen Bedarf an Schulbaumaßnahmen.

Das sagt eigentlich alles aus. Die Schulplatz-Tombola, die wir in diesem Jahr schon mehrfach hier im Stadtrat hatten, muss dringend aufhören. Das wurde von jeder Fraktion und jedem Ratsmitglied hier betont. Jetzt ist ein Ende dessen in

Sicht. Auch wir sind froh über diesen kleinen Baustein, mit dem Herr Greitemann oder aber auch Herr Voigtsberger jetzt endlich die Ärmel hochkrempeln können.

Wir würden der Schulbaugesellschaft eine Chance geben und der heutigen Gründung zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen, meine Damen und Herren? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich jetzt abstimmen, zunächst über den Änderungsantrag der FDP und dann über die Vorlage.

Ich rufe also die erste Abstimmung auf: Änderungsantrag FDP. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die FDP-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der FDP, der FRAKTION und der LINKEN. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

(Vereinzelte Beifall)

Ich rufe jetzt auf:

**10.13 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln
hier: Wirtschaftsjahr 2022
2374/2022**

Ich frage nach Wortmeldungen. - Ich sehe Herrn Wortmann. Herr Wortmann, Sie haben das Wort.

Walter Wortmann (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich habe eine Frage zu dem Wirtschaftsplan. Gehe ich richtig in der Annahme, dass der vorliegende Wirtschaftsplan keine Ausgaben oder geplante Kosten betreffend die Planung oder bautechnische Arbeiten des Wallraf-Anbaus enthält?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn ich das jetzt beantworten würde, würde ich sagen:

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 70

Ja, Sie gehen richtig in der Annahme. Aber ich überlasse das gerne den Fachleuten. - Frau Kämmerin bitte.

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Da der Erweiterungsbau tatsächlich noch in der Planungsphase ist, habe ich mich jetzt auch gerade mit dem Kollegen abgestimmt: Da müssten keine entsprechenden Aufwendungen enthalten sein.

Die notwendigen Anpassungen wären dann erst in den Folgejahren vorzulegen, wenn die Planungen weiter vorangeschritten sind - soweit als Erstinformation. Wenn Details gewünscht sind, sprechen Sie mich gerne noch einmal darauf an, dann liefern wir das nach. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Dann lasse ich darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.14 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln
hier: Jahresabschluss des Geschäftsjahres 2021
2420/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltung? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.15 Einrichtung des neuen Bildungsganges „Fachkraft Küche“ am Berufskolleg Ehrenfeld (BK 20) zum Schuljahr 2022/2023
2425/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Eigenbetriebsähnliche Einrichtung Veranstaltungszentrum der Stadt Köln

**hier: Auflösung der Kapitalrücklage
2466/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.17 BioCampus Cologne Grundbesitz GmbH & Co. KG: Anschlussbetrachtung
2576/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.18 Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts der Stadt Köln zum 31.12.2019
2617/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen über den aktualisierten Beschlussvorschlag, Anlage 1, wie RPA, Anlage 2. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.19 Konzept für Gewaltschutz in Unterbringungseinrichtungen für Geflüchtete der Stadt Köln (Gewaltschutzkonzept)
1892/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.20 Baubeschluss für die Sanierung der Hafenbrücke in Köln-Mülheim
0986/2022**

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.21 Erweiterung des neuen Busbetriebshofs Köln Ost in Porz
2129/2022**

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 71

Jetzt bitte ich Frau Jäger, nicht abzulenken, weil wir da eben ein kurzes Gespräch hatten. - Herr Hammer, bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal zählt es sich aus, im Rat noch ein bisschen über den Umgang mit einzelnen Vorlagen zu sprechen. Es ist auch gut, dass Sie, Frau Haaks, als KVB-Vorstandsvorsitzende hier sind.

Wir haben uns jetzt darauf verständigen können, dass wir, um hier nichts unnötig zu verzögern, diese Vorlage auch gerne in den Hauptausschuss geben würden, der in zwölf Tagen tagt, wenn ich das richtig sehe; allerdings mit der Maßgabe - darüber hatten wir auch gerade schon kurz gesprochen -, dass vorher noch ein entsprechender gemeinsamer Informationstermin von der Bezirksvertretung inklusive der verkehrspolitischen Sprecher*innen oder gegebenenfalls Vertreter*innen stattfindet, damit wir alle auch wirklich auf dem gleichen Wissensstand sind.

Da schien es noch Differenzen in den Wissensständen zwischen Bezirksvertretung und dem Verkehrsausschuss bzw. dem Aufsichtsrat zu geben. Wir sind dann zuversichtlich, dass wir im Hauptausschuss entsprechend positiv votieren können. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Jäger nickt. Also ist jetzt der Verweisungsantrag in den Hauptausschuss - -

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Zum Beschluss in den Hauptausschuss, ohne Wiedervorlage.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Zum Beschluss in den Hauptausschuss, aber mit vorhergehendem Fachgespräch. Okay.

Ich erlebe jetzt noch eine gewisse Unruhe, aber ich glaube, wir können das abstimmen lassen. - Frau Haaks.

Stefanie Haaks (Kölner Verkehrs-Betriebe): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Natürlich hätte ich mir gewünscht, dass wir heute abstimmen, damit wir zügig eine Entscheidung haben.

(Vereinzelt Beifall)

Aber wir möchten auch in Porz dauerhaft unseren Betrieb in guter Nachbarschaft pflegen. Von daher spricht aus meiner Sicht nichts dagegen, dass wir es im Hauptausschuss, der in zehn oder zwölf Tagen tagt, tatsächlich auch nochmals behandeln. Wir würden Montag oder Dienstag einen Austausch anbieten.

Meine große Bitte wäre bloß, dass nicht die Erwartungshaltung ist, dass alle Personen können, sondern dass dann auch eine entsprechende Vertretung geschickt wird, damit der Austausch auch wirklich zeitnah erfolgen kann und nicht dadurch sich verzögert. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann können wir in dieser Form über den Verweisungsantrag zum Beschluss in den Hauptausschuss abstimmen lassen.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.22 Abriss von vier Sozialhäusern und Neubau von zwei Gebäuden zur öffentlichen Unterbringung obdachloser oder von Obdachlosigkeit bedrohter Personen in konventioneller Bauweise sowie Abriss einer Kindertagesstätte und Neubau einer Kindertagesstätte in konventioneller Bauweise auf dem städtischen Grundstück Geisbergstr. 47a - 53c in 50939 Köln-Klettenberg (Planungsbeschluss) 0348/2022

Ich frage natürlich immer nach Wortmeldungen, habe aber auf der Rednerliste Frau Syndicus. - Nein, sie verzichtet. - Frau Gabrysich.

(Unruhe)

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 72

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Ich muss euch leider hier auch einmal kurz nerven. Ich erspare euch aber bei allen folgenden Anträgen, bei denen ich denselben Änderungsantrag stellen könnte, das zu wiederholen und mache es jetzt nur einmal. Ich tue das, um aber das klare Zeichen zu setzen, dass wir es als absolut verantwortungslos und nicht mehr zeitgemäß ansehen, dass hier heute im Rat der Stadt Köln Sachen entschieden werden, Bauvorhaben bewilligt werden, die in konventioneller Bauweise geplant sind.

Daher stelle ich jetzt den Änderungsantrag, dass wir von konventioneller Bauweise zu einer ökologisch nachhaltigen Holzbauweise übergehen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabrysch, ich würde Sie bitten, den Änderungsantrag noch einmal genau zu formulieren, sodass ich darüber abstimmen kann.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Entschuldigung, dann muss ich gerade einmal hineinschauen. - Also, an den Stellen, wo „konventionelle Bauweise“ steht, soll stattdessen „ökologisch nachhaltige Holzbauweise“ stehen. Wenn ich jetzt den Text noch einmal vorlesen soll, muss ich das Dokument aufmachen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt meldet sich Herr Brust. - Herr Brust.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Ich will nur darauf hinweisen: Im Text steht, dass es sich um Passivhaus-Häuser handelt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das „konventionell“ ist vielleicht ein bisschen irreführend, aber es ist in der Vorlage eindeutig klar: Es sind Passivhäuser, es gibt Solaranlagen, es gibt Begrünung. Ob das letztlich in Holzbauweise gebaut wird oder nicht, das wird beim Baubeschluss entschieden und nicht jetzt beim Planungsbeschluss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wenn das jetzt zur Aufklärung dient, Frau Gabrysch: Sie wollen Holzbauweise, aber Sie haben ja gerade von Herrn Brust, der da sicherlich ein ausgewiesener Fachmann ist, gehört - -

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Dann verstehe ich nicht, warum da überhaupt noch „konventionelle Bauweise“ steht, aber darin bin ich auch keine Expertin.

(Zurufe)

Und für alle, die jetzt wieder herumtrotzen, dass das eigentlich ein Thema vom Bauausschuss ist, möchte ich darauf hinweisen, dass ich aus bekannten Gründen hier als Einzelmandatsträgerin mit Aufwandspauschale sitze, die wirklich versucht, sich hier in alle Themen einzulesen und einzuarbeiten und mitzudenken und konstruktive Vorschläge zu machen.

Ich finde das wirklich respektlos, wenn mir hier regelmäßig vorgeworfen wird, dass ich vielleicht auch einmal eine Verständnisfrage habe oder vielleicht auch einmal irgendetwas nicht weiß. - Danke.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Also ich finde es sehr nachvollziehbar, Frau Gabrysch, dass man sich als Einzelmandatsträgerin nicht in alles einarbeiten kann. Darum versuche ich ja, Dinge hier zu klären, und deswegen rufe ich jetzt auch Frau Ruffen auf. Sie hat nämlich eine Wortmeldung und kann das vielleicht aus ihrer Perspektive noch einmal darstellen.

Stefanie Ruffen (FDP): „Konventionelles Bauen“ heißt einfach nur, dass wir hier nicht in Modulen oder Ähnlichem, sondern klassisch bauen.

Frau Gabrysch, als eine der Ausschussvorsitzenden biete ich Ihnen an: Wenn Sie Fragen inhaltlicher Art zu Vorlagen haben, die aus den Ausschüssen kommen, sprechen Sie doch vorher mit uns. Es ist ja nicht so, dass wir Ihnen irgendetwas verheimlichen. Da kann man dann auch Sachen klären. Ich verstehe auch, dass Sie nicht zu jedem Ausschuss gehen können.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 73

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen herzlichen Dank. Auch das ist natürlich wieder eine Kapazitäten-Frage, aber das Angebot nehme ich gerne mit. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bleibt es denn jetzt mit der Erklärung, die wir bestätigen können - die Herr Greitemann sicherlich bestätigen kann -, dabei, dass mit „konventioneller Bauweise“ gemeint ist, dass nicht in Modulbauweise errichtet wird? Können wir dann so abstimmen, wie ich es vorhatte?

Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Genau. Dann bedanke ich mich für die Erläuterung und ziehe an dieser Stelle den Änderungsantrag zurück. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass ich das aus guten Gründen am liebsten durchpraktizieren würde, das aber allen Kolleg*innen hier erspare. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut, vielen Dank. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Ich lasse abstimmen über den aktualisierten Beschlussvorschlag, Anlage 12. Das ist der Beschlussvorschlag zur Alternative 2 aus Anlage 9. Gibt es Gegenstimmen? - Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.23 Ergänzung des Stadtbahnvertrages vom 03.09. / 09.09.1991 für die Stadtbahnanbindung Mülheimer Süden 0898/2022

Wortmeldungen? - Keine. Dann lasse ich abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.24 Fortschreibung des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes Porz-Mitte 0953/2022

Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 10, Verkehrsaus-

schuss, Anlage 9 und BV 7, Anlage 5. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.25 Sanierung der Schulaula am Berufskolleg 4, Zugweg 48, 50677 Köln - Baubeschluss 1364/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Ich lasse abstimmen wie Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, Anlage 10. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.26 Römisch-Germanisches Museum - Weiterplanungsbeschluss zur Sanierung und Baubeschluss für vorgezogene notwendige Maßnahmen 1445/2022

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt AN/1612/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Wir kommen noch einmal zurück auf den Antrag oder die Bitte um Vertagung, und zwar nur - in Anführungsstrichen - in den Hauptausschuss, um bis dahin vielleicht noch neue Erkenntnisse zu haben. Wir haben ja noch die leise Hoffnung, dass bis dahin vielleicht eine Liste vorliegt. Aber unser Antrag wäre auf jeden Fall zunächst die Vertagung in den Hauptausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nachdem wir das ja heute schon einige Male hatten: Verweisung zur Entscheidung in den Hauptausschuss.

Christian Joisten (SPD): Genau so.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich erst über den Verweisungsantrag ab-

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 74

stimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Die AfD enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.27 Bürgerzentrum Alte Feuerwache - Bauentschluss zur Ertüchtigung Innenhof, Einrichtung Stadtteil-/Holzwerkstatt, Optimierung Entwässerungs-/Kanalanlage 2045/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.28 Aktualisierung des Förderprogramms „Dritte Orte“ 2048/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Der AfD. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.30 Ausschreibung - Rahmenvertrag Catering mit Service 0709/2022

Änderungsantrag von der Fraktion Die LINKE und RM Gabrysch (KLIMA FREUNDE) AN/1616/2020

Hier habe ich eine Rednerliste. Die würde beginnen mit Frau Tokyürek.

(Zuruf von Güldane Tokyürek [DIE LINKE])

Ich kann Sie leider nicht verstehen. - Frau Gabrysch, Sie sind noch nicht dran. Ich habe nämlich hier auf der Rednerliste Frau Syndicus. Danach gibt es erst den Änderungsantrag.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Frau Reker, hier ist ein Fehler unterlaufen. - Es ging darum, dass wir tauschen wollten.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich kann Sie leider nicht hören.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Es ging darum, dass ich gerne, weil die Initiative von Frau Gabrysch kam, ihr den Vortritt geben würde. Wir würden gerne beide reden, aber es geht ja anscheinend nicht. Deshalb rede ich als erste.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Doch, ich kann Sie nur nicht verstehen, wenn das Mikrofon nicht an ist - also Frau Gabrysch erst für Sie, und Sie dann danach.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Genau, darum ging es. Ist das möglich?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Alles ist möglich. An solchen toten Formen halten wir uns jetzt nicht fest. - Frau Gabrysch.

Nicolin Gabrysch (KLIMA FREUNDE): Vielen Dank für die Flexibilität. Zuerst einmal möchten wir uns für die Kurzfristigkeit unseres Änderungsantrages entschuldigen. Es war uns zuvor nicht aufgefallen, dass hier eine Ausschreibung geplant ist, mit der die Stadt unserem Verständnis nach ihren eigenen Kriterien nicht ausreichend Genüge leistet.

Der Rat hat sich eindeutig zu hoher Priorität für den Klimaschutz, zum Klimanotstand, zur Entwicklung in Richtung nachhaltiger Kommune und Klimaneutralität und konkret zu der vom Ernährungsrat entwickelten Ernährungsstrategie für Köln bekannt - so auch im Originalantrag.

Diese ist in ihren Zielen für die Stadt eine gute Leitlinie, reicht aber - auch nach den Worten des Ernährungsrates selbst - für eine solche Ausschreibung nicht aus, da sie keine klaren Kriterien enthält. Damit es genau diese aber gibt, liegt heute dieser Änderungsantrag vor. Wenn die Stadt Klimaneutralität erreichen möchte und ehrliche Fortschritte in Sachen Ernährungswende machen möchte, ist die eigene Beschaffung der allererste Punkt, an dem angesetzt werden sollte.

Hier ist der Einfluss der Stadtverwaltung und des Rates unmittelbar und unkompliziert, sodass die Stadtverwaltung hier mit gutem Beispiel vorangehen kann. Einmal mehr müssen wir übrigens nur

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 75

nachmachen, was andere Städte und Kommunen uns bereits vormachen.

Und nein, dabei geht es ganz bestimmt nicht um eine Verbotskultur. Es geht um eine notwendige Veränderung von Gewohnheiten. In Sachen gesunder Ernährung steht außer Frage, dass der Verzicht auf tierische und unökologische Nahrungsmittel nicht nur in Bezug auf die eigene Gesundheit eines jeden von uns hier in diesem Raum unter dem Strich ein Gewinn ist. Wer das immer noch nicht verstanden hat, der ist, mit Verlaub, noch nicht in der Realität von heute angekommen.

Und, liebe Kolleg*innen, was meint ihr denn, was wir verlieren werden und worauf wir in Zukunft verzichten werden, wenn unser Planet sich tatsächlich um drei, vier Grad erhitzt und weitere Teile der heutigen bewirtschafteten Erdoberfläche für die Landwirtschaft wegfallen?

Ihr werdet außerdem gelesen haben, dass in unserem Antrag nicht steht, „ausschließlich pflanzenbasiert“. Damit ist immer noch möglich, Fleisch und Fisch in angemessenen Mengen zu servieren. Und auch die Lachshäppchen in der Fraktionsgeschäftsführerrunde werden damit übrigens den werten Herren erhalten bleiben.

(Heiterkeit und Zurufe)

Doch um die dringend nötige Transformation und damit auch die Ernährungswende zu schaffen, muss das nachhaltige Verhalten das normale Verhalten werden, und das nachhaltige Angebot muss das normale Angebot sein. Das deutlich klimaschädlichere Verhalten hingegen sollte die Ausnahme darstellen. Das heißt, die vegetarische und vegane Ernährung ist der Regelfall, das Fleisch die Ausnahme. Und genau so sehen es unsere Ergänzungen vor.

Eine ebenso wichtige Rolle spielt die Aufnahme des Biosiegels in die Kriterien. Nicht nur der Klimawandel, sondern auch das Artensterben bedroht unsere Lebensgrundlagen massiv. Die konventionelle Landwirtschaft ist nachweislich der primäre Verursacher für das Artensterben, was Sie unseren Quellenangaben entnehmen können. Es ist sehr einfach, den CO₂-Abdruck ebenso wie die Auswirkungen auf die Artenvielfalt deutlich zu verringern, indem zumindest bei tierischen Produkten ausschließlich solche mit Biosiegel gewährleistet sind.

Wir würden uns freuen, wenn Sie mit Ihrer Zustimmung dazu beitragen, die Ernährungswende hier in Köln endlich zu einem guten Ausmaß Realität werden zu lassen und die Verwaltung zu einem Vorbild in Sachen nachhaltiger Ernährung zu machen. Denn hier kann eine kleine Veränderung Großes bewirken, und es wird allen gleich viel besser schmecken, wenn die Rechnung nicht auf Kosten des Planeten und der kommenden Generationen geht. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann Frau Tokyürek bitte!

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich werde von hier aus sprechen. Frau Gabrysch hat ja schon vieles vorweggenommen. Erst einmal danke für Ihre Initiative.

Vielleicht auch ganz kurz von unserer Seite: Die Frage der Nachhaltigkeit ist ja auch eine Frage der Ernährung. Man muss wissen, was nachhaltige Ernährung heißt. Ich denke, ich spreche hier für viele, wenn wir eine Ernährungsform möchten, die saisonal ist, regional ist, im besten Fall ein Biosiegel hat und auch fair gehandelt ist.

Ernährung ist ein großes Thema. Das ist auch richtig so. Es betrifft nämlich jeden und jeden Tag. Jeden Tag müssen wir uns damit auseinandersetzen. Was ist wirklich gesunde Ernährung? Man kann hier bei der Stadtverwaltung mit gutem Beispiel vorangehen, wenn man bei diesem Catering entsprechende Maßgaben für Kriterien hat. Nachhaltige Ernährung bedeutet, sich so zu ernähren, dass die gesamten gesundheitlichen, ökonomischen und sozialen Auswirkungen möglichst positiv sind. Und das können wir schaffen, wenn Sie unserem Antrag folgen.

Frau Gabrysch hat es schon gesagt. Wir haben uns genau angeschaut, welche Maßgaben oder welche Ziele wir damit verfolgen, wenn wir sagen, dass das Angebot überwiegend pflanzenbasiert gestaltet werden soll. Wenn es nach mir ginge, könnte man es komplett pflanzenbasiert machen. Aber wir wollen ja keine Verbotskultur. Wir möchten, dass die Menschen durch diese Änderungen auch eine Änderung in ihrer Lebensweise vornehmen. Das geht nur, wenn man den Menschen den

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 76

Raum lässt, sich zu verändern, und das entsprechend in ihrem eigenen Tempo.

Tierische Produkte ausnahmslos im Biosiegel - ich glaube, das kann jeder hier vertreten und auch zustimmen. Alle anderen Produkte sollen, in Anlehnung an den Weihnachtsmarkt am Roncalliplatz vom März 2019, eine Bio-Quote von mindestens 80 Prozent erfüllen. Ich glaube, wenn man es dort macht, kann man beim Catering genauso verfahren. Alle Produkte sollen nicht nur saisonal, sondern auch regional beschafft und, wenn sie aus dem globalen Süden stammen, fair gehandelt werden.

Ich glaube das ist ein kleiner, aber ein sehr guter Antrag, um gerade nachhaltige Ernährung voranzubringen. Ich bitte um Zustimmung zu diesem Antrag von uns.

(Beifall bei der LINKEN und von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Martin das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Danke, Frau Oberbürgermeisterin. Ich spreche auch von hier. Ich kann mich in Teilen meinen Vorrednerinnen anschließen, und ich möchte auch den Inhalt des Änderungsantrages in großen Teilen durchaus gutheißen.

Deshalb freut es mich auch, dass in der Anlage 4 zu diesem Tagesordnungspunkt eine neue Fassung der Beschlussvorlage vorliegt, in der auf die Ernährungsstrategie des Ernährungsrates deutlich hingewiesen wird. In dieser werden auf Seite 33 unter der Überschrift „Kantinen und Catering neu ausrichten“ all diese Aspekte dezidiert genannt. Wir halten es vor diesem Hintergrund nicht für nötig, einen Änderungsantrag über diese Beschlussvorlage zu legen.

Wichtig ist dann die Umsetzung. Bei der Ausschreibung und dann auch bei der Vergabe müssen diese Kriterien natürlich beachtet werden, aber aus unserer Sicht kann die Beschlussvorlage so beschlossen werden. Die Aspekte, die in dem Änderungsantrag genannt werden, sind wichtig und richtig, aber sie sind bereits Inhalt der Beschlussvorlage. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, darüber wollte ich natürlich auch abstimmen lassen. Ich bin nur noch nicht so weit gekommen. - Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Ich lobe diese Ausschreibung sehr, denn es ist schon sehr viel weiter vorne, als wir es bisher hatten. Und ich durfte auch jetzt schon feststellen, dass es bei solchen Empfängen viele vegetarische und vegane Alternativen gibt. Dafür ein großes Lob!

Den Änderungsantrag der LINKEN und der KLIMA FREUNDE finde ich trotzdem unterstützenswert. Denn was soll passieren? Menschen stellen fest, dass die vegane Alternative vielleicht gar nicht so schlecht schmeckt, und falls nicht, geht man nach Hause und schmiert sich eben noch einmal ein anderes Brötchen.

(Zuruf von Ulrich Breite [FDP])

- Wie Sie das machen sollen? Mit einem Messer und einem Aufschnitt.

(Heiterkeit)

Es bricht keinem ein Zacken aus der Krone und es heißt „überwiegend pflanzenbasiert“. Liebe Kollegen und Kolleginnen, ich kann Ihnen sagen, sofern ich das hier richtig verstanden habe: Das Mettbrötchen bleibt unangetastet.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren! Wenn ich einen Moment um Aufmerksamkeit bitten darf. Wir haben es heute nicht zum ersten Mal, dass wir über etwas beschließen, was da schon steht, nämlich in Anlage 4 der Vorlage. Und darüber lasse ich dann abstimmen, nachdem ich jetzt über den Änderungsantrag habe abstimmen lassen. Aber wir können immer wieder auch in einem Änderungsantrag über das abstimmen, was auch in der Vorlage steht. Das kann man machen.

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 77

Ich lasse jetzt zunächst über den Änderungsantrag abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die Fraktion DIE LINKE, Frau Gabrysch und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Dann stimmen wir jetzt über die Vorlage in der Fassung der Anlage 4 ab. Da bitte ich noch einmal diejenigen, die sich damit nicht anfreunden können, um die Gegenstimme. - Es stimmt dagegen: die AfD. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Vielen Dank.

(Beifall von Nicolin Gabrysch [KLIMA FREUNDE])

Tagesordnungspunkt

**10.31 Verstetigung der Sonntagsöffnung in der Zentralbibliothek der Stadtbibliothek Köln
2242/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**10.33 Sparkasse KölnBonn: Weisung an die durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter*innen für Abstimmungen in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse KölnBonn
2781/2022**

Frau Helmis.

Maria Helmis (SPD): Herzlichen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Die SPD-Ratsfraktion schlägt Christian Joisten vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über den Wahlvorschlag der SPD abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch nicht. Dann ist so beschlossen: Herr Joisten.

(Christian Joisten [SPD]: Vielen Dank! - Beifall bei Teilen der SPD)

Tagesordnungspunkt

**10.34 Eisbahn auf dem Ebertplatz in der Wintersaison 2022/2023
2912/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, DIE LINKE, FDP, Volt
AN/1617/2022**

Ich frage nach Wortmeldungen. Auf meiner Rednerliste steht als erstes Herr Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Wir haben uns darauf verständigt, dass wir einfach den Änderungsantrag beschließen und niemand mehr redet.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen.

Ich lasse über den Änderungsantrag abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Jetzt lasse ich die Ursprungsvorlage in der geänderten Fassung abstimmen. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist auch das so beschlossen.

(Zuruf)

Entschuldigung. Die AfD stimmt dagegen. Dann ist mit der Kenntnisnahme Ihrer Gegenstimmen so beschlossen.

Dann komme ich jetzt zu den Bauleitplänen sowie Tagesordnungspunkt

**11.1 234. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtbezirk 5, Köln-Nippes
Arbeitstitel: „Quartiersentwicklung Simonskaul in Köln-Weidenpesch und Aufhebung der Verlängerung der Äußeren Kanalstraße in Köln-Bilderstöckchen, -Weidenpesch und -Longerich
hier: Feststellungsbeschluss
2011/2022**

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 78

Gibt es da Wortmeldungen? - Keine.

Gegenstimmen? - Der FDP. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.1 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nummer 61520/02

**Arbeitstitel: Donatusstraße in Köln-Pesch
2054/2022**

**Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU
AN/1615/2022**

Gibt es Wortmeldungen?

(Monika Roß-Belkner [CDU]: Hallo!)

Wer hat jetzt Hallo gerufen? - Frau Roß-Belkner bitte.

Monika Roß-Belkner (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir haben einen kleinen Ergänzungsantrag formuliert. Wir wollen die Vorlage nicht aufhalten, wir wollen heute beschließen. Aber im Vorgriff auf das Einzelhandelszentrum, was demnächst in die politische Beratung gehen soll und was Öffnungsklauseln verspricht, wollen wir uns Flexibilität bewahren - deswegen unser Zusatz unter Paragraph 4. Wir bitten darum, zuzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön. Jetzt habe ich erst Herrn Joisten und dann Herrn Weisenstein.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Auch nur ganz kurz vom Platz aus. Wir nehmen die Bedenken der BV 6 sehr ernst, die, wenn diese Satzung beschlossen wird, keine Möglichkeit mehr für einen Vollversorger in Pesch sieht. Deswegen würden wir uns dieser Satzung, dieser Beschlussvorlage nicht anschließen und sie ablehnen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Weisenstein!

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich würde gerne gegen den vorliegenden Änderungsantrag sprechen, weil dieser vorliegende Änderungsantrag das Einzelhandel- und Zentrenkonzept unterläuft.

Ich kann es nachvollziehen, dass man immer einmal wieder einen Platz hat, wo man denkt: Hier könnte doch - aber grundsätzlich haben wir uns dieses Einzelhandel- und Zentrenkonzept gegeben, damit die Nahversorgung in Köln tatsächlich überall gewährleistet ist. Und ich glaube, dass es keine gute Idee ist, die immer wieder an verschiedenen Stellen mit Ausnahmen zu unterlaufen. Daher bitte ich darum, diesen Änderungsantrag abzulehnen und der ungeänderten Vorlage zuzustimmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Busch.

Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Joisten hat es schon gesagt: Die BV 6 hat sich mit Stimmen der CDU, der SPD und der AfD gegen diese Verwaltungsvorlage gestellt. Jetzt stelle ich mir natürlich die Frage, wie die Rats-CDU mit dieser nicht wirklich tollen Ergänzung das Ganze aus dem Weg räumen will. Es wirkt für mich eher so, als wollte man hier dem Bündnis irgendwelche Dinge zugutehalten.

Es wäre schön gewesen, wenn sich die CDU auch hier im Rat daran halten würde - wie auch die SPD -, wie die Kollegen in den jeweiligen Bezirksvertretungen abzustimmen. Das hat dann nämlich den Charme, dass man diese Leute auch wahrnimmt und nicht - wie soll ich sagen - überrumpelt. Ich hatte mit ihren Vertretern gesprochen, liebe CDU, und die hatten mir gesagt, sie wollten das eigentlich so behalten. Jetzt bin ich gespannt, wie hier abgestimmt wird.

Wir werden aber sowohl gegen die Änderung als auch gegen die Verwaltungsvorlage stimmen und

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 79

werden damit stringent unserem Abstimmungsergebnis in der BV 6 folgen. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Jetzt bin ich zwar von der falschen Seite gelobt worden, aber bei uns gab es tatsächlich ein Missverständnis. Die SPD-Fraktion wird dieser Beschlussvorlage zustimmen. Entschuldigung für die Irritationen, die hier eben entstanden sind.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Busch. - Aber wir machen jetzt keine Rederunde.

Philipp Busch (AfD): Nein, aber wenn Herr Joisten zweimal redet, darf ich das eigentlich auch.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber bitte genauso kurz.

Philipp Busch (AfD): Ich gebe mir Mühe, Frau Reker. Ich mache es ganz kurz: Dann stimmt auch die SPD hier anders als ihre Bezirksvertreter. Das ist traurig, Herr Joisten. Aber das nehmen wir auch so mit. - Danke.

(Christian Joisten [SPD]: Kommt schon mal vor!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ja, so ist das manchmal. Und dafür gibt es auch gute Gründe.

Ich lasse jetzt abstimmen, zunächst über den Änderungsantrag von Grünen und CDU, und dann über die Ursprungsvorlage - eventuell in geänderter Fassung, das muss man sehen.

Wer diesem Änderungsantrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der SPD, der Grünen, der CDU. Gibt es Gegenstimmen? - Die AfD und DIE LINKE. Enthaltungen? - Enthaltungen der FDP und von Frau Gabrysch. Dann ist der Änderungsantrag so beschlossen.

Wer hat sich noch enthalten? - Volt hat sich noch enthalten. Alles klar, Entschuldigung. Das habe ich nicht gesehen. Und Die FRAKTION hat sich noch enthalten. Aber das ändert am Ergebnis nichts. Wir nehmen es auf, das ist klar.

Ich lasse jetzt über die Vorlage in soeben geänderter Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nr. 61483/02 Arbeitstitel: Seeadlerweg in Köln-Vogelsang 2231/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich bin jetzt bei den Satzungen und rufe auf:

16.1 21. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29. Juni 2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages 2170/2022

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Gegenstimmen der AfD und der FRAKTION. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu den Gremienbesetzungen sowie zu Tagesordnungspunkt

17.1 Neuwahl eines stellvertretend beratenden JHA-Mitglieds, hier Arbeitskreis für das ausländische Kind e. V. 1965/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln 1999/2022

Wortmeldungen? - Herr Hammer!

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 80

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, dass wir die Wahl der Mitglieder für den Beirat der Justizvollzugsanstalt Köln noch einmal um eine Runde schieben, in die nächste Ratssitzung, weil wir hier noch Klärungsbedarf haben. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen zu diesem Geschäftsordnungsantrag? - Gegenstimmen der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann wird das geschoben.

Tagesordnungspunkt

17.3 KölnBusiness Wirtschaftsförderungs-GmbH: Entsendung in den Aufsichtsrat 2010/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.4 Besetzungsänderung in der Ausländerrechtlichen Beratungskommission 2201/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.5 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Kölner Jugendring e. V. 2287/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.6 Benennung von (stellvertretenden) Mitgliedern für die Kommunale Gesundheitskonferenz Köln durch den Rat der Stadt Köln 2293/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.7 Neubestellung einer sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren 2492/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.8 Neubestellung einer stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin für den Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren 2493/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.9 Neuwahl eines ordentlichen Mitgliedes für den Naturschutzbeirat bei der Unteren Naturschutzbehörde 2342/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.10 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend "Umbenennung von Ausschussmitgliedern mit beratender Stimme" AN/1598/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.11 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Nachbesetzung im Gesundheitsausschuss" AN/1599/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.12 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung Jugendhilfeausschuss" AN/1601/2022

19. Sitzung vom 8. September 2022 Seite 81

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.13 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Benennung eines Sachkundigen Einwohners im Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren"
AN/1600/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.14 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Umbesetzung Ausschuss für die Gleichstellung von Frauen und Männern"
AN/1602/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.15 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Nachbesetzung von Ausschüssen/Unterausschüssen/Integrationsrat"
AN/1603/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.16 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Neubesetzung von Gremien"
AN/1604/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.17 Antrag der SPD-Fraktion betreffend "Sparkasse KölnBonn: Weisung an die durch den Rat der Stadt Köln entsandten Vertreter*innen für die Abstimmung in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Sparkasse"
AN/1607/2022

Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Eine Dringlichkeitsentscheidung haben wir nicht zu genehmigen, sodass ich jetzt in die Nichtöffentlichkeit übergehen könnte. Ich bitte darum, Nichtöffentlichkeit herzustellen.

(Schluss: 21.13 Uhr)